



BRA 2012

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

	Minderausgaben für Zahlungen an die Austria Wirtschaftsservice GmbH aufgrund geringerer Schadloshaltungszahlungen als bei Voranschlagsherstellung angenommen. Grund dafür waren zeitliche Verschiebungen in Tilgungsplänen und weniger Schadensfälle als erwartet.	- 43,61 Mio. EUR
458	Besondere Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen	
4584	Sonstige Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen	
1/45847	Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	+ 255,44 Mio. EUR
	Mehrausgaben bei Kapitaltransfers an Drittländer (IFIS) entstanden durch die budgettechnische Umbuchung vom VA-Ansatz 1/45052 (255,70 Mio. EUR) und betrafen die Internationale Entwicklungsbank (IDA) (138,98 Mio. EUR und 5,08 Mio. EUR), den Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) (70,08 Mio. EUR), den Afrikanischen Entwicklungsfonds (AfEF) (29,14 Mio. EUR und 1,99 Mio. EUR), den Asiatischen Entwicklungsfonds der Asiatischen Entwicklungsbank (AsEF) (6,68 Mio. EUR) sowie den Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) (3,75 Mio. EUR). Entsprechend den Eurostat-Richtlinien vom März 2012 war der Großteil der Beiträge, die Österreich an die internationalen Finanzinstitutionen (IFIS) leistet, rückwirkend per 1. Jänner 2012 als Kapitaltransfer- und somit Maastricht-Defizitwirksam- zu verbuchen. Gemäß diesen Richtlinien erfolgte zusätzlich eine Umschichtung von laufenden Transfers zu Kapitaltransfers an Drittländer (IFIS) (12,00 Mio. EUR) innerhalb dieses VA-Ansatzes.	+ 267,70 Mio. EUR
	Minderausgaben entstanden dementsprechend bei den laufenden Transfers an Drittländer durch die verrechnungstechnische Umschichtung auf Kapitaltransfers an Drittländer (IFIS).	- 12,26 Mio. EUR
	Überschreitungsbewilligung: 255.445.000,- EUR; BMF-112913/0094-III/3/2012 v. 22.11.2012	
1/45868	Schuldenerleichterung infolge internationaler Aktionen	- 21,00 Mio. EUR
	Minderausgaben für Schuldenerleichterungen durch Zinssatzreduktionen für hoch verschuldete arme Länder (Heavily Indebted Poor Countries- HIPC) (15,50 Mio. EUR) und für Länder mit mittlerem Einkommen (Ägypten) (5,50 Mio. EUR). Die Gebarung der Schuldenerleichterungsaktionen wird ab dem Jahr 2012 im Rahmen des Ausfuhrförderungsgesetzes (AusfFG) abgewickelt und auf VA-Ansatz 1/45708: Nebengebarung (AusfFG), verrechnet.	- 21,00 Mio. EUR



TZ 3

2/45	Bundesvermögen	
2/450	Kapitalbeteiligung (Erträge)	
2/45014	Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft	- 5,00 Mio. EUR
	Mindereinnahmen aus Dividenden von verstaatlichten Unternehmen. Die geringere Dividendenausschüttung der ÖIAG war auf die geringere Dividendenausschüttung der Telekom Austria an die ÖIAG zurückzuführen.	- 5,00 Mio. EUR
2/4507	Oesterreichische Nationalbank	
2/45074	Erfolgswirksame Einnahmen	- 10,93 Mio. EUR
	Mindereinnahmen aus der Gewinnabfuhr der OeNB. Entgegen den Annahmen bei BVA-Erstellung (173,39 Mio. EUR) betrug der Anteil des Bundes am Gewinn der OeNB für das Geschäftsjahr 2011 162,46 Mio. EUR.	- 10,93 Mio. EUR
2/452	Bundesdarlehen	
2/4528	Ausland	
2/45284	Zinsen	- 35,41 Mio. EUR
	Mindereinnahmen an Zinsen und Service fee für Darlehen an das Ausland, weil das erste Hilfsprogramm an Griechenland 2012 frühzeitig offiziell beendet und weitere Hilfen über den EFSF (2. Hilfsprogramm) abgewickelt werden. Außerdem wurde – rückwirkend ab 15. Juni 2011 – die Marke für die von 2010 bis 2011 an Griechenland ausbezahlten Darlehen von 3 % auf 1,5 % gesenkt (siehe VA-Ansatz 1/45285).	- 35,41 Mio. EUR
2/4541	Verwertung ehemals deutscher Vermögenswerte	
2/45418	Sonstige bestandswirksame Einnahmen	+ 24,13 Mio. EUR
	Mehrreinnahmen aus Veräußerungserlösen entfielen vor allem auf den Verkauf der Rainerkaserne in Salzburg durch die SIVBEG (23,56 Mio. EUR).	+ 24,13 Mio. EUR
2/456	Unbewegliches Bundesvermögen	
2/45607	Veräußerungen	+ 11,23 Mio. EUR
	Mehrreinnahmen aus der Veräußerung von Liegenschaften (öffentliches Wassergut) und durch Nachbesserungszahlungen seitens der BIG (10,82 Mio. EUR) und der ASFINAG (0,41 Mio. EUR).	+ 11,23 Mio. EUR
2/45608	Veräußerungen (sonstige)	+ 11,30 Mio. EUR
	Mehrreinnahmen durch den Verkauf des ehemaligen Generalkonsulats in Rio de Janeiro durch das BMfA.	+ 11,30 Mio. EUR



BRA 2012

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

2/45617	Militärische Liegenschaften (Veräußerungen)	+ 15,79 Mio. EUR
	Mehreinnahmen infolge höherer Veräußerungserlöse für militärische Liegenschaften durch SIVBEG und BMLVS.	+ 15,79 Mio. EUR
2/45626	Fruchtgenussentgelt	- 27,52 Mio. EUR
	Durch das ASFINAG-Ermächtigungsgesetz 1997 (BGBI. I Nr. 113/1997 i.d.g.F.) i.V.m. dem mit der Republik Österreich geschlossenen Fruchtgenussvertrag hat die ASFINAG das Fruchtgenussrecht an allen österreichischen Autobahnen und Schnellstraßen. Mindereinnahmen aus geringeren Fruchtgenussentgeltzahlungen entstanden infolge einer Redimensionierung des ASFINAG-Bauprogramms und damit verbundenen Grundeinlösen.	- 27,52 Mio. EUR
2/457	Haftungsübernahmen des Bundes	
2/4570	Ausfuhrförderungsgesetz (AusfFG) (zweckgebundene Gebarung)	
2/45700	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen (AusfFG)	- 24,19 Mio. EUR
	Mindereinnahmen aufgrund der im Vergleich zur Erstellung des Voranschlags niedrigeren Verzinsung des Verrechnungskontos für Haftungen gemäß AusfFG. Mindereinnahmen aus Haftungsentgelten: Die Mehreinnahmen bei den Haftungsentgelten für Wechselbürgschaften sind auf die höhere – als zum Zeitpunkt der Budgeterstellung angenommene – Nachfrage nach Wechselbürgschaften zurückzuführen (+ 14,97 Mio. EUR). Demgegenüber stehen Mindereinnahmen bei den Haftungsentgelten für Garantien (- 36,95 Mio. EUR), die vor allem durch das Fehlen von Garantieentgelten für Großprojekte entstanden.	- 25,84 Mio. EUR - 21,98 Mio. EUR
	Mehreinnahmen an Zinsen aus Schadensfällen vor allem aufgrund einer vorzeitigen Zinsenzahlung aus der Umschuldung Irak.	+ 23,95 Mio. EUR



TZ 3

2/45702	Zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen (AusffFG)	- 336,32 Mio. EUR
	<p>Die Mindereinnahmen sind auf geringere als veranschlagte Rückflüsse bei Garantien (- 330,70 Mio. EUR), auf Wechselbürgschaften (- 4,42 Mio. EUR) und auf die Oesterreichische Entwicklungsbank AG (- 1,20 Mio. EUR) zurückzuführen. Hinsichtlich der Garantien wurden keine Rückflüsse aus größeren Altschadensfällen vereinnahmt. Mangels bedeutender neuer internationaler Umschuldungsabkommen kam es zu keinen größeren Refinanzierungsflüssen. Darüber hinaus wurde die zweite Tranche der im Regierungsbereinkommen von Loipersdorf vereinbarten Rückführung von HIPC-Dotationen (Highly Indebted Poor Countries) für Schuldentrichungen in Höhe von 109,00 Mio. EUR als Mindereinnahme verbucht. Basis für die Ermittlung des Voranschlags stellte die Entwicklung der vergangenen Jahre dar, wobei die im Zusammenhang mit der Verrechnung von Umschuldungen hohen Schwankungen sehr schwer prognostizierbar waren.</p>	- 336,32 Mio. EUR
2/4571	Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz (AFFG)	
2/45710	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen (AFFG)	- 11,92 Mio. EUR
	<p>Mindereinnahmen infolge geringerer Kursgewinne bei Zinszahlungen von CHF-Verbindlichkeiten im Rahmen der Kursrisikogarantie. Diesen Mindereinnahmen stehen Mindestausgaben beim VA-Ansatz 1/45718 gegenüber.</p>	- 11,92 Mio. EUR
2/45724	Erfolgswirksame Einnahmen	+ 109,00 Mio. EUR
	<p>Mehreinnahmen aufgrund der Verrechnung der zweiten Tranche der Rückführung von HIPC-Dotationen für Schuldentrichungen, weil diese bei Erstellung des Voranschlags noch nicht berücksichtigt wurden. Diesen Mehreinnahmen stehen Mindereinnahmen beim VA-Ansatz 2/45702 gegenüber.</p>	+ 109,00 Mio. EUR
2/4573	Sonstige Finanzhaftungen	
2/45734	Erfolgswirksame Einnahmen	+ 65,53 Mio. EUR
	<p>Bei Erstellung des Voranschlags wurden die Haftungsentgelte nur von den bereits eingegangenen Haftungen veranschlagt. Die Mehreinnahmen an Haftungsentgelten entstanden aufgrund der für die ASFINAG und ÖBB-Infrastruktur AG im Jahr 2012 übernommenen Haftungen und des damit für die gesamte Laufzeit bei Übernahme fällig gewordenen diskontierten Haftungsentgelts. Bei der Budgeterstellung für 2012 wurde mit Einnahmen aus Haftungsentgelten von 4,70 Mio. EUR ausgegangen. Tatsächlich konnten 70,73 Mio. EUR an Entgelten lukriert werden.</p>	+ 66,03 Mio. EUR



BRA 2012

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

Untergliederung 46: Finanzmarktstabilität

Ausgaben

In der UG 46 betrugen die Ausgaben 1.887,41 Mio. EUR und somit 2,6 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 1.892,83 Mio. EUR wurden bei den Sachausgaben 5,42 Mio. EUR (– 0,3 %) weniger ausgegeben.

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden beim Fonds für Maßnahmen gemäß Finanzmarktstabilitätsgesetz: Dieser wird durch Einnahmen aus UG 16 „Öffentliche Abgaben“ (Zusatzabgabe zur Stabilitätsabgabe, Vorwegbesteuerung/Pensionskassen) gespeist, die für die im Finanzmarktstabilitätsgesetz vorgesehenen Maßnahmen zu verwenden sind. Da diese Einnahmen nicht in entsprechender Höhe zur Verfügung standen, waren Minderausgaben in Höhe von 1.028,00 Mio. EUR die Folge.

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden durch die Beteiligung des Bundes an den Kapitalerhöhungen der KA Finanz AG und der Hypo Alpe-Adria-Bank International AG (+ 889,00 Mio. EUR). Weitere Mehrausgaben resultierten aus der Inanspruchnahme der Haftung des Bundes für den beim Verkauf griechischer Kreditforderungen erzielten Mindererlös durch die KA Finanz AG (+ 133,69 Mio. EUR).

Einnahmen

Die Einnahmen betrugen 512,53 Mio. EUR und somit 0,8 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 720,07 Mio. EUR wurden 207,53 Mio. EUR (– 28,8 %) weniger eingenommen.

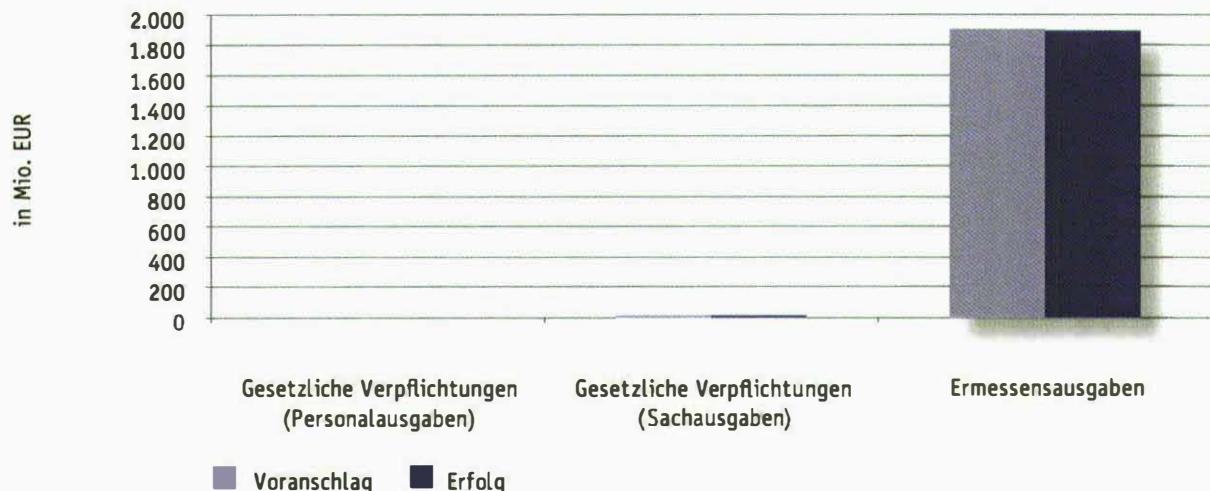
Mindereinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden durch den geplanten – aber nicht umgesetzten – Beteiligungsverkauf der Kommunalkredit Austria AG (– 250,00 Mio. EUR).

Mehrreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag resultierten aus Haftungsentgelten infolge von Haftungsübernahmen gemäß Finanzmarktstabilitätsgesetz nach Voranschlagserstellung sowie infolge der Auflösung und Rückführung einer Haftungsreserve der KA Finanz AG (+ 38,59 Mio. EUR).

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

Untergliederung 46	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
	in Mio. EUR		in %	
Schausgaben	1.892,83	1.887,41	– 5,42	– 0,3
Gesetzliche Verpflichtungen	0,00	0,01	+ 0,00	+ 400,0
Ermessensausgaben	1.892,83	1.887,40	– 5,43	– 0,3
Summe	1.892,83	1.887,41	– 5,42	– 0,3
Anteil an den Ausgaben des Allg. Haushalts in %	2,5	2,6		

TZ 3



Übersicht über die Abweichungen der Einnahmen:

Untergliederung 46	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
	in Mio. EUR		in %	
nach der Auswirkung auf das Bundesvermögen:				
Erfolgswirksame Einnahmen	470,06	512,53	+ 42,47	+ 9,0
Bestandswirksame Einnahmen	250,00	0,00	- 250,00	- 100,0
Summe	720,07	512,53	- 207,53	- 28,8
nach dem Grad der Bindung bei der Mittelverwendung:				
Sonstige Einnahmen (zur Bedeckung aller Ausgabenarten nach dem Grundsatz der Gesamtbedeckung)	720,07	512,53	- 207,53	- 28,8
Summe	720,07	512,53	- 207,53	- 28,8
Anteil an den Einnahmen des Allgemeinen Haushalts in %	1,1	0,8		

UG	Bezeichnung	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
		in Mio. EUR		in %	
Ausgaben					
1/..	Ausgaben				
460	Leistungen gem. FinStaG	1.892,83	1.887,41	- 5,42	- 0,3
461	Darlehen	0,00	0,00	- 0,00	- 100,0
	Summe Ausgaben	1.892,83	1.887,41	- 5,42	- 0,3



BRA 2012

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

UG	Bezeichnung	Voranschlag	Erfolg	Abweichung
46	Finanzmarktstabilität	in Mio. EUR		in %
2/..	Einnahmen			
460	Leistungen gem. FinStaG	720,06	512,53	- 207,53
461	Darlehen	0,00	0,00	- 0,00
	Summe Einnahmen	720,07	512,53	- 207,53
	Saldo Einnahmen/Ausgaben	- 1.172,77	- 1.374,88	- 202,11
				+ 17,2

1/46 Finanzmarktstabilität

1/4600 Leistungen gemäß FinStaG

1/46003 Anlagen + 889,00 Mio. EUR

Mehrausgaben aufgrund der Beteiligung des Bundes an der Kapitalerhöhung der KA Finanz AG vom 24. April 2012 in Höhe von 389,00 Mio. EUR sowie an der Kapitalerhöhung der Hypo Alpe-Adria-Bank International AG vom 18. Dezember 2012 in Höhe von 500,00 Mio. EUR.

+ 889,00 Mio. EUR

Überschreitungsbewilligung:
889.000.000,- EUR; BMF-112913/0232-I/5/2012 v. 22.11.2012

1/4601 Fonds für Maßnahmen gemäß FinStaG
(zweckgebundene Gebarung)

1/46018 Aufwendungen - 1.028,00 Mio. EUR

Minderausgaben im Zusammenhang mit den stark verminderten Einnahmenansätzen in UG 16 „Öffentliche Abgaben“: 2/16090: Zusatzabgabe zur Stabilitätsabgabe (- 56,26 Mio. EUR) und 2/16000: Vorwegbesteuerung/Pensionskassen (- 653,14 Mio. EUR). Die Einnahmen auf diesen VA-Ansätzen speisen den Fonds und sind für die im FinStaG vorgesehenen Maßnahmen zu verwenden. Gemäß § 7a Abs. 3 Stabilitätsabgabegesetz haben Kreditinstitute zusätzlich zur Stabilitätsabgabe für die Kalenderjahre 2012 bis 2017 einen Sonderbeitrag zur Stabilitätsabgabe zu entrichten. Einige Kreditinstitute hatten den Sonderbeitrag unter dem Titel „Stabilitätsabgabe“ entrichtet. Das Verhältnis der Beiträge wird erst im Rahmen der Jahresveranlagungen 2012, also im Laufe des Jahres 2013, hergestellt werden.

TZ 3

Darüber hinaus wurde 2012 im Pensionskassengesetz die Möglichkeit geschaffen, das aus Arbeitgeberbeiträgen angesparte Kapital eines Versicherten abhängig von der Pensionshöhe vorweg pauschal mit 25 % bzw. 20 % Einkommensteuer zu besteuern (anstatt einer (monatlichen) Besteuerung zum Einkommensteuertarif). Da erst gegen Jahresende 2012 die genaue Höhe dieser Abgaben feststand, sollen diese Abgaben erst im Jahr 2013 für Maßnahmen gemäß FinStaG verwendet werden.

– 1.028,00 Mio. EUR

1/4602 Haftungen gemäß Finanzmarktstabilität (variabel)

1/46029 Haftungen (variabel) + 133,69 Mio. EUR

Mehrausgaben aufgrund von Maßnahmen gemäß FinStaG. Da für die KA Finanz AG der Mindererlös beim Verkauf griechischer Kreditforderungen (Differenz zwischen dem Forderungsnominalen und dem von der KA Finanz AG aus dem Forderungsverkauf erzielten Verkaufserlös) 133,69 Mio. EUR betrug, nahm die KA Finanz AG die vom Bund 2011 für die Werthaltigkeit dieser Kreditforderungen abgegebenen Haftungen in Anspruch.

+ 133,69 Mio. EUR

Überschreitungsbewilligung:

133.693.000,- EUR; BMF-112913/0349-II/6/2012 v. 19.12.2012

2/46 Finanzmarktstabilität

2/4600 Leistungen gemäß FinStaG

2/46007 Bestandswirksame Einnahmen – 250,00 Mio. EUR

Mindereinnahmen, weil der geplante Beteiligungsverkauf der Kommunalkredit Austria AG im Jahr 2012 nicht umgesetzt wurde.

– 250,00 Mio. EUR

2/4602 Haftungen gemäß Finanzmarktstabilität

2/46024 Erfolgswirksame Einnahmen + 38,55 Mio. EUR

Mehreinnahmen an Haftungsentgelten aufgrund von Haftungsübernahmen gemäß FinStaG in Höhe von 319,53 Mio. EUR nach Erstellung des Voranschlags sowie aufgrund der Auflösung und Rückführung einer Haftungsreserve der KA Finanz AG gemäß Vereinbarung vom 20. April 2012 (24,47 Mio. EUR).

+ 38,59 Mio. EUR



BRA 2012

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

Rubrik 5:

Kassa und Zinsen

Untergliederungen 51 und 58 (Allgemeiner Haushalt)

Ausgaben

Die Ausgaben betrugen 6.952,55 Mio. EUR und somit 9,5 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 8.282,74 Mio. EUR wurden bei den Sachausgaben 1.330,19 Mio. EUR (– 16,1 %) weniger ausgegeben.

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag in UG 58 „Finanzierungen, Währungstauschverträge“ betrafen den Sonstigen Aufwand – NETTO (– 1.075,20 Mio. EUR) sowie Verzinsung und Aufgeld – NETTO (– 157,49 Mio. EUR) für Finanzierungen infolge des geringeren Budgetdefizits und der damit verbundenen geringeren Finanzierungsnotwendigkeit sowie des gesunkenen Zinsniveaus.

Einnahmen

Die Einnahmen betrugen 3.415,22 Mio. EUR und somit 5,2 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 2.321,69 Mio. EUR wurden 1.093,53 Mio. EUR (+ 47,1 %) mehr eingenommen.

Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag in UG 51 „Kassenverwaltung“ entstanden durch die Entnahmen aus der zweckgebundenen Einnahmen-Rücklage (+ 655,40 Mio. EUR) und aus der besonderen Rücklage (UG Rücklage) (+ 87,03 Mio. EUR) infolge der Überleitung von Rücklagen unter Beibehaltung der bisherigen Zweckwidmung auf die Detailbudgets sowie zur Bedeckung von überplanmäßigen Ausgaben. Weitere Mehreinnahmen resultierten aus der Auflösung von Rücklagen (+ 337,89 Mio. EUR) gemäß § 101 Abs. 13 BHG.

Mindereinnahmen in UG 51 „Kassenverwaltung“ waren bei der Veranlagung von Kassenbeständen auf das niedrige Zinsniveau am Geldmarkt (– 70,15 Mio. EUR) sowie auf Verzögerungen beim Abruf aus dem Europäischen Regionalfonds (– 66,07 Mio. EUR) zurückzuführen.



TZ 3

Tabelle 79: Voranschlagsabweichungen vom BVA 2012 von Sachausgaben in der Rubrik 5 (Allgemeiner Haushalt)

Rubrik 5	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
	in Mio. EUR		in %	
Sachausgaben (Ermessensausgaben)	8.282,74	6.952,55	- 1.330,19	- 16,1
Anteil an den Ausgaben des Allgemeinen Haushalts in %	10,8	9,5		

Tabelle 80: Voranschlagsabweichungen vom BVA 2012 von Einnahmen gegliedert nach ausgewählten Gesichtspunkten in der Rubrik 5 (Allgemeiner Haushalt)

Rubrik 5	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
	in Mio. EUR		in %	
nach der Auswirkung auf das Bundesvermögen:				
Erfolgswirksame Einnahmen	1.913,05	1.807,87	- 105,18	- 5,5
Bestandswirksame Einnahmen	408,64	1.607,35	+ 1.198,71	+ 293,3
Summe	2.321,69	3.415,22	+ 1.093,53	+ 47,1
nach dem Grad der Bindung bei der Mittelverwendung:				
Zweckgebundene Einnahmen (zur Bedeckung bestimmter Ausgabenarten, festgel. aufgr. gesetzl. Auftrags, durch Vertrag oder letztwillige Verfügung)	328,55	328,52	- 0,03	- 0,0
Sonstige Einnahmen (zur Bedeckung aller Ausgabenarten nach dem Grundsatz der Gesamtbedeckung)	1.993,14	3.086,71	+ 1.093,57	+ 54,9
Summe	2.321,69	3.415,22	+ 1.093,53	+ 47,1
Anteil an den Einnahmen des Allgemeinen Haushalts in %	3,6	5,2		

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen**Untergliederungen 51 und 58 (Ausgleichshaushalt)**

Der Ausgleichshaushalt (Haushalt 7 und 8) umfasst die Einnahmen aus der Aufnahme bzw. die Ausgaben für die Rückzahlung von Finanzschulden und kurzfristigen Verpflichtungen sowie den damit verbundenen Währungstauschverträgen bzw. Devisentermingeschäften. Zum Zeitpunkt der BVA-Erstellung ist nicht abschätzbar, wie oft kurzfristige Zwischenfinanzierungen aufgrund des zeitlichen Auseinanderfallens von Einnahmen und Ausgaben getätigt werden müssen. Da jede einzelne – auch wenn nur tageweise – Zwischenfinanzierung auf den VA-Betrag angerechnet und aufsummiert wird, muss mit einem entsprechend hohen VA-Betrag vorgesorgt werden. Weiters lässt der Geld- und Kapitalmarkt bei der BVA-Erstellung keine exakte Aufteilung der Wahl künftiger Finanzierungsinstrumente im Voraus zu. Daher erfolgt die Veranschlagung der Erlöse aus der Aufnahme von Finanzschulden bei der Pauschalvorsorge und die Zuordnung zu den sachlich in Betracht kommenden VA-Ansätzen wird erst nach der jeweiligen Schuldaufnahme durchgeführt, wodurch es zu entsprechenden Minder- bzw. Mehreinnahmen kommt.

Ausgaben

Die Ausgaben betragen 44.006,83 Mio. EUR. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 82.219,74 Mio. EUR wurden bei den Sachausgaben 38.212,91 Mio. EUR (- 46,5 %) weniger ausgegeben.

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag betrafen in UG 58 „Finanzierungen, Währungstauschverträge“ vorwiegend die Tilgung von kurzfristigen Verpflichtungen (- 28.083,42 Mio. EUR) sowie die Tilgung von Kreditoperationen mit Währungstauschverträgen bzw. Devisentermingeschäften (- 1.463,17 Mio. EUR), weil infolge der Finanzmarktsituation bei der BVA-Erstellung für eventuelle Engpässe am Geldmarkt im Umfeld der Finanzkrise vorgesorgt wurde. Weitere Minderausgaben entstanden durch den geringeren Erwerb von Bundestiteln infolge der geringeren Notwendigkeit, am Sekundärmarkt tätig zu werden (- 8.732,42 Mio. EUR).

Mehrausgaben entstanden in UG 58 „Finanzierungen, Währungstauschverträge“ durch die Aufstockung von währungsgesicherten Anleihen 2011-2016 (+ 66,10 Mio. EUR), die mittels Währungstauschvertrag in eine schlussendliche Eurofinanzierung gedreht wurden.

Einnahmen

Die Einnahmen betragen 50.956,14 Mio. EUR. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 93.359,33 Mio. EUR wurden 42.403,20 Mio. EUR (- 45,4 %) weniger eingenommen.

TZ 3

Mindereinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden in UG 58 „Finanzierungen, Währungstauschverträge“ bei der Pauschalvorsorge für Schuldaufnahmen (– 29.436,27 Mio. EUR) infolge der endgültigen Verrechnung der Einnahmen aus der Aufnahme von Finanzschulden bei den sachlich in Betracht kommenden VA-Ansätzen sowie aufgrund des deutlich geringeren Budgetdefizits und der damit verbundenen Finanzierungsnotwendigkeit. Weitere Mindereinnahmen ergaben sich durch geringere kurzfristige Mittelaufnahmen (– 28.083,42 Mio. EUR), weil infolge der Finanzmarktsituation bei der BVA-Erstellung für eventuelle Engpässe am Geldmarkt im Umfeld der Finanzkrise vorgesorgt wurde. Außerdem ergaben sich Mindereinnahmen im Zusammenhang mit der Tilgung von im Jahr 2011 aufgenommenen Austrian Treasury Bills (ATB)-Finanzierungen, die mittels Devisentermingeschäft in eine schlussendliche Eurofinanzierung gedreht wurden (– 1.399,75 Mio. EUR).

Mehreinnahmen in UG 58 „Finanzierungen, Währungstauschverträge“ entstanden durch die Aufnahme von Finanzschulden (+ 16.450,09 Mio. EUR). Weitere Mehreinnahmen ergaben sich durch die Aufstockung von währungsgesicherten Anleihen 2011– 2016 (+ 66,16 Mio. EUR), welche mittels Währungstauschvertrag in eine schlussendliche Eurofinanzierung gedreht wurden.

Tabelle 81: Voranschlagsabweichungen vom BVA 2012 von Sachausgaben in der Rubrik 5 (Ausgleichshaushalt)

Rubrik 5	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
	in Mio. EUR		in %	
Sachausgaben (Ermessensausgaben)	82.219,74	44.006,83	– 38.212,91	– 46,5
Anteil an den Ausgaben des Ausgleichshaushalts in %	100,0	100,0		

Tabelle 82: Voranschlagsabweichungen vom BVA 2012 von Einnahmen gegliedert nach ausgewählten Gesichtspunkten in der Rubrik 5 (Ausgleichshaushalt)

Rubrik 5	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
	in Mio. EUR		in %	
Bestandswirksam / sonstige Einnahmen	93.359,33	50.956,14	– 42.403,20	– 45,4
Anteil an den Einnahmen des Ausgleichshaushalts in %	100,0	100,0		



Untergliederung 51: Kassenverwaltung

Ausgaben

In der UG 51 betrugen die Ausgaben 336,92 Mio. EUR und somit 0,5 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 335,60 Mio. EUR wurden bei den Sachausgaben 1,32 Mio. EUR (+ 0,4 %) mehr ausgegeben.

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag wurden vorwiegend zur Bildung einer entsprechenden Haushaltsrücklage für die Siedlungswasserwirtschaft und den Katastrophenfonds getätigter (+ 18,41 Mio. EUR).

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden durch geringere Anforderungen des BMLFUW für Zwecke der Siedlungswasserwirtschaft (- 10,05 Mio. EUR). Diesen standen vorwiegend zur Bildung einer entsprechenden Haushaltsrücklage für die Siedlungswasserwirtschaft und den Katastrophenfonds getätigter Mehrausgaben gegenüber.

Einnahmen

Die Einnahmen betrugen 3.415,22 Mio. EUR und somit 5,2 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 2.321,69 Mio. EUR wurden 1.093,53 Mio. EUR (+ 47,1 %) mehr eingenommen.

Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden durch die Entnahmen aus der zweckgebundenen Einnahmen-Rücklage (+ 655,40 Mio. EUR), aus der besonderen Rücklage (UG-Rücklage) (+ 87,03 Mio. EUR) sowie aus der besonderen Einnahmen-Rücklage (+ 53,85 Mio. EUR) infolge der Überleitung von Rücklagen unter Beibehaltung der bisherigen Zweckwidmung auf die Detailbudgets sowie zur Bedeckung von überplanmäßigen Ausgaben. Weitere Mehreinnahmen resultierten aus der Auflösung von Rücklagen (+ 337,89 Mio. EUR) gemäß § 101 Abs. 13 BHG.

Mindereinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag waren bei der Veranlagung von Kassenbeständen auf das niedrige Zinsniveau am Geldmarkt (insgesamt - 70,15 Mio. EUR) sowie auf Verzögerungen beim Abruf aus dem Europäischen Regionalfonds (- 66,07 Mio. EUR) zurückzuführen.

TZ 3

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

Untergliederung 51	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
	in Mio. EUR		in %	
Sachausgaben (Ermessensausgaben)	335,60	336,92	+ 1,32	+ 0,4
Anteil an den Ausgaben des Allg. Haushalts in %	0,4	0,5		

The chart displays three bars representing different categories of expenses. The y-axis is labeled 'in Mio. EUR' and ranges from 0 to 400 in increments of 50. The legend indicates that the first bar represents 'Gesetzliche Verpflichtungen (Personalausgaben)' and the second bar represents 'Gesetzliche Verpflichtungen (Sachausgaben)'. The third bar, which is taller than the others, represents 'Ermessensausgaben'. The bars are colored grey, blue, and dark blue respectively.

Kategorie	Voranschlag (Mio. EUR)	Erfolg (Mio. EUR)	Differenz (Mio. EUR)
Gesetzliche Verpflichtungen (Personalausgaben)	~180	~180	0
Gesetzliche Verpflichtungen (Sachausgaben)	~150	~150	0
Ermessensausgaben	~180	~180	0

Übersicht über die Abweichungen der Einnahmen:

Untergliederung 51	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
	in Mio. EUR		in %	
nach der Auswirkung auf das Bundesvermögen:				
Erfolgswirksame Einnahmen	1.913,05	1.807,87	- 105,18	- 5,5
Bestandswirksame Einnahmen	408,64	1.607,35	+ 1.198,71	+ 293,3
Summe	2.321,69	3.415,22	+ 1.093,53	+ 47,1
nach dem Grad der Bindung bei der Mittelverwendung:				
Zweckgebundene Einnahmen (zur Bedeckung bestimmter Ausgabenarten, festgel. aufgr. Gesetzl. Auftrags, durch Vertrag oder letztwillige Verfügung)	328,55	328,52	- 0,03	- 0,0
Sonstige Einnahmen (zur Bedeckung aller Ausgabenarten nach dem Grundsatz der Gesamtbedeckung)	1.993,14	3.086,71	+ 1.093,57	+ 54,9
Summe	2.321,69	3.415,22	+ 1.093,53	+ 47,1
Anteil an den Einnahmen des Allgemeinen Haushalts in %	3,6	5,2		



BRA 2012

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

UG	Bezeichnung	Voranschlag	Erfolg	Abweichung
		in Mio. EUR		in %
51	Kassenverwaltung			
1/.. Ausgaben				
510	Geldverkehr des Bundes	7,04	0,00	- 7,04
511	Geldverkehr des Bundes (zweckgeb. Gebarung)	307,06	297,01	- 10,05
512	Rücklagen	21,49	39,90	+ 18,41
Summe Ausgaben		335,60	336,92	+ 1,32
				+ 0,4
2/.. Einnahmen				
510	Geldverkehr des Bundes	89,09	15,95	- 73,15
511	Geldverkehr des Bundes (zweckgeb. Gebarung)	328,55	328,52	- 0,03
512	Rücklagen	408,64	1.607,35	+ 1.198,71
513	Zahlungen von der EU	0,00	0,00	- 0,00
514	Zahlungen aus den EU-Fonds (Periode 2000-2006)	0,00	4,94	+ 4,94
515	Europ. Solidaritätsfonds, Kostenersätze von der EU und EGF	1,20	0,62	- 0,58
516	Zahlungen aus den EU-Strukturfonds (Periode 2007-2013)	1.494,20	1.457,85	- 36,35
Summe Einnahmen		2.321,69	3.415,22	+ 1.093,53
				+ 47,1
Saldo Einnahmen/Ausgaben		1.986,09	3.078,31	+ 1.092,22
				+ 55,0

1/51 Kassenverwaltung

1/511 Geldverkehr des Bundes (zweckgebundene Gebarung)

1/5111 Siedlungswasserwirtschaft

1/51118 Aufwendungen – 10,05 Mio. EUR

Minderausgaben aufgrund geringerer Anforderungen des BMLFUW für Zwecke der Siedlungswasserwirtschaft.

– 10,05 Mio. EUR

1/512 Rücklagen

1/51239 Zuführung zu zweckgebundener Einnahmen-Rücklage (Sonderkonten des Bundes)

+ 18,41 Mio. EUR

Mehrausgaben zur Bildung einer entsprechenden Haushaltsrücklage für die Siedlungswasserwirtschaft i.H.v. 10,01 Mio. EUR und für den Katastrophenfonds (Landesstraßen B) i.H.v. 8,39 Mio. EUR.

+ 18,41 Mio. EUR

TZ 3

2/51	Kassenverwaltung	
2/510	Geldverkehr des Bundes	
2/51044	Erträge aus dem Effekten- und Geldverkehr Mindereinnahmen bei der Veranlagung von Kassenbeständen aufgrund des äußerst niedrigen Zinsniveaus am Geldmarkt im Vergleich zum Zeitpunkt der Budgeterstellung. Mehreinnahmen bei den sonstigen Erträgen aus Kassenbeständen.	- 70,15 Mio. EUR - 73,26 Mio. EUR + 3,11 Mio. EUR
2/512	Rücklagen	
2/51217	Entnahme aus allgemeiner Rücklage (UG-Rücklage) (nicht veranschlagt) Mehreinnahmen infolge von Entnahmen i.H.v. 16,00 Mio. EUR gemäß BFG (Art. IV Abs. 3 Z 3 BFG 2012) sowie Mehreinnahmen infolge von Entnahmen i.H.v. 10,62 Mio. EUR gemäß BHG (§ 41 Abs. 3 Z 1 BHG) zur Bedeckung von überplanmäßigen Ausgaben.	+ 26,62 Mio. EUR + 26,62 Mio. EUR
2/51227	Entnahme aus Rücklage (Flexibilisierungsklausel) (nicht veranschlagt) Mehreinnahmen infolge von Entnahmen i.H.v. 0,40 Mio. EUR gemäß BFG (Art. IV Abs. 3 Z 1 BFG 2012) sowie Mehreinnahmen infolge von Entnahmen i.H.v. 1,39 Mio. EUR gemäß BHG (§ 41 Abs. 3 Z 1 BHG) zur Bedeckung von überplanmäßigen Ausgaben. Weitere Mehreinnahmen infolge der Überleitung von Rücklagen unter Beibehaltung der bisherigen Zweckwidmung auf die Detailbudgets i.H.v. 6,49 Mio. EUR gemäß § 121 Abs. 7 BHG 2013.	+ 8,28 Mio. EUR + 8,28 Mio. EUR
2/51247	Entnahme aus zweckgebundener Einnahmen-Rücklage (nicht veranschlagt) Mehreinnahmen infolge von Entnahmen i.H.v. 26,52 Mio. EUR gemäß BFG (Art. IV Abs. 3 Z 1 BFG 2012) zur Bedeckung von überplanmäßigen Ausgaben sowie Mehreinnahmen infolge der Überleitung von Rücklagen unter Beibehaltung der bisherigen Zweckwidmung auf die Detailbudgets i.H.v. 628,88 Mio. EUR gemäß § 121 Abs. 7 BHG 2013.	+ 655,40 Mio. EUR + 655,40 Mio. EUR
2/51267	Entnahme aus besonderer Rücklage (UG-Rücklage) (nicht veranschlagt) Mehreinnahmen infolge von Entnahmen i.H.v. 85,81 Mio. EUR gemäß BFG (Art. IV Abs. 3 Z 3 BFG 2012) sowie Mehreinnahmen infolge von Entnahmen i.H.v. 1,21 Mio. EUR gemäß BHG (§ 41 Abs. 3 Z 1 BHG) zur Bedeckung von überplanmäßigen Ausgaben.	+ 87,03 Mio. EUR + 87,03 Mio. EUR



BRA 2012

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

2/51277	Entnahme aus besonderer Einnahmen-Rücklage (nicht veranschlagt)	+ 53,85 Mio. EUR
	Mehreinnahmen infolge der Überleitung von Rücklagen unter Beibehaltung der bisherigen Zweckwidmung auf die Detailbudgets i.H.v. 53,85 Mio. EUR gemäß § 121 Abs. 7 BHG 2013.	+ 53,85 Mio. EUR
2/51287	Entnahme aus besonderer Aufwendungen-Rücklage (UG-Rücklage) (nicht veranschlagt)	+ 29,66 Mio. EUR
	Mehreinnahmen infolge von Entnahmen i.H.v. 13,98 Mio. EUR gemäß BFG (Art. IV Abs. 3 Z 3 BFG 2012) sowie Mehreinnahmen infolge von Entnahmen i.H.v. 15,68 Mio. EUR gemäß BHG (§ 41 Abs. 3 Z 1 BHG) zur Bedeckung von überplanmäßigen Ausgaben.	+ 29,66 Mio. EUR
2/51297	Auflösung von Rücklagen	+ 337,89 Mio. EUR
	Mehreinnahmen infolge der Auflösung von Rücklagen i.H.v. 234,65 Mio. EUR gemäß § 101 Abs. 13 BHG sowie infolge der Auflösung von Rücklagen i.H.v. 103,24 Mio. EUR gemäß § 101 Abs. 13 BHG aufgrund des Rücklagenverzichtes der haushaltsleitenden Organe gemäß § 6 Abs. 4 Rücklagen-Verordnung.	+ 337,89 Mio. EUR
2/516	Zahlungen aus den EU-Strukturfonds (Periode 2007– 2013)	
2/51604	Europäischer Sozialfonds (EU/Arbeitsmarktpolitik)	+ 47,66 Mio. EUR
	Mehreinnahmen, weil zusätzlich zu den budgetierten Beträgen Zahlungsanträge, die im November und Dezember 2011 an die Europäische Kommission übermittelt wurden, Anfang 2012 von der Kommission refundiert wurden.	+ 47,66 Mio. EUR
2/51605	Europäischer Regionalfonds (EU)	- 66,07 Mio. EUR
	Mindereinnahmen, weil Zahlungsanträge aufgrund eines Zahlungsstopps der Europäischen Kommission erst ab September 2012 abgerufen werden konnten.	- 66,07 Mio. EUR
2/51615	Europäischer Garantiefonds (EU)– EGFL	- 14,22 Mio. EUR
	Mindereinnahmen, weil aufgrund der abweichenden Bilanzstichtage zwischen EGFL und Bund der Erstattungsbetrag des EGFL für die Zahlungen des Bundes zum Jahresende erst im Folgejahr erfolgt.	- 14,22 Mio. EUR

TZ 3

Untergliederung 58: Finanzierungen, Währungstauschverträge

Allgemeiner Haushalt

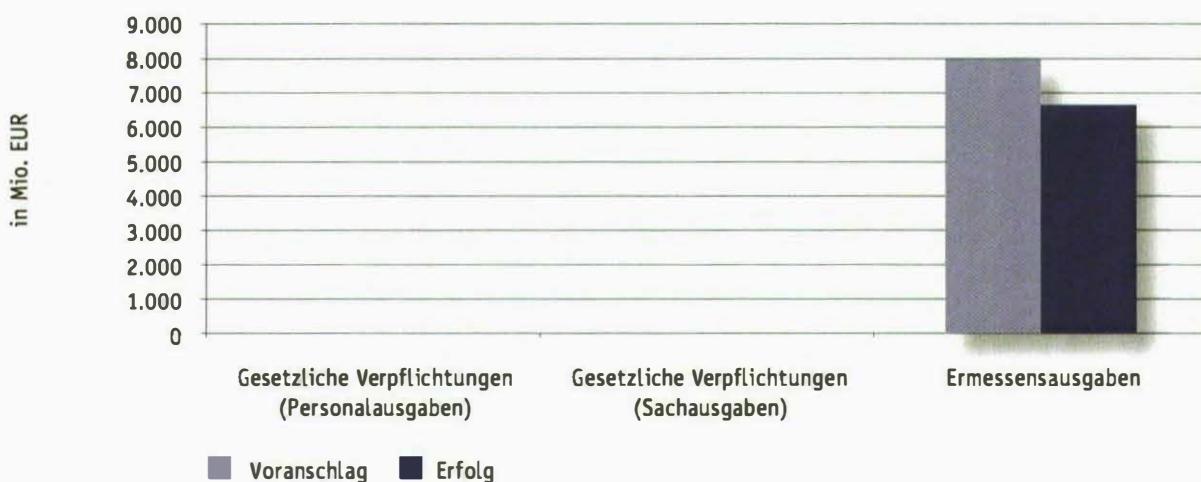
Ausgaben

In der UG 58 – Allgemeiner Haushalt – betragen die Ausgaben 6.615,64 Mio. EUR und somit 9,1 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 7.947,15 Mio. EUR wurden bei den Sachausgaben 1.331,51 Mio. EUR (– 16,8 %) weniger ausgegeben.

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag betrafen den Sonstigen Aufwand – NETTO (– 1.074,16 Mio. EUR) sowie Verzinsung und Aufgeld – NETTO (insgesamt – 157,49 Mio. EUR) für Finanzierungen infolge des geringeren Budgetdefizits und der damit verbundenen geringeren Finanzierungsnotwendigkeit sowie des gesunkenen Zinsniveaus. Weitere Minaderausgaben betrafen Verzinsung und Aufgeld – NETTO von kurzfristigen Verpflichtungen in heimischer und fremder Währung infolge geringerer Aufnahme sowie gesunkenen Zinsniveaus (– 88,81 Mio. EUR).

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

Untergliederung 58	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
			in Mio. EUR	
Sachausgaben (Ermessensausgaben)	7.947,15	6.615,64	– 1.331,51	– 16,8
Anteil an den Ausgaben des Allg. Haushalts in %	10,4	9,1		



Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

UG	Bezeichnung	Voranschlag	Erfolg	Abweichung
58	Finanzierungen, Währungstauschverträge			in Mio. EUR
1/..	Ausgaben			in %
581	Finanzierungen, Währungstauschverträge (WTV) - Zinsen	7.690,35	7.532,86	- 157,49
582	Finanzierungen, Währungstauschverträge (WTV) - Aufwand	157,78	- 917,42	- 1.075,20
586	Kurzfristige Verpflichtungen, Währungstauschverträge-Zinsen	89,01	0,20	- 88,81
587	Kurzfristige Verpflichtungen, Währungstauschverträge-Aufwand	10,01	0,00	- 10,00
Summe Ausgaben		7.947,15	6.615,64	- 1.331,51
				- 16,8

Ausgleichshaushalt**Ausgaben**

In der UG 58 – Ausgleichshaushalt – betragen die Ausgaben 44.006,83 Mio. EUR und somit 100,0 % der Gesamtausgaben des Ausgleichshaushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 82.219,74 Mio. EUR wurden bei den Sachausgaben 38.212,91 Mio. EUR (- 46,5 %) weniger ausgegeben.

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag betrafen vorwiegend die Tilgung von kurzfristigen Verpflichtungen (insgesamt - 28.083,42 Mio. EUR) sowie die Tilgung von Kreditoperationen mit Währungstauschverträgen bzw. Devisentermingeschäften (insgesamt - 1.463,17 Mio. EUR), weil infolge der Finanzmarktsituation bei der BVA-Erstellung für eventuelle Engpässe am Geldmarkt im Umfeld der Finanzkrise vorgesorgt wurde. Weitere Minderausgaben entstanden durch den geringeren Erwerb von Bundestiteln infolge der geringeren Notwendigkeit, am Sekundärmarkt tätig zu werden (insgesamt - 8.732,42 Mio. EUR).

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden durch die Aufstockung von währungsgesicherten Anleihen 2011–2016, welche mittels Währungstauschvertrag in eine schlussendliche Eurofinanzierung gedreht wurden (+ 66,11 Mio. EUR).

Einnahmen

Die Einnahmen betrugen 50.956,14 Mio. EUR und somit 100,0 % der Gesamteinnahmen des Ausgleichshaushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 93.359,33 Mio. EUR wurden 42.403,20 Mio. EUR (- 45,4 %) weniger eingenommen.

TZ 3

Mindereinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden bei der Pauschalvorsorge für Schuldaufnahmen (– 29.436,27 Mio. EUR) infolge der endgültigen Verrechnung der Einnahmen aus der Aufnahme von Finanzschulden bei den sachlich in Betracht kommenden VA-Ansätzen sowie aufgrund des deutlich geringeren Budgetdefizits und der damit verbundenen Finanzierungsnotwendigkeit. Weitere Mindereinnahmen ergaben sich durch geringere kurzfristige Mittelaufnahmen (insgesamt – 28.083,42 Mio. EUR), weil infolge der Finanzmarktsituation bei der BVA-Erstellung für eventuelle Engpässe am Geldmarkt im Umfeld der Finanzkrise vorgesorgt wurde. Außerdem ergaben sich Mindereinnahmen im Zusammenhang mit der Tilgung von im Jahr 2011 aufgenommenen Austrian Treasury Bills (ATB)-Finanzierungen, die mittels Devisentermingeschäft in eine schlussendliche Eurofinanzierung gedreht wurden (insgesamt – 1.399,75 Mio. EUR).

Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden durch die Aufnahme von Finanzschulden (insgesamt + 16.450,37 Mio. EUR). Weitere Mehreinnahmen ergaben sich durch die Aufstockung von währungsgesicherten Anleihen 2011–2016, welche mittels Währungstauschvertrag in eine schlussendliche Eurofinanzierung gedreht wurden (+ 66,16 Mio. EUR).

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

Ausgleichshaushalt	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
			in Mio. EUR	in %
Sachausgaben	82.219,74	44.006,83	– 38.212,91	– 46,5
Gesetzliche Verpflichtungen	0,00	0,00	– 0,00	– 100,0
Ermessensausgaben	82.219,74	44.006,83	– 38.212,91	– 46,5
Summe	82.219,74	44.006,83	– 38.212,91	– 46,5





BRA 2012

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

Übersicht über die Abweichungen der Einnahmen:

Ausgleichshaushalt	Voranschlag	Erfolg	Abweichung
	in Mio. EUR		in %
Bestandswirksam / sonstige Einnahmen	93.359,33	50.956,14	- 42.403,20 - 45,4

UG	Bezeichnung	Voranschlag	Erfolg	Abweichung
		in Mio. EUR		in %
58 Finanzierungen, Währungstauschverträge				
7/.. Ausgaben				
580	Finanzierungen, Währungstauschverträge (WTV) - Kapital	37.219,73	27.090,25	- 10.129,49 - 27,2
585	Kurzfristige Verpflichtungen, Währungstauschverträge - Kapital	45.000,01	16.916,58	- 28.083,42 - 62,4
Summe Ausgaben		82.219,74	44.006,83	- 38.212,91
				- 46,5
8/.. Einnahmen				
580	Finanzierungen, Währungstauschverträge (WTV) - Kapital	48.359,33	34.039,55	- 14.319,78 - 29,6
585	Kurzfristige Verpflichtungen, Währungstauschverträge - Kapital	45.000,01	16.916,58	- 28.083,42 - 62,4
Summe Einnahmen		93.359,33	50.956,14	- 42.403,20
				- 45,4
Saldo Einnahmen/Ausgaben		11.139,60	6.949,31	- 4.190,29
				- 37,6



TZ 3

58	Finanzierungen, Währungstauschverträge	
7/580	Finanzierungen, Währungstauschverträge (WTV) – Kapital	
7/58009	Tilgung, Erwerb von Wertpapieren – Finanzschulden (FS)	– 8.732,42 Mio. EUR
	Minderausgaben durch geringeren Erwerb von Bundestiteln aufgrund geringerer Notwendigkeit, am Sekundärmarkt tätig zu werden, als bei BVA-Erstellung angenommen.	– 8.014,59 Mio. EUR
	Minderausgaben durch geringere Inanspruchnahme der Pauschalvorsorge für die Tilgung von Kreditoperationen in heimischer Währung. Aufgrund der Finanzmarktsituation zum Zeitpunkt der BVA-Erstellung wurde für eventuelle unvorhersehbare Marktsituationen im Umfeld der Finanzkrise vorgesorgt.	– 965,04 Mio. EUR
	Mehrausgaben bei der Tilgung von Kreditoperationen in fremder Währung infolge ungünstigerer Wechselkurse im Vergleich zum BVA.	+ 247,22 Mio. EUR
7/58019	Tilgung – Schulden Währungstauschverträge	– 1.463,17 Mio. EUR
	Die Wahl der Finanzierungsinstrumente ist zum Zeitpunkt der Erstellung des BVA noch nicht möglich, weil der Geld- und Kapitalmarkt keine exakte Aufteilung künftiger Finanzierungsinstrumente im Voraus zulässt. Aus diesem Grund wurde bei diesem VA-Ansatz pauschal für die Tilgung von im Jahr 2011 aufgenommenen ATB-Finanzierungen, die mittels Devisentermingeschäft in eine schlussendliche Eurofinanzierung gedreht werden, vorgesorgt. Aufgrund der geringeren Finanzierungsnotwendigkeit im Jahr 2011 wurden weniger derartige Geschäfte abgeschlossen. Diesen Minderausgaben stehen auch Mindereinnahmen beim VA-Ansatz 8/58019 gegenüber.	– 1.325,01 Mio. EUR
	Minderausgaben bei der Tilgung von Kreditoperationen mit Währungstauschverträgen in fremder Währung infolge günstigerer Wechselkurse im Vergleich zum BVA.	– 138,16 Mio. EUR
7/58029	Erlöse – Forderungen Währungstauschverträge	+ 66,10 Mio. EUR
	Die Wahl der Finanzierungsinstrumente ist zum Zeitpunkt der Erstellung des BVA noch nicht möglich, weil der Geld- und Kapitalmarkt keine exakte Aufteilung künftiger Finanzierungsinstrumente im Voraus zulässt.	



BRA 2012

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

Beim VA-Ansatz 7/58029 werden die Forderungen zu den Erlösbuchungen bei Kreditoperationen in fremder Währung, die mittels Währungstauschvertrag in eine schlussendliche Eurofinanzierung gedreht werden, verrechnet. Konkret war dies die Aufstockung der währungsgesicherten FRN-NOK-Anleihe 2011–2016 (Swap).

+ 66,11 Mio. EUR

Überschreitungsbewilligung:

66.105.961,06 EUR; OeBFA-01-0200-7/0006-BF/2012 v. 27.06.2012

1/581 Finanzierungen, Währungstauschverträge (WTV) – Zinsen

1/58108 Verzinsung und Aufgeld – NETTO

- 157,49 Mio. EUR

Minderausgaben für Verzinsung und Aufgeld in heimischer Währung aufgrund des deutlich geringeren Budgetdefizits und der damit verbundenen geringeren Finanzierungsnotwendigkeit sowie des gesunkenen Zinsniveaus. Zusätzlich führten höhere Stückzinsen bei der Aufstockung von Bundesanleihen zu Mehreinnahmen.

- 161,90 Mio. EUR

Mehrausgaben für Verzinsung und Aufgeld in fremder Währung durch Schuldaufnahmen nach BVA-Erstellung mit Zinsenverpflichtung im Jahr 2012.

+ 4,41 Mio. EUR

1/582 Finanzierungen, Währungstauschverträge (WTV) – Aufwand

1/58208 Sonstiger Aufwand – NETTO

- 1.075,20 Mio. EUR

Minderausgaben für den sonstigen Aufwand in heimischer Währung, weil sich aufgrund des deutlich geringeren Budgetdefizits zwangsläufig eine geringere Finanzierungsnotwendigkeit ergab. Die Abweichungen im Detail stellen sich wie folgt dar: Höhere Emissionsagien bei der Aufstockung von Bundesanleihen und höhere Agien aus der Wertpapiergebarung bedingt durch das gesunkene Zinsniveau sowie niedrigere Provisionen, Entgelte und Collateralentgeltzahlungen führten zu Mehreinnahmen bzw. Minderausgaben im Vergleich zum BVA.

- 1.074,16 Mio. EUR

**7/585 Kurzfristige Verpflichtungen,
Währungstauschverträge-Kapital**

7/58509 Tilgung, Erlöse – Forderungen

- 28.083,42 Mio. EUR

Bei diesem VA-Ansatz kam es zu Minderausgaben für Tilgungen von kurzfristigen Verpflichtungen in heimischer und fremder Währung sowie den damit verbundenen Devisentermingeschäften, weil aufgrund der Finanzmarktsituation bei der BVA-Erstellung für eventuelle Engpässe am Geldmarkt im Umfeld der Finanzkrise vorgesorgt wurde. Diesen Ausgaben stehen auch Mindereinnahmen beim VA-Ansatz 8/58509 gegenüber.

TZ 3

	Minderausgaben für die Tilgung von kurzfristigen Verpflichtungen in heimischer Währung.	- 18.740,85 Mio. EUR
	Minderausgaben für die Tilgung von kurzfristigen Verpflichtungen mit Devisentermingeschäften in heimischer Währung.	- 4.693,30 Mio. EUR
	Minderausgaben für die Tilgung von kurzfristigen Verpflichtungen in fremder Währung.	- 4.649,26 Mio. EUR
1/586	Kurzfristige Verpflichtungen, Währungstauschverträge-Zinsen	
1/58608	Verzinsung und Aufgeld – NETTO	- 88,81 Mio. EUR
	Aufgrund der Finanzmarktsituation bei der BVA-Erstellung wurde für eventuelle Engpässe am Geldmarkt im Umfeld der Finanzkrise vorgesorgt. Minderausgaben für Verzinsung und Aufgeld in heimischer (- 77,01 Mio. EUR) und in fremder (- 11,80 Mio. EUR) Währung aufgrund geringerer Aufnahme von kurzfristigen Verpflichtungen sowie des gesunkenen Zinsniveaus.	- 88,81 Mio. EUR
1/587	Kurzfristige Verpflichtungen, Währungstauschverträge-Aufwand	
1/58708	Sonstiger Aufwand – NETTO	- 10,00 Mio. EUR
	Minderausgaben aufgrund geringerer Provisionen und Entgelte bei kurzfristigen Verpflichtungen in heimischer Währung infolge geringerer Aufnahme von kurzfristigen Verpflichtungen. Aufgrund der Finanzmarktsituation bei der BVA-Erstellung wurde für eventuelle Engpässe am Geldmarkt im Umfeld der Finanzkrise vorgesorgt.	- 10,00 Mio. EUR
8/58	Finanzierungen, Währungstauschverträge	
8/580	Finanzierungen, Währungstauschverträge (WTV) – Kapital	
8/58009	Erlöse, Entnahme von Wertpapieren – Finanzschulden (FS)	+ 16.450,09 Mio. EUR
	Mehreinnahmen infolge der Begebung bzw. Aufnahme von Kreditoperationen in heimischer Währung, weil die Wahl der Finanzierungsinstrumente zum Zeitpunkt der Erstellung des BVA noch nicht möglich ist und der Geld- und Kapitalmarkt keine exakte Aufteilung künftiger Finanzierungsinstrumente im Voraus zulässt. Aus diesem Grund wird beim VA-Ansatz 8/58089 pauschal für sämtliche Kreditoperationen vorgesorgt und bei Realisierung auf den VA-Ansatz 8/58009 umgebucht.	+ 22.417,85 Mio. EUR



BRA 2012

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

Mehreinnahmen infolge der Begebung bzw. Aufnahme von Kreditoperationen in fremder Währung, weil die Wahl der Finanzierungsinstrumente zum Zeitpunkt der Erstellung des BVA noch nicht möglich ist und der Geld- und Kapitalmarkt keine exakte Aufteilung künftiger Finanzierungsinstrumente im Voraus zulässt. Aus diesem Grund wird beim VA-Ansatz 8/58089 pauschal für sämtliche Kreditoperationen vorgesorgt und bei Realisierung auf den VA-Ansatz 8/58009 umgebucht.

+ 3.832,43 Mio. EUR

Mindereinnahmen bei der Entnahme von Wertpapieren in heimischer Währung infolge geringeren Verkaufs von im Bundesbesitz befindlichen Wertpapieren aufgrund geringerer Notwendigkeit, am Sekundärmarkt tätig zu werden, als bei BVA-Erstellung angenommen.

- 9.800,19 Mio. EUR

8/58019 Begleichung – Forderungen Währungstauschverträge

- 1.399,75 Mio. EUR

Die Wahl der Finanzierungsinstrumente ist zum Zeitpunkt der Erstellung des BVA noch nicht möglich, weil der Geld- und Kapitalmarkt keine exakte Aufteilung künftiger Finanzierungsinstrumente im Voraus zulässt. Aus diesem Grund wurde bei diesem VA-Ansatz pauschal für Einnahmen im Zusammenhang mit der Tilgung von im Jahr 2011 aufgenommenen ATB-Finanzierungen, die mittels Devisentermingeschäft in eine schlussendliche Eurofinanzierung gedreht werden, vorgesorgt. Aufgrund der geringeren Finanzierungsnotwendigkeit im Jahr 2011 wurden weniger derartige Geschäfte abgeschlossen. Diesen Mindereinnahmen stehen auch Minderausgaben beim VA-Ansatz 7/58019 gegenüber.

- 1.135,46 Mio. EUR

Weiters kam es zu Mindereinnahmen bei der Begleichung der Forderungen in fremder Währung infolge ungünstiger Wechselkurse als bei BVA-Erstellung angenommen.

- 264,28 Mio. EUR

8/58029 Erlöse – Schulden Währungstauschverträge

+ 66,16 Mio. EUR

Die Wahl der Finanzierungsinstrumente ist zum Zeitpunkt der Erstellung des BVA noch nicht möglich, weil der Geld- und Kapitalmarkt keine exakte Aufteilung künftiger Finanzierungsinstrumente im Voraus zulässt. Beim VA-Ansatz 8/58029 werden die Erlösbuchungen bei Kreditoperationen in fremder Währung, die mittels Währungstauschvertrag in eine schlussendliche Eurofinanzierung gedreht werden, verrechnet. Konkret war dies die Aufstockung der währungsgesicherten FRN-NOK-Anleihe 2011–2016 (Swap).

+ 66,16 Mio. EUR



TZ 3

8/58089	Schuldaufnahmen gemäß Art. II BFG	- 29.436,27 Mio. EUR
	Mindereinnahmen bei der Pauschalvorsorge für Schuld-aufnahmen aufgrund des deutlich geringeren Budgetde-fizits und der damit verbundenen geringeren Finanzie-rungsnotwendigkeit sowie der Verrechnung der für die Pauschalvorsorge veranschlagten Beträge beim sachlich in Betracht kommenden VA-Ansatz 8/58009.	- 29.436,27 Mio. EUR
8/585	Kurzfristige Verpflichtungen, Währungstauschverträge-Kapital	
8/58509	Erlöse, Begleichung – Forderungen	- 28.083,42 Mio. EUR
	Bei diesem VA-Ansatz kam es zu Mindereinnahmen infolge geringerer kurzfristiger Mittelaufnahmen in heimischer und fremder Währung und den damit verbundenen Devi-sentermingeschäften, weil aufgrund der Finanzmarktsitu-ation bei der BVA-Erstellung für eventuelle Engpässe am Geldmarkt im Umfeld der Finanzkrise vorgesorgt wurde. Diesen Mindereinnahmen stehen auch Minderausgaben beim VA-Ansatz 7/58509 gegenüber.	
	Mindereinnahmen bei der Aufnahme von kurzfristigen Verpflichtungen in heimischer Währung.	- 18.740,85 Mio. EUR
	Mindereinnahmen bei der Aufnahme von kurzfristigen Verpflichtungen in fremder Währung.	- 4.693,30 Mio. EUR
	Mindereinnahmen bei der Aufnahme von kurzfristigen Verpflichtungen mit Währungstauschverträgen bzw. der Begleichung der Forderungen bei der Tilgung von kurz-fristigen Verpflichtungen mit Devisentermingeschäften.	- 4.649,26 Mio. EUR

4 JAHRESBESTANDSRECHNUNG

Die Jahresbestandsrechnung 2012 (JBR 2012) wurde nach den Vorschriften des BHG erstellt. Sie weist das Vermögen und die Schulden des Bundes zum 31. Dezember 2012 aus. Zugrunde gelegt ist die Gliederung gemäß § 21 und Anlage 1 RLV.

Die JBR des Bundes ist ähnlich gegliedert wie eine Unternehmensbilanz gemäß § 198 UGB. Bei den Aktiva werden das Anlagevermögen (I.), das Umlaufvermögen (II.) und die aktive Rechnungsabgrenzung (III.) ausgewiesen. Bei den Passiva werden die Rücklagen (I.), die Wertberichtigungen (II.), die Schulden (III.), die Rückstellungen (IV.) und die passive Rechnungsabgrenzung (V.) nachgewiesen.

Die Gesamtübersicht über das Vermögen des Bundes zum 31. Dezember 2012, gegliedert nach Vermögensarten, ist in der Tabelle B.2.1 im Band 2 dargestellt. Die Tabellen B.2.3.1 und B.2.3.2 im Band 2 geben eine Übersicht über das unbewegliche (einschließlich des in Bau befindlichen) Anlagevermögen sowie über die Beteiligungen des Bundes.

Das Eigenkapital ist grundsätzlich bei den Passiva auszuweisen. Da es buchmäßig negativ ist, wird es als Kapitalausgleich (IV.) bei den Aktiva dargestellt. Der Kapitalausgleich zeigt die Entwicklung des Eigenkapitals. Die Darstellung in der Jahresbestandsrechnung des Bundes beschränkt sich auf eine Gegenüberstellung des Vermögens und der Schulden des Bundes. Das Eigenkapital wird als Kapitalausgleich dargestellt und hat lediglich die Bedeutung einer rechnerischen Ausgleichsposition. Der Aussagewert ist daher entsprechend gering.

4.1 Aktiva

Die Organe der Haushaltsführung erstellten den Vermögensnachweis aufgrund der in den Verrechnungsaufschreibungen zum Abschlussstichtag 31. Dezember 2012 erfassten Vermögensgegenstände.

Die Vermögensgegenstände werden getrennt in Anlage- und Umlaufvermögen dargestellt. Unter das Anlagevermögen fallen jene Gegenstände, die bestimmt sind, dauernd der Verwaltungstätigkeit zu dienen. Das Umlaufvermögen stellt die Vermögenswerte dar, die zum Verbrauch oder zur Ver-



TZ 4

äußerung bestimmt sind. Die Unterscheidung von Umlauf- und Anlagevermögen erlangt vor allem Bedeutung im Hinblick auf die Bewertung und die Abschreibung nach den bundeseinheitlichen Richtlinien des BMF.

Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, die einer Wertminderung durch Alter und Abnutzung unterliegen, werden je zur Hälfte ihres Anschaffungs- oder Herstellungswertes im Jahr des Zugangs und im Jahr ihres Ausscheidens abgeschrieben. Grundstücke werden generell nicht abgeschrieben, außer im Falle einer Wertminderung durch Abbau. Geringwertige Wirtschaftsgüter⁸⁷ oder Wirtschaftsgüter, die infolge ihrer künstlerischen oder wissenschaftlichen Bedeutung nur schwer zu bewerten sind, werden aufgrund einer Ausnahmebestimmung im BHG von der Bewertung ausgenommen.

Die Entwicklung der Aktiva während der letzten fünf Jahre ist in der folgenden Tabelle zusammengefasst:

Tabelle 83: Aktiva des Bundes

	Bezeichnung	2008	2009	2010	2011	2012	Veränderung 2011/2012
		in Mio. EUR					in %
I.	Anlagevermögen	20.595,12	26.497,44	26.748,32	26.204,30	24.827,93	- 5,3
II.	Umlaufvermögen	64.254,19	53.864,62	49.941,50	50.847,39	45.157,56	- 11,2
III.	Aktive Rechnungsabgrenzung	2.732,01	2.097,87	1.869,79	3.083,48	2.114,60	- 31,4
		87.581,32	82.459,93	78.559,62	80.135,18	72.100,09	- 10,0
IV.	Kapitalausgleich	121.234,64	125.988,49	132.237,07	149.139,53	159.670,58	7,1
	Summe Aktiva	208.815,96	208.448,42	210.796,69	229.274,71	231.770,67	1,1

Im Jahr 2012 verringerte sich die Summe der Aktiva ohne Kapitalausgleich im Vergleich zu 2011 um 8,035 Mrd. EUR (- 10,0 %).

⁸⁷ Geringwertige Wirtschaftsgüter sind jene Anlagegüter deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten 400 EUR nicht übersteigen.

Die größten Veränderungen in den Aktiva ergaben sich im Bereich

- der Beteiligungen, insbesondere an Internationalen Entwicklungorganisationen, resultierend aus einer Verrechnungsumstellung aufgrund einer Eurostat-Entscheidung (- 2.906,25 Mio. EUR) sowie Beteiligungszugängen in der UG 46 (KA Finanz AG, Hypo Alpe-Adria-Bank International AG, Österreichische Volksbanken AG, insgesamt + 1.139,00 Mio. EUR),
- im Bereich der Kassenverwaltung des Bundes infolge geringerer Guthaben durch Veranlagungen (- 2.406,98 Mio. EUR),
- im Bereich der Rücklagen aufgrund der geänderten Darstellung und Verbuchung der Rücklagen bedingt durch geänderte Finanzierungsmodalitäten im Zusammenhang mit der Haushaltsrechtsreform 2013 (- 2.814,64 Mio. EUR) und
- im Bereich der aktiven Rechnungsabgrenzung aufgrund dem Wegfall der Vorlauffinanzierung im Zusammenhang mit der Haushaltsrechtsreform 2013 (- 968,88 Mio. EUR).

Im Bereich des Anlagevermögens erfolgten zusätzliche Zu- und Abgänge infolge

- einer Neubewertung der Bestände aufgrund der Vorbereitungsmaßnahmen für die Eröffnungsbilanz 2013,
- einer Generalinventur anlässlich der Umstellung und daraus resultierenden Berichtigungen durch Ausscheidungen und
- einer Umstellung der bisherigen Inventaraufzeichnungen (50 % Buchwertabschreibung bei Anschaffung und 50 % Buchwertabschreibung erst bei Ausscheiden) auf die Finanz-Anlagenbuchhaltung (FI-AA) mit linearer Abschreibung.

Weitere Erläuterungen und Details zu den Veränderungen gegenüber dem Vorjahr der einzelnen Posten der Jahresbestandsrechnung finden sich in der TZ 4.3.

I. Anlagevermögen

Das Anlagevermögen betrug 24,828 Mrd. EUR (2011: 26,204 Mrd. EUR) und sank gegenüber dem Vorjahr um 1,376 Mrd. EUR (- 5,3 %).



TZ 4

Tabelle 84: Buchwertentwicklung und Zusammensetzung Anlagevermögen des Bundes

Buchwertentwicklung	31.12.2011	31.12.2012	Zusammen- setzung des Anlagevermögens		Veränderung 2011/2012	
	in Mio. EUR		in %		in Mio. EUR	in %
I. Anlagevermögen	26.204,30	24.827,93		100,0	- 1.376,37	- 5,3
Unbewegliche Anlagen	11.897,41	12.335,06		49,7	437,65	3,7
Bewegliche Anlagen	950,60	826,96		3,3	- 123,64	- 13,0
In Bau befindliche Anlagen	425,43	261,53		1,1	- 163,90	- 38,5
Vorräte des Anlagevermögens	26,08	27,33		0,1	1,25	4,8
Immaterielle Anlagen	19,13	18,73		0,1	- 0,39	- 2,1
Finanzanlagen	12.884,87	11.348,31		45,7	- 1.536,56	- 11,9
Anzahlungen für Anlagen	0,78	10,02		0,0	9,24	-

Das Anlagevermögen bestand zu 49,7 % aus unbeweglichen Anlagen und zu 45,7 % aus Finanzanlagen. Die meisten Abgänge waren bei den Finanzanlagen in Höhe von 1.536,56 Mio. EUR zu verzeichnen. Bei den „Unbeweglichen Anlagen“ erfolgten Zugänge in Höhe von 437,65 Mio. EUR.

Unbewegliche Anlagen

Tabelle 85: Buchwertentwicklung und Zusammensetzung Unbewegliche Anlagen

Buchwertentwicklung	31.12.2011	Zu- /Abgang	31.12.2012	Anteil
	in Mio. EUR		in %	
Unbewegliche Anlagen	11.897,41	+ 437,65	12.335,06	100,0
Zusammensetzung (Bezeichnung lt. JBR):				
1. Unbebaute Grundstücke	3.550,32	+ 25,24	3.575,56	29,0
2. Bebaute Grundstücke	225,83	+ 0,45	226,27	1,8
3. Grundstückseinrichtungen	6.593,51	+ 261,91	6.855,41	55,6
4. Gebäude	1.437,83	+ 122,41	1.560,24	12,6
5. Sonderanlagen	89,93	+ 27,64	117,57	1,0

Die unbeweglichen Anlagen bestanden zu 55,6 % aus Grundstückseinrichtungen, zu 29,0 % aus unbebauten Grundstücken und zu 12,6 % aus Gebäuden. Der Rest setzte sich aus bebauten Grundstücken und Sonderanlagen zusammen. Detaillierte Erläuterungen zu den Zu- und Abgängen finden sich in TZ 4.3.

Der Großteil der unbebauten Grundstücke wurde forstwirtschaftlich genutzt und von den Bundesforsten verwaltet (UG 42: 3,005 Mrd. EUR, 2011: 2,985 Mrd. EUR).

Die Grundstückseinrichtungen beinhalteten Straßenbauten, zu denen u.a. Autobahnen, Schnellstraßen und Bundesstraßen zählen, sowie Wasser- und Kanalisationsbauten (UG 41: 6,722 Mrd. EUR, 2011: 6,564 Mrd. EUR).

Gebäude fanden sich vorwiegend im Militärischen Immobilien Management Zentrum (UG 14: 633,84 Mio. EUR, 2011: 633,84 Mio. EUR), wobei es sich großteils um Kasernen (2011 unverändert: 581,27 Mio. EUR) handelte, sowie bei der Burghauptmannschaft (UG 40: 677,36 Mio. EUR, 2011: 607,77 Mio. EUR), wo Kulturinstitute (659,23 Mio. EUR, 2011: 589,64 Mio. EUR) beinhaltet waren.

Bewegliche Anlagen

Tabelle 86: Buchwertentwicklung und Zusammensetzung Bewegliche Anlagen

Buchwertentwicklung	31.12.2011	Zu- /Abgang	31.12.2012	Anteil
	in Mio. EUR		in %	
Bewegliche Anlagen	950,60	- 123,64	826,96	100,0
Zusammensetzung (Bezeichnung lt. JBR):				
6. Maschinen und maschinelle Anlagen	205,54	- 127,49	78,05	9,4
7. Werkzeuge und sonstige Erzeugungshilfsmittel	61,36	+ 84,29	145,65	17,6
8. Fahrzeuge und sonstige Beförderungsmittel	110,73	+ 23,81	134,54	16,3
9. Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung	572,97	- 104,24	468,72	56,7

Die beweglichen Anlagen bestanden zu 56,7 % aus Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung, zu 17,6 % aus Werkzeugen und sonstigen Erzeugungshilfsmitteln und zu 16,3 % aus Fahrzeugen und sonstigen Beförderungsmitteln. Der Rest (9,4 %) waren Maschinen und maschinelle Anlagen.

TZ 4

Maschinen und maschinelle Anlagen waren vorwiegend im Schulbereich (UG 30: 21,33 Mio. EUR, 2011: 125,89 Mio. EUR) und in der Landesverteidigung (UG 14: 21,05 Mio. EUR, 2011: 11,06 Mio. EUR) zu finden.

Werkzeuge und sonstige Erzeugungshilfsmittel waren vorwiegend in der Landesverteidigung (UG 14: 67,75 Mio. EUR, 2011: 0,08 Mio. EUR) und im BMI (UG 11: 31,00 Mio. EUR, 2011: 32,62 Mio. EUR) zu finden.

Der Großteil der Fahrzeuge (Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge) war im BMI (UG 11: 53,27 Mio. EUR, 2011: 61,49 Mio. EUR) und in der Landesverteidigung (UG 14: 51,43 Mio. EUR, 2011: 1,76 Mio. EUR) angesiedelt.

Die größten Anteile an Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung hatten der Schulbereich (UG 30: 128,51 Mio. EUR, 2011: 239,31 Mio. EUR) und das BMI (UG 11: 108,92 Mio. EUR, 2011: 111,27 Mio. EUR).

In Bau befindliche Anlagen

Tabelle 87: Buchwertentwicklung und Zusammensetzung In Bau befindlicher Anlagen

Buchwertentwicklung	31.12.2011	Zu- /Abgang	31.12.2012	Anteil in %
	in Mio. EUR			
In Bau befindliche Anlagen	425,43	- 163,90	261,53	100,0
Zusammensetzung (Bezeichnung lt. JBR):				
10. In Bau befindliche unbewegliche Anlagen	425,43	- 163,90	261,53	100,0
11. In Bau befindliche bewegliche Anlagen	-	-	-	-

Unter den in Bau befindlichen Anlagen wurden ausschließlich in Bau befindliche unbewegliche Anlagen erfasst. Diese beinhalteten hauptsächlich Gebäude des Militärischen Immobilien Management Zentrums (UG 14: 2012 unverändert: 158,97 Mio. EUR), Gebäude der Justiz (UG 13: 42,26 Mio. EUR, 2011: 40,91 Mio. EUR) sowie des BMiA (UG 12: 22,72 Mio. EUR, 2011: 105,51 Mio. EUR).

Vorräte des Anlagevermögens

Tabelle 88: Buchwertentwicklung und Zusammensetzung Vorräte des Anlagevermögens

Buchwertentwicklung	31.12.2011	Zu- /Abgang	31.12.2012	Anteil
	in Mio. EUR		in %	
Vorräte des Anlagevermögens	26,08	+ 1,25	27,33	100,0
Zusammensetzung (Bezeichnung lt. JBR):				
12. Teile für Anlagen	9,61	- 0,09	9,52	34,8
13. Geringwertige Gebrauchsgüter	16,47	+ 1,34	17,81	65,2

Die Vorräte des Anlagevermögens bestanden zu 65,2 % aus geringwertigen Gebrauchsgütern und zu 34,8 % aus nicht näher spezifizierten Teilen für Anlagen.

Den größten Anteil an geringwertigen Gebrauchsgütern hatten die Justizanstalten (UG 13: 2012 unverändert 12,94 Mio. EUR).

Immaterielle Anlagen

Tabelle 89: Buchwertentwicklung und Zusammensetzung Immaterielle Anlagen

Buchwertentwicklung	31.12.2011	Zu- /Abgang	31.12.2012	Anteil
	in Mio. EUR		in %	
Immaterielle Anlagen	19,13	- 0,39	18,73	100,0
Zusammensetzung (Bezeichnung lt. JBR):				
14. Aktivierungsfähige Rechte	19,13	- 0,39	18,73	100,0

Unter den immateriellen Anlagen wurden ausschließlich aktivierungsfähige Rechte erfasst. Der größte Anteil lag in UG 30 Unterricht, Kunst und Kultur (2012 unverändert 10,96 Mio. EUR), gefolgt von UG 14 Militärische Angelegenheiten und Sport (5,31 Mio. EUR, 2011: 5,46 Mio. EUR).

TZ 4

Finanzanlagen

Tabelle 90: Buchwertentwicklung und Zusammensetzung Finanzanlagen

Buchwertentwicklung	31.12.2011	Zu- /Abgang	31.12.2012	Anteil
	in Mio. EUR		in %	
Finanzanlagen	12.884,87	- 1.536,56	11.348,31	100,0
Zusammensetzung (Bezeichnung lt. JBR):				
15. Beteiligungen	8.085,76	- 836,56	7.249,20	63,9
16. Andere Wertpapiere des Anlagevermögens	4.799,11	- 700,00	4.099,11	36,1

Die Finanzanlagen bestanden zu 63,9 % aus Beteiligungen und zu 36,1 % aus Partizipationskapital, das unter den Wertpapieren des Anlagevermögens ausgewiesen ist.

Der größte Anteil an Beteiligungen befand sich in der UG 45 Bundesvermögen (2,605 Mrd. EUR, 2011: 4,580 Mrd. EUR). Dabei handelte es sich zur Hälfte um Beteiligungen an internationalen Entwicklungorganisationen und -fonds und zur Hälfte um Beteiligungen an inländischen Unternehmen.

Weitere Beteiligungen bestanden im Bereich der Infrastruktur (UG 41: 2012 unverändert 2,367 Mrd. EUR), wobei der Hauptanteil bei der Österreichischen Bundesbahnen-Holding AG unverändert mit 1,900 Mrd. EUR lag.

Die größten Veränderungen in der Position Beteiligungen (- 836,56 Mio. EUR) betreffen einerseits eine Verringerung in der UG 45 bei den Internationalen Entwicklungorganisation resultierend aus einer Verrechnungsumstellung aufgrund einer Eurostat-Entscheidung (- 2.906,25 Mio. EUR) und andererseits eine Erhöhung in der UG 46 (+ 1.139,00 Mio. EUR) aufgrund von Beteiligungszugängen (KA Finanz AG, Hypo Alpe-Adria-Bank International AG, Österreichische Volksbanken AG). Details zu den Veränderungen finden sich in der TZ 4.3.

In der UG 46 Finanzmarktstabilität änderte sich der Wert der Beteiligungen von 669,77 Mio. EUR im Jahr 2011 auf 1.808,77 Mio. EUR im Jahr 2012 um 1.139,00 Mio. EUR wie folgt:

Hypo Alpe-Adria-Bank International AG: Mit Hauptversammlungsbeschluss vom 13. Dezember 2012 wurde eine Kapitalerhöhung um 499.999.999,71 EUR



BRA 2012

Jahresbestandsrechnung

auf 969.097.049,00 EUR durch Ausgabe von 204.462.872 neuen, auf Namen lautende nennbetragslose Stückaktien beschlossen und durchgeführt.

KA Finanz AG: Mit Hauptversammlungsbeschluss vom 25. April 2012 wurde eine Erhöhung des Grundkapitals um 389.000.000,00 EUR gemäß § 189 AktG mit Rückwirkung zum 31. Dezember 2011 beschlossen und durchgeführt.

Österreichische Volksbanken AG: Mit Hauptversammlungsbeschluss vom 26. April 2012 wurde eine Erhöhung des Grundkapitals um 483.999.999,91 EUR auf 577.328.623,46 EUR gemäß § 189 AktG mit Rückwirkung zum 31. Dezember 2011 beschlossen und durchgeführt. Der Bund beteiligte sich dabei mit 249.999.999,56 EUR.

Details über den Bestand der Beteiligungen finden sich in der Tabelle B.2.3.2 im Band 2.

Unter Andere Wertpapiere des Anlagevermögens wurde das Partizipationskapital an Finanzunternehmen verrechnet, das von der FIMBAG-Finanzmarktbeteiligung Aktiengesellschaft des Bundes treuhänderisch verwaltet wurde (UG 46: 4,099 Mrd. EUR, 2011: 4,799 Mrd. EUR).

Das Partizipationskapital setzte sich wie folgt zusammen:

Tabelle 91 : Zusammensetzung Partizipationskapital

	2011	2012
	in Mrd. EUR	
Raiffeisen Bank International AG	1,750	1,750
Hypo Alpe-Adria-Bank International AG	0,275	0,275
ERSTE Group Bank AG	1,224	1,224
Österreichische Volksbanken AG	1,000	0,300
BAWAG P.S.K. Bank für Arbeit und Wirtschaft und Österreichische Postsparkasse Aktiengesellschaft	0,550	0,550
	4,799	4,099

Der Abgang beim Partizipationskapital in Höhe von 700,00 Mio. EUR resultierte aus einer Partizipationskapitalherabsetzung bei der Österreichische Volksbanken AG.



TZ 4

Anzahlungen für Anlagen

Tabelle 92: Buchwertentwicklung und Zusammensetzung Anzahlungen für Anlagen

Buchwertentwicklung	31.12.11	Zu- /Abgang	31.12.2012	Anteil
	in Mio. EUR			in %
Anzahlungen für Anlagen	0,78	+ 9,24	10,02	100,0
Zusammensetzung (Bezeichnung lt. JBR):				
17. Anzahlungen für Anlagen	0,78	+ 9,24	10,02	100,0

Die größten Anzahlungen waren im Bereich der UG 13 Justiz mit 7,26 Mio. EUR (2011: 0,40 Mio. EUR) für verschiedene Anlagegüter zu finden.

II. Umlaufvermögen

Das Umlaufvermögen betrug 45,158 Mrd. EUR (Stand 2011: 50,847 Mrd. EUR) und verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 5,690 Mrd. EUR (- 11,2 %).

Tabelle 93: Buchwertentwicklung und Zusammensetzung Umlaufvermögen

Buchwertentwicklung	31.12.2011	31.12.2012	Zusammen- setzung des Um- laufvermögens	Veränderung 2011/2012	
	in Mio. EUR		in %	in Mio. EUR	in %
II. Umlaufvermögen	50.847,39	45.157,56	100,0	- 5.689,84	- 11,2
Vorräte des Umlaufvermögens	25,00	27,29	0,1	2,29	9,2
Flüssige Mittel	6.521,71	4.017,17	8,9	- 2.504,55	- 38,4
Wertpapiere des Umlaufvermögens	-	-	-	-	-
Forderungen	41.299,90	40.926,96	90,6	- 372,94	- 0,9
Haushaltsrücklagen	3.000,78	186,14	0,4	- 2.814,64	- 93,8

Das Umlaufvermögen bestand zu 90,6 % aus Forderungen, zu 8,9 % aus flüssigen Mitteln und zu 0,4 % aus Haushaltsrücklagen. Die Vorräte hatten einen Anteil von deutlich unter einem Prozent, Wertpapiere des Umlaufvermögens gab es in den letzten beiden Jahren keine. Außer bei den Vorräten (+ 2,29 Mio. EUR) waren bei allen Vermögensgruppen Verringerungen zu verzeichnen. Diese bezifferten sich beim Posten „Flüssige Mittel“ auf 2,505 Mrd. EUR und bei den Forderungen auf 0,373 Mrd. EUR. Die Abgänge bei den Haushaltsrücklagen betrugen 2,815 Mrd. EUR.

Der Rückgang bei den Haushaltsrücklagen war darauf rückzuführen, dass ab 2009 neu zugeführte Rücklagen wegen der geänderten Finanzierungsmodalitäten nicht mehr in der JBR ausgewiesen wurden.

Vorräte des Umlaufvermögens

Tabelle 94: Buchwertentwicklung und Zusammensetzung Vorräte des Umlaufvermögens

Buchwertentwicklung	31.12.11	Zu- /Abgang	31.12.2012	Anteil
	in Mio. EUR			in %
Vorräte des Umlaufvermögens	25,00	+ 2,29	27,29	100,0
Zusammensetzung (Bezeichnung lt. JBR):				
1. Werkstoffe, Handelswaren und Verbrauchsgüter	19,44	+ 3,47	22,91	84,0
2. Altmaterial	0,22	- 0,12	0,10	0,4
3. Erzeugnisse	5,34	- 1,06	4,28	15,7

Die Vorräte des Umlaufvermögens bestanden zu 84,0 % aus dem Posten „Werkstoffe, Handelswaren und Verbrauchsgüter“. Diese Position beinhaltete Betriebsstoffe und sonstige Verbrauchsgüter sowie Lebens- und Futtermittel, die vorwiegend im Bereich des BMI (UG 11: 7,74 Mio. EUR, 2011: 3,94 Mio. EUR), in den Justizanstalten (UG 13: 6,78 Mio. EUR, 2011: 6,82 Mio. EUR) sowie im Schulbereich (UG 30: 5,57 Mio. EUR, 2011: 5,73 Mio. EUR) benötigt wurden.

Die restlichen 16,0 % entfielen auf Altmaterial und nicht näher spezifizierte Erzeugnisse.



TZ 4

Flüssige Mittel

Tabelle 95: Buchwertentwicklung und Zusammensetzung Flüssige Mittel

Buchwertentwicklung	31.12.11	Zu- /Abgang	31.12.2012	Anteil
	in Mio. EUR			in %
Flüssige Mittel	6.521,71	- 2.504,55	4.017,17	100,0
Zusammensetzung (Bezeichnung lt. JBR):				
4. Bargeld und Wertzeichen	9,81	+ 0,12	9,93	0,2
5. Guthaben bei der ÖPSK (BAWAG P.S.K.)	62,87	- 27,46	35,40	0,9
6. Guthaben bei der OeNB	0,19	+ 98,07	98,26	2,4
7. Guthaben bei sonstigen Kreditunternehmungen u. Kassenverwaltung des Bundes	6.429,97	- 2.363,24	4.066,73	101,2
8. Zuzüglich oder abzüglich schwiegende Geldgebarungen	18,83	- 212,01	- 193,18	- 4,8
9. Schecks	0,05	- 0,03	0,02	0,0

Die flüssigen Mittel bestanden zu 9,93 Mio. EUR aus dem Posten „Bargeld und Wertzeichen“, zu 35,40 Mio. EUR aus Guthaben bei der ÖPSK, zu 4.066,73 Mio. EUR aus dem Posten „Guthaben bei sonstigen Kreditunternehmungen und Kassenverwaltung des Bundes“, zu 0,02 Mio. EUR aus Schecks abzüglich 193,18 Mio. EUR aus dem Posten „Zuzüglich oder abzüglich Schwiegende Geldgebarung“.

Den Großteil der Guthaben bei sonstigen Kreditunternehmungen und Kassenverwaltung des Bundes betrafen kurz- und langfristige Veranlagungen (UG 51: 3,306 Mrd. EUR, 2011: 5,713 Mrd. EUR).

Die durch die OeBFA veranlagten Guthaben waren mit Stichtag 31. Dezember 2012 zu rund 36 % täglich fällig und die restlichen 64 % hatten eine Laufzeit von maximal drei Monaten. Die geografische Verteilung dieser Veranlagungen per 31. Dezember 2012 stellte sich wie folgt dar:



BRA 2012

Jahresbestandsrechnung

- Österreich: 68,9 %
- Niederlande: 24,4 %
- Frankreich: 6,7 %

Die branchenmäßige Aufteilung stellte sich wie folgt dar:

- Einheiten Sektor Staat-Bund: 1,1 %
- Einheiten Sektor Staat-Länder: 33,9 %
- Einheiten Sektor Staat-Sozialversicherung: 27,6 %
- Banken: 36,2 %
- Sonstiges: 1,2 %

Die schwedende Geldgebarung ist in Ein- und Auszahlungen auf Bankkonten begründet, die im Jahr 2012 beauftragt wurden (UG 15 - Bundespensionsamt). Die Verbuchung am Bankkonto wurde erst im Jahr 2013 durchgeführt. Ein Vergleich mit dem Vorjahr ist daher nur bedingt aussagekräftig.

TZ 4

Wertpapiere des Umlaufvermögens

Wertpapiere des Umlaufvermögens waren zum 31. Dezember 2012 nicht vorhanden.

Forderungen

Tabelle 96: Buchwertentwicklung und Zusammensetzung Forderungen

Buchwertentwicklung	31.12.11	Zu- /Abgang	31.12.2012	Anteil in %
	in Mio. EUR			
Forderungen	41.299,90	- 372,94	40.926,96	100,0
Zusammensetzung (Bezeichnung lt. JBR):				
11. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	666,40	- 248,65	417,75	1,0
12. Forderungen aus Darlehen	2.945,42	- 6,62	2.938,80	7,2
13. Forderungen aus der Inanspruchnahme von Haftungen	2.052,49	- 11,75	2.040,74	5,0
14. Forderungen aus voranschlagswirksamen Vorschüssen	1.002,57	+ 38,89	1.041,47	2,5
15. Forderungen aus voranschlagsunwirksamen Vorschüssen	978,23	+ 124,56	1.102,80	2,7
16. Ersatzforderungen	-	-	-	-
17. Forderungen aus gegebenen Anzahlungen	132,88	- 15,87	117,01	0,3
18. Forderungen aus Währungstauschverträgen	13.086,73	- 1.833,13	11.253,61	27,5
19. Forderungen an Rechtsträger	-	-	-	-
20. Sonstige Forderungen	20.435,18	+ 1.579,61	22.014,79	53,8

Die Forderungen bestanden zu 53,8 % aus sonstigen Forderungen und zu 27,5 % aus Forderungen aus Währungstauschverträgen.

Die sonstigen Forderungen betrafen insbesondere Abgabenforderungen (UG 16: 6,682 Mrd. EUR, 2011: 6,548 Mrd. EUR), Forderungen aus dem Eigenbesitz des Bundes⁸⁸ (UG 58: 12,121 Mrd. EUR, 2011: 10,435 Mrd. EUR) und Forderungen an den Reservefonds, FLAF (UG 25: 3,654 Mrd. EUR, 2011: 3,824 Mrd. EUR).

⁸⁸ Die Forderungen aus dem Eigenbesitz des Bundes resultieren aus der Eigenquote bei der Begebung von Bundesanleihen (siehe auch TZ 6)

Die Abgänge bei den Forderungen aus Währungstauschverträgen entstanden vorwiegend durch die Tilgung von Währungstauschverträgen.

Die im BVA in der Anlage I zum BFG 2012 aufgrund von § 16 Abs. 6 BHG in der UG 58 netto dargestellten Finanzierungen und Währungstauschverträge werden in der JBR weiterhin brutto ausgewiesen.

Die Details zu den Finanzierungen und Währungstauschverträgen (UG 58) sind in der TZ 6 sowie in der Tabelle C.2.3 im Band 2 brutto ausgewiesen.

Haushaltsrücklagen

Tabelle 97: Buchwertentwicklung und Zusammensetzung Haushaltsrücklagen

Buchwertentwicklung	31.12.11	Zu- /Abgang	31.12.2012	Anteil in %
	in Mio. EUR			
Haushaltsrücklagen	3.000,78	- 2.814,64	186,14	100,0
Zusammensetzung (Bezeichnung lt. JBR):				
21. Haushaltsrücklagen	3.000,78	- 2.814,64	186,14	100,0

Die Haushaltsrücklagen bestanden zur Gänze aus Rücklagen aus zweckgebundenen Einnahmen (186,14 Mio. EUR; Katastrophenfonds, Landesstraßen B, Siedlungswasserwirtschaft).

Unter den Haushaltsrücklagen wurden die Rücklagen zusammengefasst, die nach dem alten Rücklagensystem gebildet wurden. Sie werden in gleicher Höhe auch bei den Passiva ausgewiesen.

Ab 2009 wurden neu zugeführte Rücklagen wegen der geänderten Finanzierungsmodalitäten nicht mehr in der JBR ausgewiesen. Aufgrund der BHG-Novelle, BGBl. I Nr. 20/2008, wurden Rücklagen erst zum Zeitpunkt ihrer Inanspruchnahme finanziert.

Die in der JBR 2012 ausgewiesenen Rücklagen sind ausschließlich solche, die schon vor 2009 bestanden haben. Sie wurden im Unterschied zur jetzigen Rechtslage schon bei der Zuführung finanziert und scheinen daher auf beiden Seiten der JBR auf (vgl. die Positionen „21. Haushaltsrücklagen“ im Umlaufvermögen bei den Aktiva sowie „1. Haushaltsrücklagen“ in den Rücklagen bei den Passiva).



TZ 4

Die Details zu den Rücklagen finden sich in den Tabellen B.2.3.3.1 bis B.2.3.4.5 im Band 2.

III. Aktive Rechnungsabgrenzung

In der Rechnungsabgrenzung sind bei den Aktiva Ausgaben vor dem Abschlussstichtag ausgewiesen, die einen Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen. Als Beispiel lassen sich hier die Bezüge der öffentlich Bediensteten nennen, die aufgrund der zeitgerechten Erfüllung bereits vor Beginn des nächsten Finanzjahres, dem sie zuzurechnen sind, angewiesen werden müssen.

Tabelle 98: Buchwertentwicklung und Zusammensetzung Aktive Rechnungsabgrenzung

Buchwertentwicklung	31.12.2011	31.12.2012	Zusammensetzung der aktiven Rechnungs- abgrenzung	Veränderung 2011/2012	
	in Mio. EUR			in Mio. EUR	in %
III. Aktive Rechnungsabgrenzung	3.083,48	2.114,60	100,0	- 968,88	- 31,4
1. Geldwirksame Rechnungsabgrenzung	884,44	6,28	0,3	- 878,15	- 99,3
2. Geldunwirksame Rechnungsabgrenzung	2.199,04	2.108,31	99,7	- 90,73	- 4,1

Die aktive Rechnungsabgrenzung betrug 2,115 Mrd. EUR (Stand 2011: 3,083 Mrd. EUR) und sank damit gegenüber dem Vorjahr um 0,969 Mrd. EUR (- 31,4 %). Zu 99,7 % bestand sie aus geldunwirksamen Rechnungsabgrenzungen aufgrund der Abgrenzung der Schulden infolge von Erlösen gemäß § 65a BHG, die im laufenden Jahr aufgenommen, jedoch erst dem nächsten Jahr zugerechnet wurden.

Die Abgrenzung der Schulden gemäß § 65a BHG war um 564,87 Mio. EUR geringer als im Vorjahr; die Einnahmen für das abgelaufene Jahr waren um 474,62 Mio. EUR höher als im Vorjahr. Die geldwirksame aktive Rechnungsabgrenzung sank um 90,73 Mio. EUR.

IV. Kapitalausgleich

Der Kapitalausgleich zeigt die Entwicklung des Eigenkapitals. Die Darstellung in der Jahresbestandsrechnung des Bundes beschränkt sich auf eine Gegenüberstellung des Vermögens und der Schulden des Bundes. Das Eigenkapital wird als Kapitalausgleich dargestellt und hat lediglich die Bedeutung einer rechnerischen Ausgleichsposition. Der Aussagewert ist daher entsprechend gering.

Tabelle 99: Buchwertentwicklung und Zusammensetzung Kapitalausgleich

Buchwertentwicklung	31.12.2011	31.12.2012	Veränderung 2011/2012	
	in Mio. EUR		in %	
IV. Kapitalausgleich	149.139,53	159.670,58	10.531,05	7,1
1. Anfänglicher Kapitalausgleich	132.237,07	149.139,53		
2. Kapitalverminderung	– 174,54	0,00		
3. Kapitalerhöhung	–	253,25		
4. Rücklagenauflösung	–	0,00		
5. Vermögensabgang	17.077,00	10.277,79		

Das Eigenkapital des Bundes war buchmäßig negativ und wird als Kapitalausgleich bei den Aktiva dargestellt (Tabelle B.1, Band 2). Der Anfangsbestand des Jahres 2012 (anfänglicher Kapitalausgleich) in der Höhe von 149,140 Mrd. EUR entsprach dem schließlichen Kapitalausgleich des Jahres 2011. Durch die Kapitalerhöhung und den Vermögensabgang erhöhte sich der Kapitalausgleich um 253,25 Mio. EUR bzw. um 10,278 Mrd. EUR. Der schließliche Kapitalausgleich betrug 159,671 Mrd. EUR. Das negative Eigenkapital stieg gegenüber dem Vorjahr um 10,531 Mrd. EUR (+ 7,1 %).



TZ 4

4.2 Passiva

Dem Schuldennachweis lagen alle Zahlungsverpflichtungen des Bundes zugrunde, die in der Bestandsverrechnung der anordnenden Organe gemäß § 80 BHG zum Abschlussstichtag 31. Dezember 2012 enthalten waren.

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Passiva von 2008 bis 2012:

Tabelle 100: Passiva des Bundes

Bezeichnung	2008	2009	2010	2011	2012	Veränderung 2011/2012
	in Mio. EUR					in %
I. Rücklagen	11.483,04	5.854,18	4.761,36	3.000,78	186,14	- 93,8
II. Wertberichtigungen	-	-	-	-	-	-
III. Schulden	194.101,92	200.362,88	204.670,04	223.374,81	229.658,20	2,8
IV. Rückstellungen	-	-	-	-	-	-
V. Passive Rechnungs-abgrenzung	3.231,00	2.231,36	1.365,29	2.899,13	1.926,33	- 33,6
Summe Passiva	208.815,96	208.448,42	210.796,69	229.274,71	231.770,67	1,1

Im Jahr 2012 erhöhte sich die Summe der Passiva. Sie nahm im Vergleich zu 2011 um 2.496 Mrd. EUR (+ 1,1 %) zu.

I. Rücklagen

Tabelle 101: Buchwertentwicklung und Zusammensetzung Rücklagen

Buchwertentwicklung	31.12.2011	31.12.2012	Zusammen-setzung der Rücklagen	Veränderung 2011/2012	
	in Mio. EUR			in Mio. EUR	in %
I. Rücklagen	3.000,78	186,14		100,0	- 2.814,64
1. Haushaltsrücklagen	3.000,78	186,14		100,0	- 2.814,64
2. Sonstige Rücklagen	-	-		-	-

Der Stand der Rücklagen betrug 0,186 Mrd. EUR (2011: 3,001 Mrd. EUR). Die Rücklagen gingen gegenüber dem Vorjahr um 2,815 Mrd. EUR (- 93,8 %) zurück (TZ 3.6).

In den Tabellen B.2.3.3.1 bis B.2.3.4.5 im Band 2 sind die verschiedenen Rücklagenarten dargestellt.

III. Schulden

Tabelle 102: Buchwertentwicklung und Zusammensetzung Schulden

Buchwertentwicklung	31.12.2011	31.12.2012	Zusammen- setzung der Schulden in %	Veränderung 2011/2012	
	in Mio. EUR			in Mio. EUR	in %
III. Schulden	223.374,81	229.658,20	100,0	6.283,39	2,8
1. Schulden aus Lieferungen und Leistungen	91,44	112,43	0,0	20,99	23,0
2. Schulden aus voranschlags-unwirksamen Erlägen	2.397,72	2.048,77	0,9	- 348,95	- 14,6
3. Ersatzschulden	-	-	-	-	-
4. Schulden aus empfangenen Anzahlungen	-	0,00	-	-	-
5. nichtfällige Schulden aus Währungstauschverträgen	13.326,40	11.547,01	5,0	- 1.779,39	- 13,4
6. Sonstige Schulden	14.188,28	14.571,93	6,3	383,65	2,7
7. Finanzschulden	193.370,97	201.378,07	87,7	8.007,10	4,1

Der Schuldenstand des Bundes betrug 229,658 Mrd. EUR (2011: 223,375 Mrd. EUR). Die Schulden stiegen gegenüber dem Vorjahr um 6,283 Mrd. EUR (+ 2,8 %).

Abgänge bei Schulden aus Währungstauschverträgen ergaben sich durch Tilgungen von Währungstauschverträgen und von Devisentermingeschäften in UG 58 (- 1,779 Mrd. EUR, 2011: - 1,259 Mrd. EUR).

Die sonstigen Schulden betrafen zu 86,3 % das BMVIT (12,579 Mrd. EUR, 2011: 10,976 Mrd. EUR). Darin enthalten sind die Zuschüsse des Bundes



TZ 4

gemäß § 42 Abs. 2 Bundesbahngesetz zur Instandhaltung, Planung und Bau von Schieneninfrastruktur.

Die Schulden werden ausführlich in TZ 6 dargestellt, die Tabelle B.2.2 im Band 2 gibt eine Gesamtübersicht über die Schulden des Bundes zum 31. Dezember 2012 gegliedert nach Schuldenarten.

V. Passive Rechnungsabgrenzung

Bei den Passiva sind in der Rechnungsabgrenzung Ausgaben nach dem Abschlussstichtag ausgewiesen, soweit sie einen Aufwand für eine bestimmte Zeit vor diesem Tag darstellen.

Tabelle 103: Buchwertentwicklung und Zusammensetzung Passive Rechnungsabgrenzung

Buchwertentwicklung	31.12.2011	31.12.2012	Zusammensetzung der passiven Rechnungs- abgrenzung	Veränderung 2011/2012	
	in Mio. EUR	in %		in Mio. EUR	in %
V. Passive Rechnungsabgrenzung	2.899,13	1.926,33	100,0	- 972,80	- 33,6
1. Geldwirksame Rechnungsabgrenzung	2.898,91	1.638,99	85,1	- 1.259,93	- 43,5
2. Geldunwirksame Rechnungsabgrenzung	0,21	287,35	14,9	287,13	k.A.

Die passive Rechnungsabgrenzung betrug 1,926 Mrd. EUR (2011: 2,899 Mrd. EUR) und sank damit gegenüber dem Vorjahr um 0,973 Mrd. EUR (- 33,6 %).

Sie bestand zu 85,1 % aus geldwirksamen Rechnungsabgrenzungen insbesondere aufgrund der Korrektur der Erlöse der Vorlauffinanzierung von Finanzschulden (UG 58: 1,634 Mrd. EUR, 2011: 2,304 Mrd. EUR).

Zu 14,9 % bestand sie aus geldunwirksamen Rechnungsabgrenzungen aufgrund von Abgrenzungen für Ausgaben für das abgelaufene Jahr (287,35 Mio. EUR, 2011: 0,21 Mio. EUR).



BRA 2012

Jahresbestandsrechnung

4.3 Erläuterung der Veränderungen des Vermögens und der Schulden in der Jahresbestandsrechnung

Nachstehend werden die bei den einzelnen Bilanzpositionen der Jahresbestandsrechnung 2012 (siehe Band 2, Tabelle B.1) gegenüber dem Jahr 2011 eingetretenen Veränderungen von über 5 Mio. EUR betragmäßig angegeben und die wesentlichen Ursachen der Veränderungen aufgezeigt. Bereits im Jahr 2011 (BRA 2010) wurde im Hinblick auf die Haushaltsrechtsreform 2013 die bereichsweise Darstellung durch die Beschreibung der Veränderungen der einzelnen UG zum Vorjahr ersetzt. Begründungen sind dann erforderlich, wenn die Abweichung der Bilanzposition in einer UG 5 Mio. EUR überschreitet. Diese Begründungen werden von den einzelnen Ressorts erstellt und dem RH übermittelt, der sie auf ihre Vollständigkeit und Plausibilität überprüft. Im Einzelnen sind die betragsmäßigen Veränderungen (mit Ausnahme des Kapitalausgleichs) im Band 2, Tabellen B.2.1 (Aktiva) und B.2.2 (Passiva), nach Bilanzpositionen und tiefer gegliedert enthalten.



TZ 4

AKTIVA**I. ANLAGEVERMÖGEN****Unbewegliche Anlagen**

1.	Unbebaute Grundstücke	+ 25,24 Mio. EUR
----	-----------------------	------------------

Zugänge in

- UG 42 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft (+ 24,06 Mio. EUR): infolge umfangreicher Adaptierungen bei der Anlagenbuchhaltung im SAP-System der ÖBf AG.

3.	Grundstückseinrichtungen	+ 261,91 Mio. EUR
----	--------------------------	-------------------

Zugänge in

- UG 41 Verkehr, Innovation und Technologie (+ 157,86 Mio. EUR): betreffend Bauliche Anlagen fertig gestellter Bundesstraßen – ASFINAG, resultierten aus einer vom BMVIT mit dem RH veranlassten Mängelbehebung betreffend Grund- und Herstellungskosten (+ 135,56 Mio. EUR) sowie aus Grundstücksankäufen für Infrastruktur- und Straßenausbaumaßnahmen durch die ASFINAG (+ 22,30 Mio. EUR).
- UG 30 Unterricht, Kunst und Kultur (+ 84,10 Mio. EUR): im Zusammenhang mit der Vorbereitung auf die Haushaltsrechtsreform 2013 wurden im Jahr 2012 erstmalig die Kulturgüter des BMUKK bewertet und mittels Fl-AA erfasst.
- UG 31 Wissenschaft und Forschung (+ 9,35 Mio. EUR): im Zusammenhang mit der Haushaltsrechtsreform 2013 wurden im Jahr 2012 die Kulturgüter (insbesondere Bibliotheksbestände) in der Anlagenverwaltung erfasst.

4.	Gebäude	+ 122,41 Mio. EUR
----	---------	-------------------

Steigerungen in

- UG 40 Wirtschaft (+ 69,59 Mio. EUR): infolge des Zugangs von Neubauwerten (Amtsgebäude Himmelpfortgasse, KHM, Generalsanierung der Kartause Mauerbach, Generalsanierung der Höheren Bundeslehranstalt für Gartenbau, Wien 13).

- UG 12 Äußeres (+ 49,32 Mio. EUR): durch die Aktivierung von vormals in Bau befindlichen Anlagen.
- UG 42 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft (+ 8,01 Mio. EUR): durch die Wiedereingliederung der Republiksgebäude in die Anlagenbuchhaltung der ÖBF AG sowie durch Adaptierungen im SAP-System der ÖBF AG.

5. Sonderanlagen + 27,64 Mio. EUR

Zugänge in

- UG 14 Militärische Angelegenheiten und Sport (+ 25,70 Mio. EUR): durch die Neubewertung der Bestände infolge der Vorbereitungsmaßnahmen für die Eröffnungsbilanz 2013.
- UG 13 Justiz (+ 6,81 Mio. EUR): durch die im Zuge der Umstellung auf Finanz-Anlagenbuchhaltung (FI-AA) erforderlichen Korrekturbuchungen.

Bewegliche Anlagen

6. Maschinen und maschinelle Anlagen – 127,49 Mio. EUR

Abgänge in

- UG 30 Unterricht, Kunst und Kultur (– 104,57 Mio. EUR): durch die Umstellung der bisherigen Inventaraufzeichnungen (50 % Buchwert) auf Finanz-Anlagenbuchhaltung (FI-AA) und die im Zuge der jeweiligen Inventuren durchgeführten Berichtigungen durch Ausscheidungen.
- UG 31 Wissenschaft und Forschung (– 12,95 Mio. EUR): im Zuge der Umstellung der Anlagenverwaltung auf FI-AA wurden Beträge gegen das Konto Bestandsminderung ausgebucht.
- UG 12 Äußeres (– 6,21 Mio. EUR): durch Bestandsabwertungen anlässlich einer Generalinventur infolge der Vorbereitung für die Eröffnungsbilanz 2013.

Zugänge in

- UG 14 Militärische Angelegenheiten und Sport (+ 9,99 Mio. EUR): durch die Neubewertung der Bestände infolge der Vorbereitungsmaßnahmen für die Eröffnungsbilanz 2013.

TZ 4

7. Werkzeuge und sonstige Erzeugungshilfsmittel + 84,29 Mio. EUR

Zugänge in

- UG 14 Militärische Angelegenheiten und Sport (+ 67,66 Mio. EUR): durch die Neubewertung der Bestände infolge der Vorbereitungsmaßnahmen für die Eröffnungsbilanz 2013.
- UG 31 Wissenschaft und Forschung (+ 9,65 Mio. EUR): im Zuge der Altdatenübernahme wurden Anlagegüter in die Anlagenverwaltung übernommen.
- UG 40 Wirtschaft (+ 7,42 Mio. EUR): bedingt durch Saldenabstimmungen bei der Migration im Zuge der Umstellung auf Finanz-Anlagenbuchhaltung (FI-AA).

8. Fahrzeuge und sonstige Beförderungsmittel + 23,81 Mio. EUR

Zugänge in

- UG 14 Militärische Angelegenheiten und Sport (+ 49,68 Mio. EUR): durch die Neubewertung der Bestände infolge der Vorbereitungsmaßnahmen für die Eröffnungsbilanz 2013.

Abgänge in

- UG 30 Unterricht, Kunst und Kultur (- 19,11 Mio. EUR): durch die Umstellung der bisherigen Inventaraufzeichnungen (50 % Buchwert) auf Finanz-Anlagenbuchhaltung (FI-AA) und die im Zuge der jeweiligen Inventuren durchgeföhrten Berichtigungen durch Ausscheidungen.
- UG 11 Inneres (- 8,22 Mio. EUR): durch die verstärkte Veräußerung von diversen alten Fahrzeugen.

9. Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung - 104,24 Mio. EUR

Abgänge in

- UG 30 Unterricht, Kunst und Kultur (- 110,80 Mio. EUR): durch die Umstellung der bisherigen Inventaraufzeichnungen (50 % Buchwert) auf Finanz-Anlagenbuchhaltung (FI-AA) und die im Zuge der jeweiligen Inventuren durchgeföhrten Berichtigungen durch Ausscheidungen.

- UG 31 Wissenschaft und Forschung (- 14,60 Mio. EUR): im Zuge der Umstellung der Anlagenverwaltung auf FI-AA wurden Beträge gegen das Konto Bestandsminderung ausgebucht.
- UG 43 Umwelt (- 9,43 Mio. EUR): infolge der Umstellung auf Finanz-Anlagenbuchhaltung (FI-AA).
- UG 12 Äußeres (- 7,35 Mio. EUR): durch Bestandsabwertungen anlässlich einer Generalinventur infolge der Vorbereitung für die Eröffnungsbilanz 2013.
- UG 40 Wirtschaft (- 6,53 Mio. EUR): bedingt durch Saldenabstimmungen bei der Migration im Zuge der Umstellung auf Finanz-Anlagenbuchhaltung (FI-AA).
- UG 42 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft (- 5,74 Mio. EUR): durch die Umstellung auf Finanz-Anlagenbuchhaltung (FI-AA).

Zugänge in

- UG 14 Militärische Angelegenheiten und Sport (+ 50,61 Mio. EUR): durch die Neubewertung der Bestände infolge der Vorbereitungsmaßnahmen für die Eröffnungsbilanz 2013.

In Bau befindliche Anlagen

10. In Bau befindliche unbewegliche Anlagen – 163,90 Mio. EUR

Abgänge in

- UG 12 Äußeres (- 82,79 Mio. EUR): durch die Aktivierung von vormals in Bau befindlichen Anlagen.
- UG 40 Wirtschaft (- 82,45 Mio. EUR): durch die Fertigstellung der Generalsanierung Himmelpfortgasse (BMF).

Finanzanlagen

15. Beteiligungen – 836,56 Mio. EUR

Verminderungen in



TZ 4

- UG 45 Bundesvermögen (- 1.975,57 Mio. EUR): durch niedrigere Beteiligungen bei der Internationalen Entwicklungsorganisation (- 1.569,00 Mio. EUR), beim Europäischen (- 747,36 Mio. EUR), beim Afrikanischen (- 424,34 Mio. EUR) und beim Asiatischen Entwicklungsfonds (- 105,42 Mio. EUR) sowie beim Internationalen Fonds für Landwirtschaftliche Entwicklung (- 60,13 Mio. EUR) infolge Verrechnungsumstellung nach einer neuen Eurostat-Richtlinie. Gleichzeitige Zugänge entstanden beim ESM (+ 890,69 Mio. EUR) und bei der Österreichischen Entwicklungsbank (+ 39,69 Mio. EUR).

Steigerungen in

- UG 46 Finanzmarktstabilität (+ 1.139,00 Mio. EUR): durch Kapitalerhöhungen bei der KA Finanz AG (+ 389,00 Mio. EUR), der Hypo Alpe-Adria-Bank International AG (+ 500,00 Mio. EUR) sowie der Österr. Volksbanken AG (ÖVAG) (+ 250,00 Mio. EUR).

16. Andere Wertpapiere des Anlagevermögens – 700,00 Mio. EUR

Abgänge in

- UG 46 Finanzmarktstabilität (- 700,00 Mio. EUR): mit der Restrukturierungsvereinbarung zwischen der Österreichischen Volksbanken AG und dem Bund wurde die Vereinbarung getroffen, das Partizipationskapital der ÖVAG um bis zu 70 % herabzusetzen. In der Hauptversammlung der ÖVAG wurde der Beschluss gefasst, das Grundkapital um 70 % zu vermindern. Die Kapitalherabsetzung in Höhe von 700,00 Mio. EUR wurde im Rahmen des Mängelbehebungsvorfahrens gemäß § 9 Abs. 1 RHG i.V.m. § 31 RLV veranlasst.

17. Anzahlungen für Anlagen + 9,24 Mio. EUR

Zugänge in

- UG 13 Justiz (+ 6,86 Mio. EUR): infolge höherer Anzahlungen für Anlagen der Justizanstalten Stein und Graz-Karlau.



BRA 2012

Jahresbestandsrechnung

II. UMLAUFVERMÖGEN

Flüssige Mittel

5. Guthaben bei der BAWAG P.S.K. - 27,46 Mio. EUR

Abgänge in

- UG 20 Arbeit (- 21,37 Mio. EUR): durch Abrufen der Einzahlungen für die operationellen Programme Beschäftigung und Phasing Out 2007 - 2013.
 - UG 15 Finanzverwaltung (- 6,76 Mio. EUR): durch geringere Guthaben bei der BAWAG P.S.K..

Zugänge in

- UG 15 Finanzverwaltung (+ 98,07 Mio. EUR): durch höhere Guthaben bei der OeNB.

7. Guthaben bei sonstigen Kreditunternehmungen und Kassenverwaltung des Bundes – 2.363,24 Mio. EUR

Abgänge in

- UG 51 Kassenverwaltung (- 2.406,98 Mio. EUR): infolge geringerer Guthaben durch Veranlagungen.
 - UG 15 Finanzverwaltung (- 23,54 Mio. EUR): durch die geänderte Zuordnung der Kofinanzierung der Weltbank von UG 15 nach UG 45.

Zugänge in

- UG 45 Bundesvermögen (+ 53,55 Mio. EUR): durch höhere Guthaben der Verrechnungskonten Rückstellungen gemäß AusFG bei der OeKB (+ 29,28 Mio. EUR) sowie durch die erstmalige Darstellung der OeKB-Risikodotationen der Weltbank-Kofinanzierungsprojekte Uganda und Gambia (+ 24,27 Mio. EUR).
 - UG 13 Justiz (+ 5,63 Mio. EUR): infolge vermehrter Hinterlegungen bei der Verwahrungsabteilung beim OLG Wien.

TZ 4

- UG 44 Finanzausgleich (+ 5,34 Mio. EUR): höhere Guthabenstände durch Veranlagungen bei sonstigen Kreditunternehmen.

8. Schwebende Geldgebarungen – 212,01 Mio. EUR

Verminderungen in

- UG 20 Arbeit (- 66,22 Mio. EUR): jahresendbedingte Verzögerungen in der Zahlungsabwicklung des Abrechnungskontos für die operationellen Programme Beschäftigung und Phasing Out 2007 – 2013.
- UG 23 Pensionen (- 62,58 Mio. EUR): im Zusammenhang mit der Haushaltsrechtsreform 2013 kam es betreffend PTA-Pensionen und Deckungsbeiträgen zu keinen Vorlaufzahlungen.
- UG 11 Inneres (- 49,01 Mio. EUR),
- UG 13 Justiz (- 13,96 Mio. EUR): im Zusammenhang mit der Haushaltsrechtsreform 2013 kam es zu Umbuchungen betreffend Besoldung.
- UG 30 Unterricht, Kunst und Kultur (- 23,59 Mio. EUR): infolge der Vorverlegung des Jahresabschlusses für nachgeordnete Dienststellen auf Mitte Dezember 2012 (im Zusammenhang mit der Haushaltsrechtsreform 2013) kam es zu geringeren schwebenden Gebarungsfällen.
- UG 14 Militärische Angelegenheiten und Sport (- 5,35 Mio. EUR): infolge von SAP-Systemumstellungen bei der Verbuchung von Bezugsvorschüssen durch die BHAG.

Erhöhungen in

- UG 31 Wissenschaft und Forschung (+ 16,93 Mio. EUR): durch den Entfall des Auslaufzeitraums im Zusammenhang mit der Haushaltsrechtsreform 2013 wurde die Auszahlung der Studienförderung noch zu Jahresende 2012 durchgeführt.



BRA 2012

Jahresbestandsrechnung

Forderungen

11. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen – 248,65 Mio. EUR

Abgänge in

- UG 46 Finanzmarktstabilität (- 252,71 Mio. EUR): geringere Forderungen an Haftungsentgelten gemäß Interbankmarktstärkungsgesetz (IBSG).
- UG 34 Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung) (- 21,64 Mio. EUR): durch geringere fällige Lieferforderungen infolge von Bilanzabgrenzungsbuchungen (Bilanzsplitting) durch die BRZ GmbH.

Zugänge in

- UG 23 Pensionen (+ 14,08 Mio. EUR): infolge höherer fälliger Forderungen an den besonderen Pensionsbeiträgen (Hoheitsverwaltung).
- UG 41 Verkehr, Innovation und Technologie (+ 8,34 Mio. EUR): durch höhere fällige Lieferforderungen infolge von Bilanzabgrenzungsbuchungen (Bilanzsplitting) durch die BRZ GmbH.
- UG 15 Finanzverwaltung (+ 6,08 Mio. EUR): durch höhere Forderungen gegenüber der Gebühren Info Service GmbH (GIS).

12. Forderungen aus Darlehen – 6,62 Mio. EUR

Verminderungen in

- UG 40 Wirtschaft (- 16,45 Mio. EUR): infolge der Ausbuchung von Forderungen, die im Zuge buchungstechnischer Probleme bei der Migration entstanden.

Erhöhungen in

- UG 34 Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung) (+ 14,99 Mio. EUR): infolge höherer fälliger Darlehensforderungen, die sich durch Bilanzabgrenzungsbuchungen/Bilanzsplitting durch die BRZ GmbH ergaben.

13. Forderungen aus der Inanspruchnahme von Haftungen – 11,75 Mio. EUR



TZ 4

Verminderungen in

- UG 45 Bundesvermögen (- 11,75 Mio. EUR): geringere Forderungen aus Rückersätzen von Haftungsinanspruchnahmen gemäß AusFG.

14. Fällige Forderungen aus voranschlagswirksamen Vorschüssen + 38,89 Mio. EUR

Steigerungen in

- UG 25 Familie und Jugend (+ 38,39 Mio. EUR): durch die Zunahme der fälligen Forderungen an Unterhaltsvorschüssen im Bereich sonstiger familienpolitischer Maßnahmen.

15. Forderungen aus voranschlagsunwirksamen Vorschüssen + 124,56 Mio. EUR

Zugänge in

- UG 13 Justiz (+ 50,46 Mio. EUR): Auszahlung von gegenüber dem Vorjahr höheren Unterhaltsvorschüssen durch die vier Oberlandesgerichte.
- UG 11 Inneres (+ 48,72 Mio. EUR): durch die – infolge der Umstellung der PM-Verrechnung auf ein dezentrales System – am Bilanzstichtag noch nicht zuordenbaren Abbuchungen von Datenträgern aus der Bundesbesoldung.
- UG 30 Unterricht, Kunst und Kultur (+ 11,14 Mio. EUR): durch Umbuchungen infolge des für nachgeordnete Dienststellen vorverlegten Jahresabschlusses auf Mitte Dezember 2012 (im Zusammenhang mit der Haushaltsrechtsreform 2013).
- UG 14 Militärische Angelegenheiten und Sport (+ 8,71 Mio. EUR): infolge von SAP-Systemumstellungen bei der Verbuchung von Bezugsvorschüssen durch die BHAG.
- UG 15 Finanzverwaltung (+ 5,99 Mio. EUR): keine Vorlaufzahlungen der Bezüge der Beamten für Jänner 2013 sowie keine Erstattforderungen an die Gebietskrankenkassen.

17. Forderungen aus gegebenen Anzahlungen – 15,87 Mio. EUR

Verminderungen in

- UG 14 Militärische Angelegenheiten und Sport (- 22,61 Mio. EUR): durch die Abrechnung gegebener Anzahlungen bzw. durch die Verminderung von offenen Anzahlungsbeträgen durch Teilabrechnungen.

18. Nicht fällige Forderungen aus Währungstauschverträgen – 1.833,13 Mio. EUR

Verminderungen in

- UG 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge (- 1.833,13 Mio. EUR): durch die Tilgung von Währungstauschverträgen (- 3.658,43 Mio. EUR) und durch die ungünstigere Devisenkursentwicklung (- 247,03 Mio. EUR). Dem gegenüber Erhöhungen durch die Begebung von Kreditoperationen mit Devisentermingeschäften (+ 1.565,04 Mio. EUR) und Währungstauschverträgen (+ 66,11 Mio. EUR) sowie durch den Abschluss von nachträglichen Währungstauschverträgen (+ 441,19 Mio. EUR).

20. Sonstige Forderungen + 1.579,61 Mio. EUR

Steigerungen in

- UG 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge (+ 1.686,24 Mio. EUR): durch einen höheren Bestand an Wertpapieren im Bundesbesitz.
- UG 45 Bundesvermögen (+ 140,57 Mio. EUR): infolge von Verzugszinsen betreffend die Bundesansprüche an Drittländer (Umschuldungsvereinbarungen Irak und Argentinien) (+ 149,70 Mio. EUR). Gleichzeitige Abgänge durch den Forderungsverzicht gegenüber der Buchhaltungsagentur aufgrund Eigentümerweisung (- 13,49 Mio. EUR).
- UG 16 Öffentliche Abgaben (+ 133,69 Mio. EUR): durch höhere Abgabenforderungen der Zoll- und Finanzämter (+ 162,87 Mio. EUR). Gleichzeitige Abgänge durch geringere Forderungen an EU-Zöllen (- 16,92 Mio. EUR) und geringere Bilanzabgrenzungsbuchungen (- 15,49 Mio. EUR).



TZ 4

Abgänge in

- UG 41 Verkehr, Innovation und Technologie (- 175,25 Mio. EUR): durch geringere nicht voranschlagsverbundene sonstige Forderungen (- 167,60 Mio. EUR) sowie durch Bilanzabgrenzungsbuchungen (Bilanzsplitting) (- 8,47 Mio. EUR) durch die BRZ GmbH.
- UG 25 Familie und Jugend (- 154,26 Mio. EUR): geringere Forderungen gegenüber dem Reservefonds für Familienbeihilfen aufgrund der Überweisung in Höhe von 169,55 Mio. EUR sowie infolge geringerer Forderungen an nicht fälligen Dienstgeberbeiträgen (- 62,89 Mio. EUR). Andererseits kam es zu Zugängen infolge von Bilanzabgrenzungsbuchungen (+ 61,97 Mio. EUR) und höheren Forderungen an fälligen Dienstgeberbeiträgen (+ 15,43 Mio. EUR).
- UG 23 Pensionen (- 21,89 Mio. EUR): niedrigere Forderungen im Bereich der Besoldung.
- UG 14 Militärische Angelegenheiten und Sport (- 21,10 Mio. EUR): infolge der Ausbuchung einer offenen Forderung gegenüber der UNO/UNFICYP.
- UG 42 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft (- 6,40 Mio. EUR): durch die Abschreibung eines vom BMLFUW vorfinanzierten Kostenersatzes (uneinbringlich gewordene Forderung).
- UG 20 Arbeit (- 5,46 Mio. EUR): infolge geringerer fälliger Forderungen in der Applikation Arbeitslosenversicherung.

Haushaltsrücklagen

21. Haushaltsrücklagen – 2.814,64 Mio. EUR

Bei den in der UG 51 Kassenverwaltung verrechneten Haushaltsrücklagen veränderte sich der Stand der Rücklagen entsprechend den im Finanzjahr 2012 erfolgten Zuführungen und Inanspruchnahmen (Entnahmen, Auflösungen bzw. Überleitung).

Die Verminderung der Haushaltsrücklagen war vor allem auf die Verminderung der Ausgleichsrücklage um 1.256,83 Mio. EUR zurückzuführen, da von der Österreichischen Bundesregierung

- die Finanzministerin ermächtigt wurde, gemäß Artikel 51 des Budgetbegleitgesetzes 2009 auf Forderungen des Bundes gegenüber Gebietskrankenkassen in der Höhe von 150,00 Mio. EUR zu verzichten und
- 9,64 Mio. EUR gemäß § 101 Abs. 5 BHG 1986 sowie 1.097,19 Mio. EUR gemäß § 101 Abs. 13 BHG 1986 aufgelöst wurden.

Die Verminderungen der Haushaltsrücklagen bei den

- Rücklagen aus zweckgebundenen Einnahmen-Rücklagen um 21,98 Mio. EUR,
- besonderen Einnahmen-Rücklagen (EU) um 87,87 Mio. EUR,
- Rücklagen im Rahmen der Flexibilisierungsklausel um 0,05 Mio. EUR,
- allgemeinen Rücklagen um 29,23 Mio. EUR,
- besonderen Rücklagen um 110,77 Mio. EUR und bei den
- besonderen Aufwendungen-Rücklagen um 91,04 Mio. EUR

waren auf die Auflösungen gemäß § 101 Abs. 13 BHG 1986 zurückzuführen.

Weiters war die Verminderung der Haushaltsrücklagen auf die Überleitung von Rücklagen unter Beibehaltung der bisherigen Zweckwidmung auf die Detailbudgets gemäß § 121 Abs. 7 BHG 2013 bei den

- Rücklagen aus zweckgebundenen Einnahmen-Rücklagen (- 628,88 Mio. EUR),
- besonderen Einnahmen-Rücklagen (EU) (- 53,85 Mio. EUR) sowie bei den
- Rücklagen im Rahmen der Flexibilisierungsklausel (- 6,49 Mio. EUR)

zurückzuführen.



TZ 4

Die übrigen Verminderungen der Haushaltsrücklagen waren auf die um

- 26,52 Mio. EUR verminderten Rücklagen aus zweckgebundenen Einnahmen-Rücklagen,
- 1,79 Mio. EUR verminderten Rücklagen im Rahmen der Flexibilisierungsklausel,
- 52,84 Mio. EUR verminderten allgemeinen Rücklagen,
- 420,60 Mio. EUR verminderten besonderen Rücklagen sowie um
- 65,80 Mio. EUR verminderten besonderen Aufwendungen-Rücklagen

zur Bedeckung von überplanmäßigen Ausgaben zurückzuführen.

Erhöhungen entstanden durch die Zuführung bei den zweckgebundenen Einnahmen-Rücklagen (+ 39,90 Mio. EUR).

III. AKTIVE RECHNUNGSABGRENZUNG

Aktive Rechnungsabgrenzung	– 968,88 Mio. EUR
----------------------------	-------------------

Abgänge in

- UG 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge (– 564,81 Mio. EUR): durch die geringere Begebung von Finanzschulden im Wege der Vorlauffinanzierung.
- UG 30 Unterricht, Kunst und Kultur (– 183,68 Mio. EUR) und
- UG 21 Soziales und Konsumentenschutz (– 10,30 Mio. EUR): durch den Entfall des Vorlaufzeitraums im Zusammenhang mit der Haushaltsrechtsreform 2013 wurden keine Vorlaufzahlungen geleistet.
- UG 23 Pensionen (– 76,95 Mio. EUR): infolge der geänderten Darstellung in der Besoldung (– 192,54 Mio. EUR) sowie durch den Wegfall der Vorlaufzahlungen für Pensionen der Landeslehrer und ÖBB (– 142,88 Mio. EUR). Gleichzeitige Zugänge entstanden durch Abgrenzungsbuchungen für die Eröffnungsbilanz 2013 (+ 258,95 Mio. EUR).
- UG 11 Inneres (– 58,26 Mio. EUR),

- UG 14 Militärische Angelegenheiten und Sport (- 32,72 Mio. EUR),
- UG 31 Wissenschaft und Forschung (- 21,06 Mio. EUR) sowie
- UG 13 Justiz (- 20,97 Mio. EUR); durch den Entfall des Vorlaufzeitraums im Zusammenhang mit der Haushaltsrechtsreform 2013 fanden keine Abgrenzungsbuchungen der Jännerbezüge statt.
- UG 16 Öffentliche Abgaben (- 26,59 Mio. EUR): durch den Entfall der Akontozahlungen an den Hauptverband Österreichischer Sozialversicherungsträger (- 17,80 Mio. EUR) sowie durch den Entfall der Einzahlungen durch Zoll- und Finanzämter im Auslaufzeitraum (- 8,80 Mio. EUR).
- UG 15 Finanzverwaltung (- 11,38 Mio. EUR): keine Vorlaufzahlungen aus der Besoldung (- 25,57 Mio. EUR); gleichzeitige Zugänge durch die Abgrenzung der Aufwendungen für die Eröffnungsbilanz 2013 bei der BRZ GmbH (+ 13,90 Mio. EUR).

Zugänge in

- UG 20 Arbeit (+ 28,99 Mio. EUR): zur periodengerechten Zuordnung von Vorlaufzahlungen betreffend 1. Rate des Ersatzes der Personal- und Sachausgaben gemäß § 41 AMSG für das Jahr 2013 bzw. um den Vorgang in der voranschlagswirksamen Verrechnung 2012 und dem Finanzierungshaushalt 2013 ordnungsgemäß abzubilden, wurde die entsprechende Rechnungsabgrenzung im Zuge des Mängelbehebungsverfahrens gemäß § 9 Abs. 1 RHG i.V.m. § 31 RLV vorgenommen.
- UG 45 Bundesvermögen (+ 25,05 Mio. EUR): infolge von Abgrenzungsbuchungen für die Eröffnungsbilanz.

IV. KAPITALAUSGLEICH

Der schließliche Kapitalausgleich betrug 159.670,58 Mio. EUR. Er erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 10.531,05 Mio. EUR. Auf die Ausführungen unter TZ 4.1 dieses Berichtes wird verwiesen.



TZ 4

PASSIVA**I. RÜCKLAGEN**

1.	Haushaltsrücklagen	- 2.814,64 Mio. EUR
----	--------------------	---------------------

Siehe die gleich bezeichnete Position unter Aktiva.

Einzelheiten sind der TZ 3.6 und den Tabellen A.5.1 bis A.5.5 sowie B.2.3.3.1 bis B.2.3.4.5 im Band 2 zu entnehmen.

III. SCHULDEN

1.	Schulden aus Lieferungen und Leistungen	+ 20,99 Mio. EUR
----	---	------------------

Steigerungen in

- UG 15 Finanzverwaltung (+ 59,78 Mio. EUR): durch nicht überwiesene Lohnsteuer- und Sozialversicherungsbeträge für öffentlich Bedienstete. Da 2012 keine Auslaufbuchungen möglich waren, wurden die Beträge erst 2013 überwiesen.

Verringerungen in

- UG 41 Verkehr, Innovation und Technologie (- 14,64 Mio. EUR): infolge geringerer nicht fälliger Lieferschulden durch Bilanzabgrenzungsbuchungen (Bilanzsplitting) durch die BRZ GmbH.
- UG 25 Familie und Jugend (- 7,53 Mio. EUR): durch geringere nicht fällige Forderungen bei den Schülerfreifahrten.

2.	Schulden aus voranschlagsunwirksamen Erlägen	- 348,95 Mio. EUR
----	--	-------------------

Abgänge in

- UG 58 Finanzierungen, Währungtauschverträge (- 562,99 Mio. EUR): Tilgung des Collateralstandes, weil die Collateral-Barsicherheiten aufgrund einer BHG-Novelle als Finanzschuldaufnahmen verbucht wurden.
- UG 41 Verkehr, Innovation und Technologie (- 15,26 Mio. EUR): geringere EU-Mittelzuweisungen im Bereich der Förderung Trans-europäischer Netze (TEN).



BRA 2012

Jahresbestandsrechnung

Zugänge in

- UG 15 Finanzverwaltung (+ 138,79 Mio. EUR): durch höhere Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträge (+ 174,45 Mio. EUR); dem gegenüber keine Zahlungen von Entsorgungsbeiträgen (Umweltforum Haushalt GesmbH) (- 24,00 Mio. EUR).
- UG 13 Justiz (+ 39,82 Mio. EUR): infolge höherer Erläge, die den Präsidenten der Oberlandesgerichte aus dem FLAF für Unterhaltsvorschüsse überwiesen wurden.
- UG 23 Pensionen (+ 22,91 Mio. EUR): durch die Änderung der Abrechnung betreffend Lohnsteuer und SV-Abgaben der PTA-Pensionen infolge der Haushaltsrechtsreform 2013.
- UG 16 Öffentliche Abgaben (+ 10,41 Mio. EUR): durch höhere gerichtliche Eintragungsgebühren (+ 32,14 Mio. EUR) sowie höhere Finanzverwahrnisse (+ 12,84 Mio. EUR). Demgegenüber Abgänge durch geringere EU-Zölle (- 36,62 Mio. EUR).
- UG 45 Bundesvermögen (+ 5,25 Mio. EUR): infolge der erstmaligen Darstellung der OeKB-Risikodotationen für Weltbank-Kofinanzierungsprojekte Uganda und Gambia.
- UG 46 Finanzmarktstabilität (+ 5,23 Mio. EUR): infolge von Haf tungsentgelten, die im Jahr 2013 abgerechnet werden.

5. Nicht fällige Schulden aus Währungstauschverträgen – 1.779,39 Mio. EUR

Abgänge in

- UG 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge (- 1.779,39 Mio. EUR): durch die Tilgung von Währungstauschverträgen (- 3.925,68 Mio. EUR) und die günstigere Devisenkursentwicklung (- 84,85 Mio. EUR). Gleichzeitige Zugänge entstanden durch die Begebung von Kreditoperationen mit Devisentermingeschäften (+ 1.723,98 Mio. EUR) und Währungstauschverträgen (+ 66,16 Mio. EUR) sowie durch den Abschluss von nachträglichen Währungstauschverträgen (+ 440,99 Mio. EUR).



TZ 4

6. Sonstige Schulden + 383,65 Mio. EUR

Zugänge in

- UG 41 Verkehr, Innovation und Technologie (+ 1.602,78 Mio. EUR): durch die Einbuchung der Vorbelastungen für die Eisenbahn-Infrastruktur aufgrund der im Jahr 2012 getätigten Investitionen (+ 1.742,31 Mio. EUR). Abgänge entstanden durch Bilanzabgrenzungsbuchungen (Bilanzsplitting) (- 139,57 Mio. EUR) durch die BRZ GmbH.
- UG 45 Bundesvermögen (+ 24,92 Mio. EUR): durch höhere Schulden bei Globaler Umweltfazilität (+ 15,05 Mio. EUR) sowie Afrikanischem (+ 14,68 Mio. EUR) und Asiatischem Entwicklungsfonds (+ 10,88 Mio. EUR), andererseits geringere Schulden bei der Asiatischen Entwicklungsbank (- 9,66 Mio. EUR).

Abgänge in

- UG 16 Öffentliche Abgaben (- 517,73 Mio. EUR): keine nichtfälligen Schulden aus den Ertragsanteilen der Länder und Gemeinden (- 320,97 Mio. EUR) sowie geringere Schulden aus dem Beitrag zur Europäischen Union (- 234,51 Mio. EUR). Gleichzeitige Zugängen durch höhere nicht fällige Schulden aus der Kammerumlage (+ 22,21 Mio. EUR) sowie durch Bilanzabgrenzungsbuchungen (+ 15,54 Mio. EUR).
- UG 20 Arbeit (- 349,87 Mio. EUR): infolge verminderter nichtfälliger sonstiger Schulden durch die geänderte Vorgangsweise in der Verbuchung des Verwaltungskostenersatzes wegen der Haushaltsrechtsreform 2013.
- UG 31 Wissenschaft und Forschung (- 248,86 Mio. EUR): im Zusammenhang mit der Haushaltsrechtsreform 2013 scheinen die Zahlungen für Jänner 2013 an die Universitäten und Fachhochschulen im Berichtsjahr nicht als Schulden auf.
- UG 15 Finanzverwaltung (- 123,74 Mio. EUR): durch Bilanzabgrenzungsbuchungen (- 62,12 Mio. EUR) sowie durch geringere VA-verbundene sonstige Schulden an Lohnsteuer (- 55,57 Mio. EUR).



BRA 2012

Jahresbestandsrechnung

7. Finanzschulden + 8.007,10 Mio. EUR

Zugänge in

- UG 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge (+ 8.007,10 Mio. EUR): infolge der Aufnahme neuer Finanzschulden (+ 8.249,28 Mio. EUR). Andererseits entstanden Verminde rungen durch den Verkauf von Wertpapieren im Bundesbesitz für die Rechtsträgerfinanzierung (- 70,35 Mio. EUR) und durch die günstigere Devisenkursentwicklung (- 171,83 Mio. EUR).

V. PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNG

Passive Rechnungsabgrenzung - 972,80 Mio. EUR

Abgänge in

- UG 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge (- 670,39 Mio. EUR): vorwiegend durch die Korrektur der Einzahlungen im Vor laufzeitraum (betreffend Finanzschulden).
- UG 41 Verkehr, Innovation und Technologie (- 210,27 Mio. EUR),
- UG 20 Arbeit (- 81,75 Mio. EUR),
- UG 30 Unterricht, Kunst und Kultur (- 44,81 Mio. EUR),
- UG 14 Militärische Angelegenheiten und Sport (- 34,72 Mio. EUR),
- UG 13 Justiz (- 23,13 Mio. EUR),
- UG 12 Äußeres (- 20,29 Mio. EUR),
- UG 11 Inneres (- 9,50 Mio. EUR),
- UG 42 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft (- 7,23 Mio. EUR) sowie
- UG 43 Umwelt (- 5,34 Mio. EUR): durch den Entfall des Auslauf zeitraums im Zusammenhang mit der Haushaltsrechtsreform 2013 erfolgten keine Zahlungen im Auslaufzeitraum.
- UG 16 Öffentliche Abgaben (- 35,56 Mio. EUR): keine Zahlungen aus Gebührenabfuhr an die Oberlandesgerichte (- 19,59 Mio. EUR) sowie keine Überweisungen betreffend Dienstgeberzuschläge,



TZ 4

Kammerumlagen, landwirtschaftliche Unfallversicherungsbeiträge und Gewerbesteuerzuschläge (- 15,92 Mio. EUR).

- UG 44 Finanzausgleich (- 17,43 Mio. EUR): Finanzzuweisungen in Nahverkehrsangelegenheiten wurden nicht veranlasst.

Zugänge in

- UG 23 Pensionen (+ 107,16 Mio. EUR) sowie
- UG 45 Bundesvermögen (+ 104,20 Mio. EUR): infolge von Abgrenzungsbuchungen für die Eröffnungsbilanz 2013.

5 JAHRESERFOLGSRECHNUNG

5.1 Gesamtergebnis der Jahreserfolgsrechnung

Die Aufstellung einer Jahreserfolgsrechnung (Gewinn- und Verlustrechnung) ist im BHG⁸⁹ festgelegt. Die Aufgliederung der Aufwendungen und Erträge nach Aufwands- und Ertragsarten entspricht der in der RLV (§ 22 und Anlage 2 RLV) festgelegten Gliederung und gibt Auskunft über die Aufbringung der Mittel für die Erfüllung der Aufgaben des Bundes und deren Verwendung (Band 2, Tabelle B.3).

Infolge einer periodengerechten Rechnungsabgrenzung entsprechend den Grundsätzen ordnungsmäßiger Bilanzierung weichen die Ergebnisse der Jahreserfolgsrechnung von denen der Voranschlagsvergleichsrechnungen ab.

Gemäß dem Grundsatz der Abgrenzung erfolgt in der Jahreserfolgsrechnung eine periodengerechte Zurechnung und Verbuchung von zeitraumbezogenen Vermögensänderungen (Aufwendungen, Erträge). Im Gegensatz dazu ist bei der voranschlagswirksamen Verrechnung der Einnahmen und Ausgaben grundsätzlich der Zahlungszeitpunkt maßgebend.

Das Gesamtergebnis der Jahreserfolgsrechnung errechnet sich aus einer Gegenüberstellung der Aufwendungen und der Erträge des Bundes. Der sich daraus ergebende Unterschiedsbetrag wird entweder als ein Vermögenszugang bei den Aufwendungen oder als Vermögensabgang bei den Erträgen ausgewiesen.

⁸⁹ § 98 Abs. 2 Z. 3 BHG



TZ 5

Tabelle 104: Gesamtergebnis der Jahreserfolgsrechnung

	2011	2012	Veränderung 2011/2012	
	in Mio. EUR		in %	
Erträge	64.417,24	67.433,32	3.016,08	4,7
I. Haupterträge	59.131,61	62.424,23	3.292,63	5,6
II. Nebenerträge	8,88	8,03	- 0,85	- 9,5
III. Wertberichtigungen	-	-	-	-
IV. Übrige Erträge	3.233,18	2.733,75	- 499,43	- 15,4
V. Aktivierte Eigenleistungen	0,52	0,33	- 0,20	- 37,5
VI. Bestandsmehrungen	11,17	204,85	193,67	k.A.
VII. Transfers	2.031,87	2.062,14	30,26	1,5
VIII. Aufl. sonst. Rücklagen, Rückstellungen	-	-	-	-
Aufwendungen	81.494,24	77.711,12	- 3.783,12	- 4,6
I. Aufwand für Bedienstete	12.546,19	12.953,37	407,17	3,2
II. Öffentliche Abgaben	19,04	19,37	0,33	1,7
III. Abschreibungen u. Wertbericht.	1.099,41	3.867,51	2.768,10	251,8
IV. Übrige Aufwendungen	14.745,57	14.217,73	- 527,84	- 3,6
V. Bestandsminderungen	710,48	1.073,47	362,99	51,1
VI. Transfers	52.373,55	45.579,68	- 6.793,87	- 13,0
VII. Zuf. sonst. Rücklagen, Rückstellungen	-	-	-	-
Vermögensabgang	- 17.077,00	- 10.277,79	6.799,21	- 39,8

Da die Summe der Aufwendungen höher war als die Summe der Erträge, ergab sich 2012 wie im Vorjahr ein Vermögensabgang. Der Abgang verringerte sich von - 17,077 Mrd. EUR im Jahr 2011 auf - 10,278 Mrd. EUR im Jahr 2012 und war somit um 6,799 Mrd. EUR geringer als 2011.

Die größten Veränderungen in den Aufwendungen ergaben sich im Bereich

- der Abschreibungen und Wertberichtigungen aufgrund
- einer Verrechnungsumstellung bei den Beteiligungen an Internationalen Entwicklungsorganisation infolge einer Eurostat-Entscheidung (-2.906,25 Mio. EUR) und den daraus resultierenden Abschreibungen und
- einer Umstellung der bisherigen Inventaraufzeichnungen (50 % Buchwertabschreibung bei Anschaffung und 50 % Buchwertabschreibung erst bei Ausscheiden) auf die Finanz-Anlagenbuchhaltung (FI-AA) mit linearer Abschreibung sowie
- der Transfers in der UG 41 Verkehr, Innovation und Technologie – Zuschüsse des Bundes gemäß § 42 Abs. 2 Bundesbahngesetz zur Instandhaltung, Planung und Bau von Schieneninfrastruktur waren um 8,799 Mrd. EUR geringer. Im Jahr 2011 betragen diese Transfers 12,066 Mrd. EUR; darin enthalten waren noch nicht verbuchten Schulden aus Vorjahren (10,835 Mrd. EUR), die aufgrund der Prüfung durch den RH im Jahr 2011 erstmalig berücksichtigt wurden. Im Jahr 2012 betrug dieser Posten 3,267 Mrd. EUR.

Weitere Erläuterungen und Details zu den Veränderungen gegenüber dem Vorjahr der einzelnen Posten der Jahreserfolgsrechnung finden sich in der TZ 5.4.



TZ 5

5.2 Zusammensetzung der Aufwendungen und Erträge in der Jahreserfolgsrechnung

5.2.1 Aufwendungen

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der gesamten Aufwendungen in den Jahren 2008 bis 2012:

Tabelle 105: Jahreserfolgsrechnung des Bundes – Aufwendungen

Bezeichnung	2008	2009	2010	2011	2012	Veränderung 2011/2012	in %
	in Mio. EUR						
I. Aufwand für Bedienstete	11.819,31	12.291,40	12.467,24	12.546,19	12.953,37	407,17	3,2
II. Öffentliche Abgaben	21,33	19,57	17,60	19,04	19,37	0,33	1,7
III. Abschreibungen und Wertberichtigungen	868,97	1.311,94	1.241,65	1.099,41	3.867,51	2.768,10	251,8
IV. Übrige Aufwendungen	16.449,97	13.486,01	19.020,85	14.745,57	14.217,73	- 527,84	- 3,6
V. Bestandsminderungen	15,57	29,89	23,25	710,48	1.073,47	362,99	51,1
VI. Transfers	41.170,14	39.964,58	41.457,57	52.373,55	45.579,68	- 6.793,87	- 13,0
VII. Zuf. sonst. Rücklagen, Rückstellungen	-	-	-	-	-	-	-
Aufwendungen	70.345,30	67.103,39	74.228,15	81.494,24	77.711,12	- 3.783,12	- 4,6
VIII. Vermögenszugang	-	-	-	-	-	-	-
Summe Aufwendungen	70.345,30	67.103,39	74.228,15	81.494,24	77.711,12	k.A.	k.A.

Im Jahr 2012 betragen die Aufwendungen 77,711 Mrd. EUR (2011: 81,494 Mrd. EUR). Sie sanken somit gegenüber dem Vorjahr um 3,783 Mrd. EUR (- 4,6 %).

Die Gesamtübersicht über die Aufwendungen des Bundes 2012 gegliedert nach Aufwandsarten ist in der Tabelle B.4.1 im Band 2 dargestellt.

Tabelle 106: Zusammensetzung der Aufwendungen

Bezeichnung			Anteil an den Aufwendungen	
	2011	2012	2011	2012
	in Mio. EUR		in %	
I. Aufwand für Bedienstete	12.546,19	12.953,37	15,4	16,7
II. Öffentliche Abgaben	19,04	19,37	0,0	0,0
III. Abschreibungen u. Wertberichtigungen	1.099,41	3.867,51	1,3	5,0
IV. Übrige Aufwendungen	14.745,57	14.217,73	18,1	18,3
V. Bestandsminderungen	710,48	1.073,47	0,9	1,4
VI. Transfers	52.373,55	45.579,68	64,3	58,7
VII. Zuf. sonst. Rücklagen, Rückstellungen	-	-	-	-
Aufwendungen	81.494,24	77.711,12	100,0	100,0
VIII. Vermögenszugang	-	-	-	-
Summe Aufwendungen	81.494,24	77.711,12	k.A.	k.A.

Im Jahr 2012 wurden von den Aufwendungen in der Jahreserfolgsrechnung 58,7 % für Transfers, 18,3 % für übrige Aufwendungen und 16,7 % für Bedienstete aufgewendet. Deutlich geringer war die Bedeutung der Aufwendungen für öffentliche Abgaben, Abschreibungen und Wertberichtigungen sowie Bestandsminderungen.

Nachstehend wird für einzelne Positionen der Aufwendungen in der Jahreserfolgsrechnung deren Zusammensetzung erläutert:



TZ 5

I. Aufwand für Bedienstete

Tabelle 107: Aufwand für Bedienstete

	2011		2012		Veränderung 2011/2012	
	in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %
I. Aufwand für Bedienstete						
1. Aktivitätsaufwand	7.781,65	62,0	7.936,22	61,3	154,57	2,0
2. Pensionsaufwand	3.442,85	27,4	3.597,55	27,8	154,69	4,5
3. Gesetzlicher Sozialaufwand	1.321,69	10,5	1.419,61	11,0	97,91	7,4
	12.546,19	100,0	12.953,37	100,0	407,17	3,2
3. Gesetzlicher Sozialaufwand						
Aktive	1.003,28	75,9	1.015,29	71,5	12,01	1,2
Pensionisten	318,42	24,1	404,32	28,5	85,90	27,0
	1.321,69	100,0	1.419,61	100,0	97,91	7,4
Kumuliert:						
Aufwand für Aktive	8.784,92	70,0	8.951,50	69,1	166,58	1,9
Aufwand für Pensionisten	3.761,27	30,0	4.001,87	30,9	240,60	6,4
	12.546,19	100,0	12.953,37	100,0	407,17	3,2

Der Aufwand für Bedienstete in Höhe von 12,953 Mrd. EUR im Jahr 2012 gliedert sich wie folgt:

- Aktivitätsaufwand 7,936 Mrd. EUR
- Pensionsaufwand 3,598 Mrd. EUR
- Gesetzlicher Sozialaufwand 1,420 Mrd. EUR.



BRA 2012

Jahreserfolgsrechnung

Der Anteil des Aktivitätsaufwands am Aufwand für Bedienstete betrug 61,3 % (2011: 62,0 %), jener des Pensionsaufwands 27,8 % (2011: 27,4 %) und jener für gesetzlichen Sozialaufwand 11,0 % (2011: 10,5 %).

Im Aktivitätsaufwand sind Geldbezüge von Beamten und Vertragsbediensteten inklusive Vorruhestandsgeld sowie diverse Zulagen und Entschädigungen enthalten.

Die höchsten Anteile der Geldbezüge der Beamten und Vertragsbediensteten sind in folgenden Untergliederungen zu finden:

- UG 30 Unterricht, Kunst und Kultur (31,7 %): 2,518 Mrd. EUR (2011: 2,459 Mrd. EUR);
- UG 11 Inneres (19,0 %): 1,505 Mrd. EUR (2011: 1,468 Mrd. EUR);
- UG 15 Finanzverwaltung (16,7 %): 1,320 Mrd. EUR (2011: 1,280 Mrd. EUR) und
- UG 14 Militärische Angelegenheiten und Sport (11,2 %): 0,892 Mrd. EUR (2011: 0,884 Mrd. EUR).

Der Pensionsaufwand findet sich überwiegend in UG 23 Pensionen (3,570 Mrd. EUR, 2011: 3,415 Mrd. EUR).

Unter dem gesetzlichen Sozialaufwand sind Dienstgeberbeiträge zu verstehen. Bei der Aufteilung auf Aktive und Pensionisten ergibt sich ein Verhältnis von 69,1 % zu 30,9 %.

II. Öffentliche Abgaben

Tabelle 108: Öffentliche Abgaben

	2011	2012	Veränderung 2011/2012	
	in Mio. EUR	in Mio. EUR	in Mio. EUR	in %
II. Öffentliche Abgaben	19,04	19,37	0,33	1,7

An öffentlichen Abgaben wurden 19,37 Mio. EUR im Jahr 2012 aufgewendet (2011: 19,04 Mio. EUR). Diese Position beinhaltet öffentliche Abgaben, die der Bund selbst zu entrichten hat, wie z.B. Gebühren für die Benutzung von Gemeindeeinrichtungen, Aufwendungen für Grundsteuer, Abgaben an Länder und Gemeinden sowie Aufwendungen für Kapitalertragsteuer.



TZ 5

III. Abschreibungen und Wertberichtigungen

Tabelle 109: Abschreibungen und Wertberichtigungen

	2011		2012		Veränderung 2011/2012	
	in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %
III. Abschreibungen und Wertberichtigung						
1. Anlagevermögen						
Absetzung für Abnutzung	399,19	84,1	356,32	11,9	- 42,87	- 10,7
außerordentliche Absetzung für Abnutzung	1,26	0,3	2.627,59	88,0	2.626,33	k.A.
Sonstige Abschreibungen	74,20	15,6	1,33	0,0	- 72,88	- 98,2
Schäden am Anlagevermögen	0,01	0,0	0,00	0,0	- 0,01	- 88,0
Abschreibung u. Wertberichtigung auf Anlagevermögen	474,66	100,0	2.985,23	100,0	2.510,57	528,9
2. Umlaufvermögen						
Kassenabgänge u. sonst. Schäden am Umlaufvermögen	0,05	0,0	0,04	0,0	- 0,01	- 18,4
Abschreibung von Forderungen	162,15	26,0	415,45	47,1	253,30	156,2
Abschreibung von Forderungen in der Applikation "Besoldung"	10,89	1,7	7,60	0,9	- 3,29	- 30,2
Abschreibung von Forderungen bei den Finanzämtern	442,54	70,8	420,69	47,7	- 21,84	- 4,9
Abschreibung von Forderungen bei den Zollämtern	9,00	1,4	38,33	4,3	29,33	325,9
Abschreibung von Forderungen in der Applikation "Renten"	0,13	0,0	0,16	0,0	0,04	29,1
Abschreibung und Wertberichtigung auf Umlaufvermögen	624,75	100,0	882,28	100,0	257,53	41,2
Abschreibung und Wertberichtigung gesamt	1.099,41		3.867,51		2.768,10	251,8

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen betrugen 3,868 Mrd. EUR (2011: 1,099 Mrd. EUR). Die Abschreibungen erfolgten zu 77,2 % zu Lasten des Anlagevermögens und zu 22,8 % zu Lasten des Umlaufvermögens.

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Anlagevermögen (2.985,23 Mio. EUR, 2011: 474,66 Mio. EUR) finden sich hauptsächlich in folgenden Bereichen:

- UG 45 Bundesvermögen: 2.628 Mio. EUR (2011: keine): die außerordentlichen Abschreibungen resultierten aus einer Verrechnungsumstellung aufgrund einer Eurostat-Entscheidung und betrafen Internationale Entwicklungsorganisationen insbesondere den Europäischen (747,66 Mio. EUR), den Afrikanischen (351,70 Mio. EUR) und den Asiatischen Entwicklungsfonds (96,51 Mio. EUR) sowie den Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (56,37 Mio. EUR);
- UG 41 Verkehr, Innovation und Technologie: 137,34 Mio. EUR (2011: 119,81 Mio. EUR);
- UG 30 Unterricht, Kunst und Kultur: 34,60 Mio. EUR (2011: 74,40 Mio. EUR);
- UG 13 Justiz: 6,57 Mio. EUR (2011: 14,29 Mio. EUR);
- UG 11 Inneres: 9,23 Mio. EUR (2011: 196,54 Mio. EUR) und
- UG 15 Finanzverwaltung: 4,14 Mio. EUR (2011: 25,76 Mio. EUR);

Bei den Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Umlaufvermögen (882,28 Mio. EUR, 2011: 642,75 Mio. EUR) handelt es sich fast zur Gänze um uneinbringliche Forderungen. Diese finden sich in den Untergliederungen:

- UG 16 Öffentliche Abgaben: 442,11 Mio. EUR (2011: 435,03 Mio. EUR) und
- UG 25 Familie und Jugend: 28,52 Mio. EUR (2011: 29,18 Mio. EUR).

Darin enthalten sind insbesondere Abschreibungen von Forderungen bei den Finanzämtern (420,69 Mio. EUR, 2011: 442,54 Mio. EUR) und die Abschreibung von Forderungen bei den Zollämtern (38,33 Mio. EUR, 2011: 9,00 Mio. EUR).

Des Weiteren finden sich Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Umlaufvermögen in:

- UG 45 Bundesvermögen: 356,41 Mio. EUR (2011: 34,49 Mio. EUR): die Abschreibungen betreffen mit 99,03 Mio. EUR (2011: 34,20 Mio. EUR) uneinbringliche Rückersätze von Haftungen (Garantien und Wechselbürgschaften) gemäß AusFG und
- UG 13 Justiz: 0,09 Mio. EUR (2011: 113,63 Mio. EUR).

TZ 5

Die Nachweise der Abschreibungen von Forderungen gemäß § 13 RLV, die aufgrund der §§ 61 Abs. 4 und 62 BHG durchgeführt wurden, sind in Summe entsprechend der Voranschlagsgliederung getrennt nach fälligen und nicht fälligen Forderungen in der Tabelle A.4.1 im Band 2 enthalten.

IV. Übrige Aufwendungen

Tabelle 110: Übrige Aufwendungen

	2011		2012		Veränderung 2011/2012	
	in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %
IV. Übrige Aufwendungen						
1. Geringwertige Gebrauchsgüter	56,07	0,4	45,78	0,3	- 10,29	- 18,3
2. Werkstoffe, Handelswaren, Verbrauchsgüter	331,18	2,2	324,79	2,3	- 6,38	- 1,9
3. Fremdbearbeitungen	0,56	0,0	0,67	0,0	0,11	20,2
4. Reisegebühren und Fahrkostenzuschüsse	146,01	1,0	140,11	1,0	- 5,90	- 4,0
5. Aufwandsentschädigungen	149,73	1,0	155,43	1,1	5,70	3,8
6. Werkleistungen	13,22	0,1	12,84	0,1	- 0,38	- 2,9
7. Freiwilliger Sozialaufwand	17,84	0,1	17,22	0,1	- 0,62	- 3,5
8. Energiebezüge	120,72	0,8	117,36	0,8	- 3,36	- 2,8
9. Instandhaltung durch Dritte	342,44	2,3	310,42	2,2	- 32,03	- 9,4
10. Transporte durch Dritte	423,64	2,9	424,46	3,0	0,82	0,2
11. Zinsenaufwand	7.228,23	49,0	7.533,28	53,0	305,05	4,2
12. Erlösberichtigungen	6,94	0,0	6,23	0,0	- 0,71	- 10,2
13. Sonstige Aufwendungen	4.868,27	33,0	4.166,58	29,3	- 701,70	- 14,4
14. Vergütungen und Überweisungen an Organe des Bundes	581,03	3,9	648,84	4,6	67,81	11,7
15. Anlagen für Zwecke des Bundesheeres	459,69	3,1	313,73	2,2	- 145,96	- 31,8
	14.745,57	100,0	14.217,73	100,0	- 527,84	- 3,6

Den größten Anteil an den Übrigen Aufwendungen hat der Zinsenaufwand mit 53,0 %, gefolgt von den sonstigen Aufwendungen mit 29,3 %.

Die höchsten Anteile an den sonstigen Aufwendungen (4,167 Mrd. EUR, 2011: 4,868 Mrd. EUR) sind in folgenden Untergliederungen zu finden:

- UG 30 Unterricht, Kunst und Kultur: 834,60 Mio. EUR (2011: 752,73 Mio. EUR) davon entfallen auf
 - BIG-Mieten und Betriebskosten 512,52 Mio. EUR (2011: 435,90 Mio. EUR);
 - sonstige verschiedene Aufwendungen 178,71 Mio. EUR (2011: 147,86 Mio. EUR), das sind Aufwendungen für nicht im engeren Dienstverhältnis stehende Personen und
 - sonstige Werkleistungen Dritter 112,47 Mio. EUR (2011: 143,10 Mio. EUR).
- UG 40 Wirtschaft: 795,33 Mio. EUR (2011: 908,14 Mio. EUR), davon entfallen auf
 - sonstige Werkleistungen Dritter 781,95 Mio. EUR (2011: 895,27 Mio. EUR) und
 - Miet- und Pachtzinse 7,71 Mio. EUR (2011: 7,24 Mio. EUR).
- UG 13 Justiz: 501,60 Mio. EUR (2011: 496,68 Mio. EUR), davon entfallen auf
 - sonstige Werkleistungen Dritter 225,96 Mio. EUR (2011: 204,53 Mio. EUR);
 - Rechts- und Beratungskosten 107,83 Mio. EUR (2011: 105,71 Mio. EUR) und
 - Miet- und Pachtzinse 90,31 Mio. EUR (2011: 83,60 Mio. EUR).
- UG 20 Arbeit: 393,36 Mio. EUR (2011: 417,55 Mio. EUR), davon entfallen auf Werkleistungen und sonstige Leistungen 390,70 Mio. EUR (2011: 415,14 Mio. EUR).
- UG 11 Inneres: 374,17 Mio. EUR (2011: 375,79 Mio. EUR), davon entfallen auf
 - Entgelte für Werkleistungen und sonstige Leistungen: 110,83 Mio. EUR (2011: 123,39 Mio. EUR);

TZ 5

- sonstige Miet- und Pachtzinse, inkl. Fuhrparkmanagement: 129,65 Mio. EUR (2011: 123,19 Mio. EUR);
- sonstige verschiedene Aufwendungen: 52,20 Mio. EUR (2011: 51,47 Mio. EUR), das sind insbesondere Ausgaben für Zivildienst (47,93 Mio. EUR, 2011: 47,69 Mio. EUR) und sonstige bezugsähnliche Zahlungen;
- Leistungen der Post: 31,76 Mio. EUR (2011: 33,28 Mio. EUR);
- Rechts- und Beratungskosten: 25,63 Mio. EUR (2011: 23,49 Mio. EUR).
- UG 15 Finanzverwaltung: 344,73 Mio. EUR (2011: 374,39 Mio. EUR), davon entfallen auf
 - sonstige Werkleistungen Dritter: 183,06 Mio. EUR (2011: 192,45 Mio. EUR), darin enthalten sind Leistungsentgelte BRZ: 133,50 Mio. EUR (2011: 124,78 Mio. EUR);
 - Mieten und Betriebskosten: 64,50 Mio. EUR (2011: 66,07 Mio. EUR);
 - Ausgaben aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen: 36,48 Mio. EUR (2011: 56,90 Mio. EUR);
 - Leistungen der Post und sonstiger Nachrichtenübermittlung: 20,50 Mio. EUR (2011: 20,15 Mio. EUR).
- UG 14 Militärische Angelegenheiten und Sport: 307,34 Mio. EUR (2011: 275,20 Mio. EUR), davon entfallen auf
 - Entgelte für Werkleistungen und sonstige Leistungen: 131,89 Mio. EUR (2011: 107,27 Mio. EUR);
 - Aufwand an der Ableistung des Präsenz- und Zivildienstes: 70,81 Mio. EUR (2011: 75,66 Mio. EUR);
 - Ausgaben für Funktionäre und sonstige bezugsähnliche Zahlungen: 43,88 Mio. EUR (2011: 45,22 Mio. EUR);
 - Miet- und Pachtzinse: 27,98 Mio. EUR (2011: 26,82 Mio. EUR).
- UG 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge: – 237,18 Mio. EUR (2011: 454,00 Mio. EUR), davon entfallen auf den Aufwand aus der Änderung von Forderungen (Gebührenrichtigstellung) 680,16 Mio. EUR (2011: 849,55 Mio. EUR). Demgegenüber stehen höhere Emissionsdisagien bei Schulden in heimischer und fremder Währung – 917,42 Mio. EUR (2011: – 397,21 Mio. EUR).

Im Zinsenaufwand (7,533 Mrd. EUR, 2011: 7,228 Mrd. EUR) finden die Zinsenverpflichtungen durch Finanzschuldenaufnahmen in der UG 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge ihren Niederschlag.

Vergütungen und Überweisungen an Organe des Bundes in Höhe von 648,84 Mio. EUR (2011: 581,03 Mio. EUR) waren wie folgt enthalten:

- UG 51 Kassenverwaltung: 297,01 Mio. EUR (2011: 294,39 Mio. EUR);
- UG 44 Finanzausgleich: 237,00 Mio. EUR (2011: 209,56 Mio. EUR);
- UG 25 Familie und Jugend: 46,53 Mio. EUR (2011: 46,28 Mio. EUR) und
- UG 20 Arbeit: 25,10 Mio. EUR (2011: 26,26 Mio. EUR).

V. Bestandsminderungen

Tabelle 111: Bestandsminderungen

	2011		2012		Veränderung 2011/2012	
	in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %
V. Bestandsminderungen						
1. Erzeugnisse	0,15	0,0	0,01	0,0	- 0,14	- 91,8
2. Anlagevermögen	710,14	100,0	1.073,45	100,0	363,30	51,2
3. Umlaufvermögen	0,18	0,0	0,01	0,0	- 0,17	- 95,1
	710,48	100,0	1.073,47	100,0	362,99	51,1

Der Aufwand für Bestandsminderungen betrug 1.073,47 Mio. EUR und betraf zu knapp 100,0 % das Anlagevermögen.



TZ 5

VI. Transfers

Tabelle 112: Transfers

	2011		2012		Veränderung 2011/2012	
	in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %
VI. Transfers						
1. An Träger öff. Rechts und Unternehmungen	42.979,47	82,1	35.514,39	77,9	- 7.465,08	- 17,4
2. An Haushalte und private Institutionen	9.106,32	17,4	9.264,05	20,3	157,73	1,7
3. An das Ausland	287,76	0,5	801,24	1,8	513,48	178,4
	52.373,55	100,0	45.579,68	100,0	- 6.793,87	- 13,0

Die Transfers betrugen 45,580 Mrd. EUR (2011: 52,374 Mrd. EUR). Der Aufwand für Transfers sank gegenüber dem Vorjahr um 6,794 Mrd. EUR (- 13,0 %).

Die Aufwendungen aus Transfers an Träger öffentlichen Rechts und Unternehmungen (35,514 Mrd. EUR, 2011: 42,980 Mrd. EUR) setzten sich im Wesentlichen wie folgt zusammen:

- UG 22 Sozialversicherung – Bundesbeitrag und Partnerleistung für Pensionen, Transfers an Sozialversicherungsträger 9,795 Mrd. EUR (2011: 9,114 Mrd. EUR);
- UG 30 Unterricht, Kunst und Kultur – Transferzahlungen an Länder für Landeslehrer 3,590 Mrd. EUR (2011: 3,391 Mrd. EUR);
- UG 41 Verkehr, Innovation und Technologie – Zuschüsse des Bundes gemäß § 42 Abs. 2 Bundesbahngesetz zur Instandhaltung, Planung und Bau von Schieneninfrastruktur in Höhe von 3,267 Mrd. EUR. Im Jahr 2011 betrug der Transferaufwand 12,066 Mrd. EUR; darin enthalten waren noch nicht verbuchte Schulden aus Vorjahren (10,835 Mrd. EUR), die aufgrund der Prüfung durch den RH im Jahr 2011 erstmalig berücksichtigt wurden;
- UG 23 Pensionen – Pensionen für Beamte in ausgegliederten Rechtsträgern 3,071 Mrd. EUR (2011: 2,989 Mrd. EUR), Ersätze für Pensionen der Landeslehrer 1,340 Mrd. EUR (2011: 1,181 Mrd. EUR);

- UG 31 Wissenschaft und Forschung – Transfers an Universitäten, insb. Überweisung von Globalbudgets 2,419 Mrd. EUR (2011: 2,790 Mrd. EUR);
- UG 21 Soziales und Konsumentenschutz – Zahlungen an Sozialversicherungsträger für Pflegegeld 1,459 Mrd. EUR (2011: 1,453 Mrd. EUR);
- UG 20 Arbeit – PV-Beitrag für Bezieher von Arbeitslosenleistungen: 0,872 Mrd. EUR (2011: 1,007 Mrd. EUR), Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (z.B. Kofinanzierung, Altersteilzeitgeld): 0,552 Mrd. EUR (2011: 0,534 Mrd. EUR) und
- UG 42 Land- Forst- und Wasserwirtschaft – Förderungen für die Entwicklung des ländlichen Raums (Agrarumweltmaßnahmen, Ausgleichszahlungen, sonstige Maßnahmen) 0,811 Mrd. EUR (2011: 0,704 Mrd. EUR), sowie für die Einheitliche Betriebspämie 0,602 Mrd. EUR (2011: 0,646 Mrd. EUR).

Die Transfers an Haushalte und private Institutionen betragen 9,264 Mrd. EUR (2011: 9,106 Mrd. EUR) und betrafen insbesondere folgende Untergliederungen:

- UG 20 Arbeit – Arbeitslosengeld 1,574 Mrd. EUR (2011: 1,496 Mrd. EUR), Notstandshilfe 1,067 Mrd. EUR (2011: 0,985 Mrd. EUR),
- UG 25 Familie und Jugend – Kinderbetreuungsgeld 1,062 Mrd. EUR (2011: 1,084 Mrd. EUR), Familienbeihilfen 3,134 Mrd. EUR (2011: 3,119 Mrd. EUR).



TZ 5

5.2.2 Erträge

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Erträge in den Jahren 2008 bis 2012:

Tabelle 113: Jahreserfolgsrechnung des Bundes – Erträge

Bezeichnung	2008	2009	2010	2011	2012	Veränderung 2011/2012	in %
	in Mio. EUR						
I. Haupterträge	60.738,35	54.406,78	56.797,94	59.131,61	62.424,23	3.292,63	5,6
II. Nebenerträge	5,79	7,30	6,35	8,88	8,03	- 0,85	- 9,5
III. Wertberichtigungen	-	-	-	-	-	-	-
IV. Übrige Erträge	4.283,20	4.278,50	7.363,02	3.233,18	2.733,75	- 499,43	- 15,4
V. Aktivierte Eigenleistungen	0,12	0,67	0,19	0,52	0,33	- 0,20	- 37,5
VI. Bestandsmehrungen	6,86	12,96	169,65	11,17	204,85	193,67	k.A.
VII. Transfers	3.109,88	3.388,63	2.851,39	2.031,87	2.062,14	30,26	1,5
VIII. Aufl. sonst. Rückl., Rückstellungen	-	-	-	-	-	-	-
Erträge	68.144,20	62.094,83	67.188,54	64.417,24	67.433,32	3.016,08	4,7
IX. Vermögensabgang	2.201,09	5.008,56	7.039,61	17.077,00	10.277,79	- 6.799,21	- 39,8
Summe Erträge	70.345,30	67.103,39	74.228,15	81.494,24	77.711,12	k.A.	k.A.

Die Erträge 2012 beliefen sich ohne Vermögensabgang auf 67,433 Mrd. EUR (2011: 64,417 Mrd. EUR) und stiegen gegenüber dem Vorjahr um 3,016 Mrd. EUR (+ 4,7 %).

Die Gesamtübersicht über die Erträge des Bundes 2012 gegliedert nach Ertragsarten ist in der Tabelle B.4.2 im Band 2 dargestellt.



BRA 2012

Jahreserfolgsrechnung

Tabelle 114: Zusammensetzung der Erträge

Bezeichnung			Anteil an den Erträgen	
	2011 in Mio. EUR	2012 in Mio. EUR	2011 in %	2012 in %
I. Haupterträge	59.131,61	62.424,23	91,8	92,6
II. Nebenerträge	8,88	8,03	0,0	0,0
III. Wertberichtigungen	-	-	-	-
IV. Übrige Erträge	3.233,18	2.733,75	5,0	4,1
V. Aktivierte Eigenleistungen	0,52	0,33	0,0	0,0
VI. Bestandsmehrungen	11,17	204,85	0,0	0,3
VII. Transfers	2.031,87	2.062,14	3,2	3,1
VIII. Aufl. sonst. Rückl., Rückstellungen	-	-	-	-
Erträge	64.417,24	67.433,32	100,0	100,0
IX. Vermögensabgang	17.077,00	10.277,79	k.A.	k.A.
Summe Erträge	81.494,24	77.711,12	k.A.	k.A.

Anteilmäßig stellten sich die wichtigsten Erträge wie folgt dar:

- Haupterträge 92,6 %
- Übrige Erträge 4,1 %
- Transfers 3,1 %.

Nachstehend wird die Zusammensetzung einzelner Positionen der Erträge in der Jahreserfolgsrechnung erläutert.

TZ 5

I. Haupterträge

Tabelle 115: Haupterträge

	2011		2012		Veränderung 2011/2012	
	in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %
I. Haupterträge						
1. Erlöse aus Lieferungen	17,60	0,0	30,97	0,0	13,37	76,0
2. Erlöse aus Leistungen	13,71	0,0	12,74	0,0	- 0,97	- 7,1
3. Gebühren und Kostenbeiträge	1.851,74	3,1	1.696,90	2,7	- 154,83	- 8,4
4. Vergütungen und Überweisungen	544,23	0,9	650,47	1,0	106,24	19,5
5. Direkte Abgaben	33.405,40	56,5	35.383,03	56,7	1.977,63	5,9
<i>Brutto-Einnahmen</i>	<i>45.673,61</i>	<i>77,2</i>	<i>48.046,53</i>	<i>77,0</i>	<i>2.372,92</i>	<i>5,2</i>
<i>Ab-Überweisungen</i>	<i>- 12.268,21</i>	<i>- 20,7</i>	<i>- 12.663,50</i>	<i>- 20,3</i>	<i>- 395,29</i>	<i>3,2</i>
6. Indirekte Abgaben	23.298,94	39,4	24.650,13	39,5	1.351,19	5,8
<i>Brutto-Einnahmen</i>	<i>36.526,53</i>	<i>61,8</i>	<i>38.123,73</i>	<i>61,1</i>	<i>1.597,20</i>	<i>4,4</i>
<i>Ab-Überweisungen</i>	<i>- 13.227,59</i>	<i>- 22,4</i>	<i>- 13.473,60</i>	<i>- 21,6</i>	<i>- 246,01</i>	<i>1,9</i>
	59.131,61	100,0	62.424,23	100,0	3.292,63	5,6

Die Haupterträge von 62,424 Mrd. EUR setzten sich nach Berücksichtigung der Ab-Überweisungen im Wesentlichen aus direkten Abgaben (56,7 %) und aus indirekten Abgaben (39,5 %) zusammen. Als direkte Abgaben werden jene Steuern und Abgaben bezeichnet, bei denen Steuerzahler und Steuerträger nach Absicht des Gesetzgebers identisch sein sollen, z.B. Einkommen-, Lohn- oder Körperschaftsteuer.

Bei indirekten Steuern und Abgaben wird davon ausgegangen, dass der Steuerzahler die Steuerbelastung weiterwälzen kann, z.B. Umsatzsteuer, Energieabgabe oder Versicherungssteuer. Ab-Überweisungen sind jene Anteile der vereinnahmten Steuern und Abgaben, die aufgrund gesetzlicher Bestimmungen (z.B. Finanzausgleichsgesetz, Krankenanstaltenfinanzierungsgesetz, ASVG) an Länder, Gemeinden oder andere Träger des öffentlichen Rechts überwiesen werden.

Direkte Abgaben

Die wichtigsten Positionen der direkten Abgaben sind nachfolgend brutto angeführt:

- Lohnsteuer: 22,262 Mrd. EUR (2011: 20,580 Mrd. EUR);
- Einkommen- und Vermögensteuern an Länder: 7,291 Mrd. EUR (2011: 7,043 Mrd. EUR);
- Körperschaftsteuer: 5,294 Mrd. EUR (2011: 5,210 Mrd. EUR);
- Einkommen- und Vermögensteuern an Gemeinden: 3,924 Mrd. EUR (2011: 3,800 Mrd. EUR);
- übrige Einkommensteuer: 2,434 Mrd. EUR (2011: 2,497 Mrd. EUR);
- Kapitalertragsteuer auf Zinsen: 1,333 Mrd. EUR (2011: 1,264 Mrd. EUR);
- an Ausgleichsfonds für Familienbeihilfe (Abgeltung): 1,054 Mrd. EUR (2011: 1,024 Mrd. EUR);
- übrige Kapitalertragsteuer: 1,203 Mrd. EUR (2011: 1,420 Mrd. EUR).

Indirekte Abgaben

Die wichtigsten Positionen der indirekten Abgaben sind nachfolgend brutto angeführt:

- Umsatzsteuer: 24,923 Mrd. EUR (2011: 23,742 Mrd. EUR);
- Überweisungen an Länder: 7,484 Mrd. EUR (2011: 7,427 Mrd. EUR);
- Sonstige Steuern an Gemeinden: 4,520 Mrd. EUR (2011: 4,457 Mrd. EUR);
- Mineralölsteuer: 4,184 Mrd. EUR (2011: 4,214 Mrd. EUR);
- Motorbezogene Versicherungssteuer: 1,728 Mrd. EUR (2011: 1,662 Mrd. EUR);
- Tabaksteuer: 1,598 Mrd. EUR (2011: 1,575 Mrd. EUR);
- Versicherungssteuer: 1,053 Mrd. EUR (2011: 1,073 Mrd. EUR).

TZ 5

Gebühren und Kostenbeiträge

Die Position beinhaltet zu 83,1 % (1,411 Mrd. EUR, 2011: 1,630 Mrd. EUR) Erträge aus Gebühren und Kostenbeiträgen für Verwaltungsleistungen. Die restlichen Erträge betreffen Kostenersätze für die Überlassung von Bediensteten (90,47 Mio. EUR, 2011: 73,45 Mio. EUR) sowie Einkommen aus öffentlichen Rechten (195,81 Mio. EUR, 2011: 148,41 Mio. EUR).

Die Erträge aus Gebühren und Kostenbeiträgen für Verwaltungsleistungen stammen zu 61,6 % aus Erlösen für hoheitliche Leistungen im Bereich der UG 13 Justiz (868,91 Mio. EUR, 2011: 825,74 Mio. EUR). Zu 15,9 % stammen die Erträge aus Haftungsentgelten und Erlösen für hoheitliche Leistungen aus der UG 45 Bundesvermögen (224,17 Mio. EUR, 2011: 275,45 Mio. EUR) sowie zu 5,4 % aus der UG 46 Finanzmarktstabilität (76,28 Mio. EUR, 2011: 287,57 Mio. EUR), wo aufgrund geringerer Haftungsentgelte gemäß Interbankmarktstärkungsgesetz (IBSG) und Finanzmarktstabilitätsgesetz (FinStaG) geringere Erträge (- 211,29 Mio. EUR) erzielt wurden.

II. Nebenerträge

Tabelle 116: Nebenerträge

	2011	2012	Veränderung 2011/2012	
	in Mio. EUR	in Mio. EUR	in Mio. EUR	in %
II. Nebenerträge	8,88	8,03	- 0,85	- 9,5

Die Nebenerträge sanken um 9,5 % (- 0,85 Mio. EUR). Diese Position beinhaltete unter anderem Erträge aus Betriebsküchen, Veranstaltungen und verrechnete Privatanteile von Kommunikationsaufwendungen.

IV. Übrige Erträge

Tabelle 117: Übrige Erträge

	2011		2012		Veränderung 2011/2012	
	in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %
IV. Übrige Erträge						
1. Erlöse für Gebrauchs- und Verbrauchsgüter	10,54	0,3	26,82	1,0	16,28	154,5
2. Zinsenerträge	171,32	5,3	47,98	1,8	- 123,34	- 72,0
3. Erträge aus Beteiligungen	904,57	28,0	818,30	29,9	- 86,27	- 9,5
4. Sozialbeiträge	577,00	17,8	564,32	20,6	- 12,68	- 2,2
5. Aufwandsberichtigungen	505,52	15,6	206,33	7,5	- 299,19	- 59,2
6. Sonstige Erträge	1.064,24	32,9	1.070,01	39,1	5,77	0,5
	3.233,18	100,0	2.733,75	100,0	- 499,43	- 15,4

Zinsenerträge

Die Position Zinsenerträge ging im Vergleich zum Vorjahr um 72,0 % zurück (- 123,34 Mio. EUR) und bestand im Wesentlichen aus der Verzinsung von Darlehen (22,67 Mio. EUR, 2011: 52,78 Mio. EUR), Pönal- und Verzugszinsen (0,71 Mio. EUR, 2011: 58,70 Mio. EUR) und Zinsen aus dem Geldverkehr (24,57 Mio. EUR, 2011: 59,80 Mio. EUR).

Die Erträge aus der Verzinsung von Darlehen resultierten mit 21,99 Mio. EUR (2011: 51,90 Mio. EUR) aus der UG 45 Bundesvermögen, insbesondere aufgrund von Zahlungen durch die Republik Griechenland (Zahlungsbilanzunterstützung) in Höhe von 19,80 Mio. EUR (2011: 51,07 Mio. EUR).



TZ 5

Die Zinsenerträge aus der Veranlagung von Kassenmitteln in UG 51 Kassenverwaltung trugen mit 12,83 Mio. EUR (2011: 44,76 Mio. EUR) wesentlich zu den Zinsenerträgen bei.

Erträge aus Beteiligungen

Die Erträge aus Beteiligungen verringerten sich von 904,57 Mio. EUR im Jahr 2011 um 86,27 Mio. EUR auf 818,30 Mio. EUR im Jahr 2012. Die Position beinhaltet neben den Zahlungen von Dividenden für Partizipationskapital durch Kreditinstitute (UG 46 Finanzmarktstabilität: 289,07 Mio. EUR, 2011: 289,07 Mio. EUR) auch Dividendenzahlungen aus Beteiligungen in der UG 45 Bundesvermögen:

- ÖIAG: 155,00 Mio. EUR (2011: 190,00 Mio. EUR)
- OeNB: 162,58 Mio. EUR (2011: 190,65 Mio. EUR)
- Verbund AG: 97,45 Mio. EUR (2011: 97,45 Mio. EUR)

Zusätzliche Erträge entstanden in der UG 41 Verkehr, Innovation und Technologie durch Dividendenzahlungen der ASFINAG in Höhe von 100,00 Mio. EUR (wie auch 2011).

Sozialbeiträge

Die Position besteht aus Pensionsbeiträgen der Beamten und aktiven Bediensteten des Bundes. Die Erträge wurden in der UG 23 Pensionen verbucht und betragen 564,32 Mio. EUR (2011: 577,00 Mio. EUR).

Aufwandsberichtigungen

Die Rückersätze nicht absetzbarer Aufwendungen im Bereich der UG 22 Sozialversicherung (186,59 Mio. EUR, 2011: 493,37 Mio. EUR) erfolgten aufgrund von zu hoch geelisteten Vorschüssen an die Sozialversicherungsträger im Jahr 2011.

Sonstige Erträge

Die Position „Sonstige Erträge“ (1.070,01 Mio. EUR, 2011: 1.064,24 Mio. EUR) bestand aus:

- Änderungen von Schulden: 571,81 Mio. EUR (2011: 817,95 Mio. EUR), davon in der UG 58 Finanzschulden, Währungstauschverträge 689,81 Mio. EUR (2011: 773,71 Mio. EUR);

- sonstige verschiedene Erträge: 416,01 Mio. EUR (2011: 167,45 Mio. EUR) davon in UG 45 Bundesvermögen Zinsen aus Schadensfällen in Zusammenhang mit dem Ausfuhrförderungsgesetz: 198,90 Mio. EUR (2011: 26,69 Mio. EUR);
- Miet- und Pachtzinse: 79,21 Mio. EUR (2011: 77,19 Mio. EUR) und
- Kursgewinne: 2,98 Mio. EUR (2011: 1,65 Mio. EUR).

V. Aktivierte Eigenleistungen

Tabelle 118: Aktivierte Eigenleistungen

	2011		2012		Veränderung 2011/2012	
	in Mio. EUR		in Mio. EUR		in Mio. EUR	in %
V. Aktivierte Eigenleistungen	0,52		0,33	– 0,20	– 37,5	

Der Wert von Aktivierten Eigenleistungen sank von 0,52 Mio. EUR um 0,20 Mio. EUR auf 0,33 Mio. EUR. Diese betreffen vorwiegend die UG 13 Justiz (0,18 Mio. EUR, 2011: 0,09 Mio. EUR) und die UG 42 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft (0,12 Mio. EUR, 2011: 0,40 Mio. EUR).

VI. Bestandsmehrungen

Tabelle 119: Bestandsmehrungen

	2011		2012		Veränderung 2011/2012	
	in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %
VI. Bestandsmehrungen						
1. Erzeugnisse	0,98	8,8	– 1,05	– 0,5	– 2,03	– 207,0
2. Anlagevermögen	10,06	90,1	206,01	100,6	195,95	k.A.
3. Umlaufvermögen	0,13	1,2	– 0,12	– 0,1	– 0,25	– 189,5
	11,17	100,0	204,85	100,0	193,67	k.A.

TZ 5

Die Bestandsmehrungen betrafen insbesondere das Anlagevermögen in der UG 14 Militärische Angelegenheiten und Sport mit 156,53 Mio. EUR (2011 keine) und die UG 42 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft mit 33,59 Mio. EUR (2011: 2,15 Mio. EUR).

VII. Transfers

Tabelle 120: Transfers

	2011		2012		Veränderung 2011/2012	
	in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %
VII. Transfers						
1. Von Trägern öff. Rechts u. Unternehmungen	2.544,67	125,2	2.628,94	127,5	84,27	3,3
2. Geldstrafen	119,72	5,9	197,69	9,6	77,97	65,1
3. Von Haushalten und privaten Institutionen	314,15	15,5	321,54	15,6	7,39	2,4
4. Aus dem Ausland	1.562,38	76,9	1.567,77	76,0	5,39	0,3
5. Sonstige Transfers	- 2.509,05	- 123,5	- 2.653,79	- 128,7	- 144,74	5,8
	2.031,87	100,0	2.062,14	100,0	30,26	1,5

Die Erträge aus Transfers von Trägern des öffentlichen Rechts und Unternehmungen (2.628,94 Mio. EUR, 2011: 2.544,67 Mio. EUR) setzten sich im Wesentlichen zusammen aus:

- UG 15 Finanzverwaltung: Ersätze für Personalaufwendungen der Österreichischen Post Aktiengesellschaft, ÖBB-Postbus GmbH und der A1 Telekom Austria Aktiengesellschaft (857,03 Mio. EUR, 2011: 836,91 Mio. EUR);
- UG 23 Pensionen: Die Transfers betrugen in Summe 663,01 Mio. EUR (2011: 664,01 Mio. EUR) und betrafen den Deckungsbeitrag von Unternehmen mit Bundesbediensteten (Österreichische Postsparkassen Aktiengesellschaft, ÖBB, Österreichische Post AG, A1 Telekom Austria Aktiengesellschaft, ÖBB Postbus GmbH, Bundesbetriebe, wie z.B. Museen und Universitäten) und den Pensionssicherungsbeitrag der Pensionisten;

- UG 31 Wissenschaft und Forschung: Ersätze der Universitäten (511,51 Mio. EUR, 2011: 537,39 Mio. EUR);
- UG 25 Familie und Jugend: Ersatz des Reservefonds (169,55 Mio. EUR, 2011: 128,05 Mio. EUR);
- UG 20 Arbeit: Überweisung vom Insolvenz-Ausfallgeld-Fonds (162,50 Mio. EUR, 2011: 159,30 Mio. EUR).

Die Erträge aus Geldstrafen (197,69 Mio. EUR, 2011: 119,72 Mio. EUR) betrafen insbesondere die UG 11 Inneres (72,32 Mio. EUR, 2011: 65,65 Mio. EUR), die UG 41 Verkehr, Innovation und Technologie (65,76 Mio. EUR, 2011: 60,77 Mio. EUR) und die UG 13 Justiz (37,86 Mio. EUR, 2011: aufgrund der Ausbuchung von Forderungen – 26,25 Mio. EUR).

Die Erträge aus Transfers von Haushalten und privaten Institutionen (321,54 Mio. EUR, 2011: 314,15 Mio. EUR) setzten sich im Wesentlichen zusammen aus:

- UG 23 Pensionen: Pensionssicherungsbeiträge (279,35 Mio. EUR, 2011: 272,36 Mio. EUR).
- UG 25 Familie und Jugend: Selbstbehalte für Lehrlings- und Schülerfreifahrten sowie für Schulbücher (14,93 Mio. EUR, 2011: 13,92 Mio. EUR);

Bei den Transfers aus dem Ausland (1.567,77 Mio. EUR, 2011: 1.562,38 Mio. EUR) handelte es sich um Zahlungsrückflüsse von der EU insbesondere in:

- UG 51 Kassenverwaltung: 1.463,41 Mio. EUR (2011: 1.465,08 Mio. EUR) und
- UG 15 Finanzverwaltung: 70,33 Mio. EUR (2011: 74,42 Mio. EUR).

Die sonstigen Transfers in Höhe von – 2.653,79 Mio. EUR (2011: – 2.509,05 Mio. EUR) betrafen Ab-Überweisungen für Beiträge an die EU, und zwar mit – 1.942,32 Mio. EUR (2011: – 1.852,15 Mio. EUR) für den Bund, mit – 600,10 Mio. EUR (2011: – 550,46 Mio. EUR) für die Länder und mit – 111,37 Mio. EUR (2011: – 106,44 Mio. EUR) für die Gemeinden.

Bezüglich der EU-Zahlungsflüsse im Bundeshaushalt findet sich eine detaillierte Darstellung in TZ 3.5.

TZ 5

5.3 Ausfälle und Rückstände bei Einnahmen

5.3.1 Rückstände bei öffentlichen Abgaben

Die in der UG 16 Öffentliche Abgaben (VA-Titel 160 bis 167) zum 31. Dezember 2012 ausgewiesenen Rückstände betragen 6,528 Mrd. EUR (2011: 6,362 Mrd. EUR).

Die Abgabenrückstände stiegen gegenüber dem Vorjahr somit um 166,12 Mio. EUR (+ 2,61 %).

Von den Abgabenrückständen wurden 548,58 Mio. EUR als nichtfällige (2011: 623,11 Mio. EUR) und 5,979 Mrd. EUR als fällige Forderungen (2011: 5,739 Mrd. EUR) ausgewiesen.

Tabelle 121: Abgabenrückstände Netto zum 31. Dezember 2012 nach Abgabenarten

	fällig		nicht fällig		Summe	
	in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %
Einkommen- und Vermögensteuern	2.845,18	47,6	219,58	40,0	3.064,77	46,9
Umsatzsteuer	3.315,48	55,5	260,70	47,5	3.576,18	54,8
Verbrauchsteuern	406,92	6,8	0,00	0,0	406,92	6,2
Stempel-, Rechtsgebühren und Bundesverwaltungsabgaben	48,56	0,8	2,80	0,5	51,36	0,8
Verkehrsteuer	279,53	4,7	41,66	7,6	321,18	4,9
Nebenansprüche und Resteingänge weggefallener Abgaben, Ökoprämie	- 916,45	- 15,3	23,84	4,3	- 892,61	- 13,7
Summe UG 16*	5.979,22	100,0	548,58	100,0	6.527,81	100,0

* ohne 2/168 Ab-Überweisungen (I) und 2/169 Ab-Überweisungen (II)

Die Tabelle zeigt die Abgabenrückstände nach Abgabenarten gegliedert. Bestehende Abgabenguthaben werden in der Rechnung nicht als Schulden, sondern als (absetzbare) Forderungen mit negativem Vorzeichen unter dem VA-Ansatz 2/16704 ausgewiesen. Die Abgabenrückstände werden im BRA damit netto dargestellt.

Der auf den Abgabenkonten zum 31. Dezember 2012 ausgewiesene Guthabenstand beträgt 1,545 Mrd. EUR (2011: 1,356 Mrd. EUR). Damit lässt sich für die Abgabenguthaben (nicht fällige und fällige) folgender Bruttobetrag errechnen: 6,528 Mrd. EUR an Abgabenguthaben (netto) zuzüglich 1,545 Mrd. EUR (abgesetzter) Abgabenguthaben ergeben 8,073 Mrd. EUR an Abgabenguthaben (brutto) (2011: 6,362 Mrd. EUR an Abgabenguthaben (netto) zuzüglich 1,356 Mrd. EUR (abgesetzter) Abgabenguthaben ergeben 7,718 Mrd. EUR an Abgabenguthaben (brutto)).

Eine Aufgliederung der Abgabenguthaben nach Abgabenarten für die Jahre 2008 bis 2012 zeigt die folgende Tabelle:

Tabelle 122: Entwicklung der Abgabenguthaben 2008 bis 2012

	2008	2009	2010	2011	2012	Veränderung 2011/2012	
	in Mio. EUR					in %	
Einkommen- und Vermögensteuern	2.880,70	2.793,27	2.917,53	2.877,00	3.064,77	187,76	6,5
Umsatzsteuer	3.333,08	3.360,70	3.313,60	3.457,15	3.576,18	119,03	3,4
Ein- und Ausfuhrabgaben	152,03	0,00	0,00	0,00	0,00	-	-
Verbrauchsteuern	387,35	390,23	421,28	430,94	406,92	- 24,02	- 5,6
Stempel-, Rechtsgebühren und Bundesverwaltungsabgaben	21,76	17,12	21,24	44,35	51,36	7,01	15,8
Verkehrsteuer	145,39	165,90	171,93	248,05	321,18	73,13	29,5
Nebenansprüche und Resteingänge weggefallener Abgaben, Ökoprämie	561,70	611,02	606,93	660,08	652,31	- 7,77	- 1,2
Summe UG 16 brutto	7.482,00	7.338,24	7.452,51	7.717,58	8.072,73	355,15	4,6
Guthaben	- 1.368,87	- 1.172,85	- 1.166,80	- 1.355,89	- 1.544,92	- 189,04	- 13,9
Summe UG 16 netto*	6.113,13	6.165,39	6.285,71	6.361,69	6.527,81	166,11	2,6

* ohne 2/168 Ab-Überweisungen (I) und 2/169 Ab-Überweisungen (II)



TZ 5

5.3.2 Nachweis über die Abschreibungen von Forderungen und Ersatzforderungen sowie von Abgabenschuldigkeiten

Gemäß § 13 der RLV sind dem RH die Abschreibungen von Forderungen und Ersatzforderungen nachzuweisen. Dieser Nachweis ist in zusammengefasster Form in Band 2, Tabelle A.4.1, enthalten.

Die von den Finanzämtern gemäß den §§ 235 und 236 BAO verfügten Abschreibungen von Abgabenschuldigkeiten (Löschen und Nachsichten) betrugen 403,78 Mio. EUR (2011: 426,03 Mio. EUR).

Die von den Zollämtern verfügten Abschreibungen (Löschen und Erlasungen) betrugen 38,33 Mio. EUR (2011: 9,00 Mio. EUR).

Die Abschreibungen bei den Finanzämtern und Zollämtern im Jahr 2012 in Höhe von 442,11 Mio. EUR betragen, bezogen auf die Brutto-Einnahmen in der UG 16 (73,153 Mrd. EUR) (2011: 69,858 Mrd. EUR), 0,60 % (2011: 435,03 Mio. EUR, 0,62 %).

5.4 Erläuterung der Veränderungen der Aufwendungen und Erträge in der Jahreserfolgsrechnung

Nachstehend werden die bei den einzelnen Bilanzpositionen der Jahreserfolgsrechnung 2012 (siehe Band 2, Tabelle B.3) gegenüber dem Jahr 2011 eingetretenen Veränderungen von über 5 Mio. EUR betragsmäßig angegeben und die wesentlichen Ursachen der Veränderungen gegliedert nach den einzelnen UG aufgezeigt. Begründungen sind dann erforderlich, wenn die Abweichung der Bilanzposition in einer UG 5 Mio. EUR überschreitet. Diese Begründungen werden von den einzelnen Ressorts erstellt und dem Rechnungshof übermittelt, der sie auf ihre Vollständigkeit und Plausibilität überprüft. Im Einzelnen sind die betragsmäßigen Veränderungen (mit Ausnahme des Vermögensabgangs) im Band 2, Tabellen B.4.1 (Aufwendungen) und B.4.2 (Erträge), nach Bilanzpositionen und tiefer gegliedert enthalten.



BRA 2012

Jahreserfolgsrechnung

AUFWENDUNGEN

I. AUFWAND FÜR BEDIENSTETE

1.	Aktivitätsaufwand	+ 154,57 Mio. EUR
----	-------------------	-------------------

Höhere Aufwendungen in

- UG 30 Unterricht, Kunst und Kultur (+ 59,47 Mio. EUR): infolge von Gehaltserhöhungen und Vorrückungen.
- UG 15 Finanzverwaltung (+ 39,29 Mio. EUR): höhere Aufwendungen bei den Beamten der Post-, Telekom-AG und Postbus GesmbH sowie bei den Beamten der Hoheitsverwaltung.
- UG 11 Inneres (+ 37,08 Mio. EUR): durch die jährliche Gehaltsanpassung.
- UG 13 Justiz (+ 18,45 Mio. EUR): infolge der mit 1. Februar 2012 wirksam gewordenen Bezugsregelung.

Minderaufwendungen in

- UG 31 Wissenschaft und Forschung (- 21,94 Mio. EUR): infolge des Ausscheidens von Beamten an den Universitäten.

2.	Pensionsaufwand	+ 154,69 Mio. EUR
----	-----------------	-------------------

Höhere Aufwendungen in

- UG 23 Pensionen (+ 154,70 Mio. EUR): durch die gesetzliche Pensionserhöhung.

3.	Gesetzlicher Sozialaufwand	+ 97,91 Mio. EUR
----	----------------------------	------------------

Höhere Aufwendungen in

- UG 23 Pensionen (+ 85,92 Mio. EUR): durch die erstmalige Verbuchung der Pflegegelder der Landeslehrer und der Österreichischen Post AG und der damit zusammenhängenden Verlagerung der bisher als Transferzahlungen geleisteten Ausgaben.
- UG 30 Unterricht, Kunst und Kultur (+ 14,68 Mio. EUR): analog zum Aktivitätsaufwand für die Dienstgeberbeiträge. Weiters stieg



TZ 5

der Anteil der Vertragsbediensteten gegenüber den Beamten, was ebenfalls zu Erhöhungen bei den Dienstgeberanteilen führte.

III. ABSCHREIBUNGEN UND WERTBERICHTIGUNGEN

1. Anlagevermögen + 2.510,57 Mio. EUR

Höhere Aufwendungen in

- UG 45 Bundesvermögen (+ 2.627,59 Mio. EUR): infolge von Abschreibungen aus Finanzanlagen (Verrechnungsumstellung aufgrund einer Eurostat-Entscheidung) bei der Internationalen Entwicklungsorganisation (+ 1.368,91 Mio. EUR), beim Europäischen (+ 747,66 Mio. EUR), Afrikanischen (+ 351,70 Mio. EUR) und Asiatischen Entwicklungsfonds (+ 96,51 Mio. EUR) sowie beim Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (+ 56,37 Mio. EUR).
- UG 40 Wirtschaft (+ 52,24 Mio. EUR): infolge der Abschreibung des Zugangs von Neubauwerten (Amtsgebäude Himmelpfortgasse, KHM, Generalsanierung der Kartause Mauerbach, Generalsanierung der Höheren Bundeslehranstalt für Gartenbau, Wien 13).
- UG 12 Äußeres (+ 48,59 Mio. EUR): im Zuge der Haushaltsrechtsreform wurde eine Generalinventur vorgenommen und die Bewertungsmethode als Vorbereitung für die Eröffnungsbilanz 2013 geändert. Dadurch kam es zu einem massiven Abschreibungsvolumen.
- UG 14 Militärische Angelegenheiten und Sport (+ 21,21 Mio. EUR): Übernahme der im System FI-AA erfassten Abschreibungsbeträge von Investitionsgütern in die Eröffnungsbilanz 2013.
- UG 41 Verkehr, Innovation und Technologie (+ 17,54 Mio. EUR): infolge einer 50 %-Abschreibung wegen höherer Grund- und Herstellungskosten bei den Baulichen Anlagen fertiggestellter Bundesstraßen – ASFINAG.

Geringere Aufwendungen in

- UG 11 Inneres (- 187,31 Mio. EUR): durch die Ausbuchung des im Jahr 2011 anlässlich der Umstellung der nachgeordneten Dienststellen auf Finanz-Anlagenbuchhaltung (FI-AA) dargestellten, erhöhten Abschreibungsbetrags.

- UG 30 Unterricht, Kunst und Kultur (- 39,80 Mio. EUR): durch die Umstellung der bisherigen Inventaraufzeichnungen (50 % Buchwert) auf Finanz-Anlagenbuchhaltung (FI-AA) und der im Zuge der jeweiligen Inventuren durchgeführten Berichtigungen durch Ausscheidungen.
- UG 15 Finanzverwaltung (- 21,63 Mio. EUR): infolge der Ausbuchung der 2011 dargestellten Abschreibung der Sonderanlage Flughafen Graz Betriebs GesmbH.
- UG 13 Justiz (- 7,71 Mio. EUR): infolge der Ausbuchung der 2011 vorgenommenen Korrekturbuchungen der Justizbehörden in den Ländern i.Z.m. der Einführung von FI-AA.

2. Umlaufvermögen + 257,53 Mio. EUR

Höhere Aufwendungen in

- UG 45 Bundesvermögen (+ 188,22 Mio. EUR): höhere Abschreibung von uneinbringlichen Rückersätzen von Haftungen (Garantien und Wechselbürgschaften) gemäß AusFG (+ 64,83 Mio. EUR) sowie durch die Abschreibung der Forderung gegenüber der Buchhaltungsagentur aufgrund der Eigentümerweisung (+ 13,49 Mio. EUR).
- UG 46 Finanzmarktstabilität (+ 133,69 Mio. EUR): durch die Abschreibung einer Forderung gegenüber der KA Finanz AG.
- UG 14 Militärische Angelegenheiten und Sport (+ 20,57 Mio. EUR): infolge der Abschreibung einer offenen Forderung gegenüber der UNO/UNFICYP. Bei einer Überprüfung im Hinblick auf die Haushaltsrechtsreform 2013 wurde festgestellt, dass durch die Umstellung auf HV-SAP im Jahr 2004 ein Übertragungsfehler bei der Datenmigration entstanden ist, der nunmehr bereinigt wurde.
- UG 40 Wirtschaft (+ 16,27 Mio. EUR): infolge der Ausbuchung von Forderungen, die im Zuge buchungstechnischer Probleme bei der Migration entstanden.
- UG 16 Öffentliche Abgaben (+ 7,08 Mio. EUR): durch höhere Abschreibungen von Abgabenforderungen der Finanz- und Zollverwaltung.
- UG 42 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft (+ 6,86 Mio. EUR): durch die Abschreibung eines vom BMLFUW vorfinanzierten Kostenersatzes (uneinbringlich gewordene Forderung).



TZ 5

Niedrigere Aufwendungen in

- UG 13 Justiz (- 113,54 Mio. EUR): infolge von geringeren Abschreibungen von Forderungen bei Geldstrafen durch die Einbringungsstelle in Wien. Die im Jahr 2011 dargestellten höheren Abschreibungen resultierten aus Saldenbereinigungen im Zuge der Umstellung der Kassenbuchführung auf HV-SAP.

IV. ÜBRIGE AUFWENDUNGEN

1. Geringwertige Gebrauchsgüter und Ersatzteile – 10,29 Mio. EUR

Geringere Aufwendungen in

- UG 11 Inneres (- 5,77 Mio. EUR): durch Minderausgaben für den Ankauf von geringwertigen Wirtschaftsgütern sowie EDV-Gebrauchsgütern.

2. Werkstoffe, Handelswaren und Verbrauchsgüter – 6,38 Mio. EUR

Gesunkene Aufwendungen in

- UG 14 Militärische Angelegenheiten und Sport (- 10,12 Mio. EUR): infolge von Lieferverzögerungen und Verschiebungen bei der Beschaffung von Lebensmitteln und Munition.

4. Reisegebühren und Fahrtkostenzuschüsse – 5,90 Mio. EUR

Abweichungen ergaben sich in diversen Untergliederungen, waren jedoch nicht zu erläutern, weil sie jeweils unter der Betragsgrenze von 5 Mio. EUR lagen.

5. Aufwandsentschädigungen + 5,70 Mio. EUR

Mehraufwendungen in

- UG 14 Militärische Angelegenheiten und Sport (+ 5,35 Mio. EUR): durch Periodenabgrenzung beim Konto „Auslandszulagen nach dem AZHG“ im Februar 2013.

9. Instandhaltung durch Dritte – 32,03 Mio. EUR

Niedrigere Aufwendungen in

- UG 14 Militärische Angelegenheiten und Sport (- 18,41 Mio. EUR): infolge von Einsparungen bei der Instandhaltung von Luftfahrzeugen und sonstigen Anlagen.

11. Zinsenaufwand + 305,05 Mio. EUR

Höhere Aufwendungen in

- UG 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge (+ 308,33 Mio. EUR): infolge höherer Finanzschuldenaufnahmen mit Zinsverpflichtung im Aufnahmejahr.

13. Sonstige Aufwendungen - 701,70 Mio. EUR

Geringere Aufwendungen in

- UG 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge (- 691,19 Mio. EUR): durch höhere Emissionsagien durch das gesunkene Zinsniveau (- 520,21 Mio. EUR) sowie durch geringere Gebührenrichtigstellungen bei Schulden in fremder Währung durch die Wechselkursentwicklung (- 169,39 Mio. EUR).
- UG 41 Verkehr, Innovation und Technologie (- 112,81 Mio. EUR): durch verminderte Leistungen an die Schieneninfrastruktur-Dienstleistungsgesellschaft mbH gemäß § 48 Bundesbahngesetz, Gemeinwirtschaftliche Leistungen Personenverkehr, auf Basis des Verkehrsdiensstevertrags zwischen der Schieneninfrastruktur-Dienstleistungsgesellschaft mbH und der ÖBB-Personenverkehr AG (- 194,72 Mio. EUR). Dem standen höhere Aufwendungen bei den Gemeinwirtschaftlichen Leistungen Güterverkehr gemäß § 48 Bundesbahngesetz (+ 77,90 Mio. EUR) gegenüber.
- UG 45 Bundesvermögen (- 109,54 Mio. EUR): geringerer Aufwand aus der Änderung von Forderungen (Gebührenrichtigstellungen).
- UG 15 Finanzverwaltung (- 29,66 Mio. EUR): geringere Zahlungen gemäß § 31 Abs. 11 ORF-Gesetz (- 20,24 Mio. EUR), keine Zahlungen an die Österreichische Entwicklungsbank im Rahmen des AP-Projektes (- 19,09 Mio. EUR). Andererseits höhere Entgelte an die BRZ GmbH (+ 9,27 Mio. EUR).
- UG 20 Arbeit (- 24,19 Mio. EUR): geringere Auszahlungen für Werkverträge in der Arbeitsmarktförderung des AMS.

TZ 5

- UG 24 Gesundheit (- 7,20 Mio. EUR): infolge geringerer Vorhaltekosten für Grippeimpfstoffe sowie geringere Zahlungen an den Fonds Gesundes Österreich.
- UG 12 Äußeres (- 6,07 Mio. EUR): infolge der Gewährung hoher Preisnachlässe von den Providern der DFÜ-Leitungen.

Höhere Aufwendungen in

- UG 46 Finanzmarktstabilität (+ 109,51 Mio. EUR): durch den höheren Aufwand aus der Änderung von Forderungen (Gebührenrichtigstellungen).
- UG 30 Unterricht, Kunst und Kultur (+ 81,87 Mio. EUR): durch die Verschiebung der Mietzinsfälligkeiten (Normmieten und Betriebskosten) für den Zeitraum 1.1.2010 bis 31.12.2010 auf Jänner 2012.
- UG 14 Militärische Angelegenheiten und Sport (+ 32,14 Mio. EUR): durch eine im Jahr 2011 ausgesetzte Zahlung an AUSTRO CONTROL, die im Jahr 2012 erfolgte. Außerdem kam es im Hinblick auf die Haushaltsrechtsreform 2013 zu Korrekturbuchungen i.Z.m. Bezugsvorschussersätzen.
- UG 23 Pensionen (+ 14,15 Mio. EUR): infolge von Gebührenrichtigstellungen durch die Applikation Bundesbesoldung.
- UG 43 Umwelt (+ 13,11 Mio. EUR): aufgrund eines höheren Auszahlungsbedarfs für bereits erfolgte Projekt-Zusagen betreffend JI/CDM-Programm sowie durch einen höheren Sanierungsbedarf i.Z.m. dem Altlastensanierungsgesetz.
- UG 21 Soziales und Konsumentenschutz (+ 13,04 Mio. EUR): durch Umbuchungen bei den Rentenzahlungen im Hinblick auf die Haushaltsrechtsreform 2013.
- UG 31 Wissenschaft und Forschung (+ 11,15 Mio. EUR): durch höhere Zahlungen i.Z.m. dem Projekt MedAustron und durch höhere Mietzahlungen.

14. Vergütungen und Überweisungen
an Organe des Bundes + 67,81 Mio. EUR

Mehraufwendungen in

- UG 24 Gesundheit (+ 40,00 Mio. EUR): durch die Dotierung des Krankenkassen-Strukturfonds, der vom BMG in den Jahren 2011 bis 2015 jeweils mit 40 Mio. EUR zu dotieren ist.